

Inhalt

<i>Sophie Böhler, Catharina Conrad</i>	
Die elektronische Aufenthaltsüberwachung – die langersehnte Lösung?	3
<i>Abha Bhaiya</i>	
Legitimerweise unser: Zur Geschichte der parallelen Systeme des Feministischen Rechts in Indien	8
<i>Urteil des BAG mit Praxishinweis</i>	
Entgeltgleichheit – Paarvergleich – Beweislast	17
<i>Beschluss des OLG Köln</i>	
Wohlverhaltenspflicht des Umgangsberechtigten – Aussetzung des Umgangs wegen Nachstellens	26
<i>Beschluss des OLG Saarbrücken</i>	
Verlängerung des erstinstanzlichen Umgangs Ausschlusses wegen häuslicher Gewalt im Beschwerdeverfahren – Begleiteter Umgang bei häuslicher Gewalt nicht verhältnismäßig	27
<i>Urteil des VG Hamburg</i>	
Flüchtlingseigenschaft für transsexuelle Frau aus Venezuela	34
<i>Urteil des VG Regensburg</i>	
Flüchtlingseigenschaft für lesbische bzw. bisexuelle Nigerianerin	39
<i>Zita Küng</i>	
30 Jahre FRI – Von Problemfällen und einem Glücksfall. Festrede zum Jubiläum des Schweizerischen Instituts für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law – FRI am 28.06.2025 in Bern	42
<i>Hinweise</i>	
Awa Fall-Diop erhält den Anne-Klein-Frauenpreis 2026	46
Maya: KI-Hilfe-Chat als Unterstützung für Betroffene häuslicher Gewalt	46
Meldestelle Antifeminismus	46
Hate Aid: „Google, unsere Nacktbilder sind #not your business“	46
Liga für unbezahlte Arbeit (LUA) – die Carewerkschaft	46
Programm des 50. Feministischen Jurist*innentags am 17.–19. April 2026 in Hamburg	47

Editorial

Regelmäßig werfen wir Blicke in die Welt und in die Geschichte. In diesem Heft geschieht beides zum Teil gleichzeitig. Wie kann der Gewalt gegen Frauen auch im praktischen Leben wirksam begegnet werden?

Da drängt sich die „Fußfessel“, deren Praxis aus Spanien medial bekannt ist, ins Bild. Sophie Böhler und Catharina Conrad geben uns Einblicke in das spanische Recht, bei der die Fußfessel nur ein begleitender Bestandteil eines seit 20 Jahren ständig fortentwickelten Gewaltschutzkonzepts ist. Es wird deutlich, dass die hier vorgelegten gesetzlichen Entwürfe weit von dem „spanischen Modell“ entfernt sind.

Mit den Schwierigkeiten der staatlichen Strafverfolgung von Gewalt gegen Frauen hatten und haben auch die Frauen in Indien zu kämpfen. Abha Bhैया macht uns mit ihrem Beitrag zu „parallelen Systemen des Feministischen Rechts“ mit dem Kosmos dieser Debatten in der indischen Frauenbewegung in der jüngeren Vergangenheit vertraut und lenkt dadurch unseren Blick auf die dort praktizierten Lösungsansätze in den von Frauen selbst organisierten Konfliktregelungen mit „Frauengerichten“.

Wie wichtig auch in Europa die gute Organisation von Frauen zur Durchsetzung von Frauenrechten ist, zeigt Zita Küng in ihrer Rede zu 30 Jahren Feministisches Rechtsinstitut in der Schweiz auf.

Entgeltgleichheit ist ein elementares Recht, dessen Realisierung immer noch sehr entfernt ist, aber durch die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 23.10.2025 zum Paarvergleich ein kleines Stück weiter vorangekommen ist. Danach bedarf es keines Gruppenvergleichs, sondern ein einzelner Mann kann zu einem Vergleich im Hinblick auf die Entgeltungleichheit herangezogen werden. In ihrem Praxishinweis weist Susette Jörk für die anwaltliche Arbeit auf Chancen und Tücken bei der weiteren Durchsetzung dieses Rechts hin.

Im Heft finden sich sodann familienrechtliche und aufenthaltsrechtliche Entscheidungen, Hinweise und das Programm zum 50. FJT, der vom 17.–19. April 2026 in Hamburg stattfinden wird.

Die Redaktion

STREIT – Feministische Rechtszeitschrift.

Herausgegeben vom Verein „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“ vertreten durch den Vorstand Anita Roggen, Övern Barg 4 d, 22337 Hamburg. Der Verein ist gemeinnützig.

Steuerabzugsfähige Spenden erbeten auf das Konto der GLS Bank IBAN: DE10 4306 0967 6037 8574 00, BIC GENODEM1GLS

Internetadresse: <http://www.streit-fem.de>; dort finden Sie auch das **Anwältinnenverzeichnis** der STREIT.

Redakteurinnen:

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Susanne Baer, Ri des BVerfG a. D., Humboldt Uni., Unter den Linden 6, 10099 Berlin

RAin Malin Bode, Poststraße 68, 44809 Bochum, Tel.: 0234 / 15 007, Fax: 0234 / 14 284

RAin Alina Crome, Kanzlei 16, Eimsbütteler Str. 16, 22769 Hamburg, Tel.: 040 / 43 13 03 40

Prof. Dr. Sarah Elsuni, Frankfurt University of Applied Sciences, Nibelungenallee 1, 60318 Frankfurt, Tel.: 069 / 15 33 26 33

Prof. i. R. Dr. Sibylla Flüge, Vogelsbergstr. 28, 60316 Frankfurt am Main, Tel.: 069 / 59 79 65 17, V.i.S.d.P.

RAin Susanne Giesler, Zeil 29-31, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 / 91 30 830

Katharina Gruber, E-Mail: k.gruber@posteo.de

Sabine Heinke, w. a. Richterin am Amtsgericht a. D., E-Mail: sabineheinke@outlook.de

Dr. Anna Hochreuter, Habsburgerstr. 4, 10781 Berlin, Tel.: 030 / 21 96 94 10

RAin Susette Jörk, August-Bebel-Str. 14, 04275 Leipzig, Tel.: 0341 / 22 53 663, Fax: 0341 / 22 53 763

RAin i. R. Susanne Pötz-Neuburger, Auf der Höhe 15, 21109 Hamburg, Tel.: 040 / 750 88 90

Anita Roggen, Övern Barg 4 d, 22337 Hamburg, Tel.: 040 / 536 23 17

RAin Anke Stelkens, München, E-Mail: kontakt@kanzlei-stelkens.com, Tel.: 089 / 23 71 66 09

Ute Stöcklein, E-Mail: ute.stoecklein@gmx.net

RAin Zümrüt Turan-Schnieders, Kurt-Blaum-Platz 1, 63450 Hanau, Tel.: 06181 / 25 32 41

Autorinnen/Einsender:

Abha Bhैया, Executive Director, Jagori Rural Charitable Trust (JRCT), Dharamshala, India; Sophie Böhler, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Juristinnenbund e.V., Berlin; Rechtsanwältin Dr. Catharina Pia Conrad, Berlin; Zita Küng, Führungskräftecoach, Trainerin (EQuality-consulting) und Aktivistin, Zürich; Dr. jur. Thomas Meysen, Geschäftsführer bei Socles gGmbH, Heidelberg.

Künstlerin:

Die Bilder stellte Heidi Hahn, Zürich, zur Verfügung, www.heidihahn.net.

Satz & Herstellung: Sarah Kalck, Schulz-Kirchner Verlag GmbH, Idstein; Druck: TZ-Verlag & Print GmbH, Bruchwiesenweg 19, 64380 Roßdorf

Sophie Böhler, Catharina Conrad

Die elektronische Aufenthaltsüberwachung – die langersehnte Lösung?

1 Einführung

Die Bundesregierung plant zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (eAÜ, sog. elektronische Fußfessel).

Kommt es zu häuslicher Gewalt, hat die verletzte Person gegenwärtig neben strafrechtlichen Mitteln auch den zivilrechtlichen Gewaltschutz¹ zur Verfügung. Die Idee: die verletzte Person hat eine schnelle Handhabe, um die Gewaltspirale zu unterbinden und kann schnellstmöglich – unabhängig vom Strafrecht – den Täter auf Distanz halten. Die Umsetzung der familiengerichtlichen Gewaltschutzanordnungen erweist sich jedoch wegen der Komplexität des Vollstreckungsverfahrens als schwierig,² der Druck der Strafvorschrift in § 4 GewSchG als unzureichend.

Die Durchsetzungsstärke der aktuellen Mittel des Gewaltschutzes wird von der Zivilgesellschaft seit langem kritisiert.³ Nunmehr strebt die Bundesregierung eine Reform des Gewaltschutzgesetzes an.⁴ Es soll eine elektronische Aufenthaltsüberwachung nach dem „Spanischen Modell“ und verpflichtende Täterarbeit eingeführt werden. Dies hat das Kabinett am 19.11.2025 beschlossen. Ist diese Reform nun der Durchbruch für den Gewaltschutz in Deutschland? Kann sich die Bundesregierung in Zukunft zu zurückgehenden Zahlen an Femiziden beglückwünschen?

2 Ein umfassender Gewaltschutz?

Nachdem das Bundeslagebild häusliche Gewalt 2024⁵ eine ähnlich schlechte Lage bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zeichnet wie bereits in den Jahren zuvor, hat sich die Bundesregierung vorgenommen, die Durchsetzung des Gewaltschutzgesetzes zu verbessern – im Jahr 2024 wurden 7.754 Tatverdächtige von Straftaten gegen § 4 GewSchG registriert.⁶ Zur effektiven Durchsetzung von Kontakt- und Näherungsverboten sowie Schutzanordnungen ist Deutschland auch gem. Art. 53 Istanbul-Konvention (IK) völkerrechtlich verpflichtet.⁷

Kontakt- und Näherungsverbote sind im Gewaltschutzgesetz geregelt. Das 2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz ist dem Zivilrecht und dort der Familiengerichtsbarkeit und damit dem zivilrechtlichen Gewaltschutz zugeordnet. Kommt es zu einer Verletzung der Rechtsgüter körperliche Unversehrtheit, Freiheit oder seit 2021 der sexuellen Selbstbestimmung – zu meist bei häuslicher Gewalt – hat das Familiengericht nach Antrag der verletzten Person gem. § 1 Abs. 1 GewSchG geeignete Maßnahmen, wie Betretungsverbote der Wohnung, Näherungs- und Kontaktverbote anzuordnen. Kommt diese Anordnung zustande, kann deren Verletzung gem. § 4 GewSchG strafbar sein.

Der Gesetzgeber sieht bei der Durchsetzung dieser Gewaltschutzanordnung Defizite, die er durch die eAÜ zu verhindern wissen will. In der Begründung des Referentenentwurfs heißt es hierzu: „*Ordnet das Familiengericht eine Maßnahme nach § 1 Absatz 1 oder Absatz 2 des Gewaltschutzgesetzes an, so ist davon auszugehen, dass das Risiko eines Verstoßes durch eine zusätzliche Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung signifikant abnehmen wird.*“ (S. 2. d. E.) Dabei fehlen Zahlen, die Rückschlüsse auf die tatsächlichen Verstöße gegen eine Gewaltschutzanordnung belegen.⁸ Der Referentenentwurf behilft

1 Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG) – vom 11.12.2001 (BGBl. I S. 3513), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10.08.2021 (BGBl. I S. 3513) geändert worden ist; §§ 1, 2 GewSchG.

2 Heinke/Steiner, Probleme bei der Durchsetzung von Gewaltschutzanordnungen – Vorschläge zur Anpassung des Vollstreckungsverfahrens im Sinne der Istanbul-Konvention, STREIT 2/2023, S. 51 ff.

3 Frauenhauskoordinierung e.V., Auswertung der Evaluation des Gewaltschutzgesetzes sowie einer Telefonumfrage unter Frauenhausmitarbeiterinnen und Konsequenzen, www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/Publikationen/Fachinformationen/AuswGewSchG.pdf; *Deutscher Juristinnenbund e.V.*, 10 Jahre Gewaltschutz – Länderumfrage 2011: Erreichtes und neue alte Aufgabe; www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st12-09. (Alle Links abgerufen am 24.11.2025.)

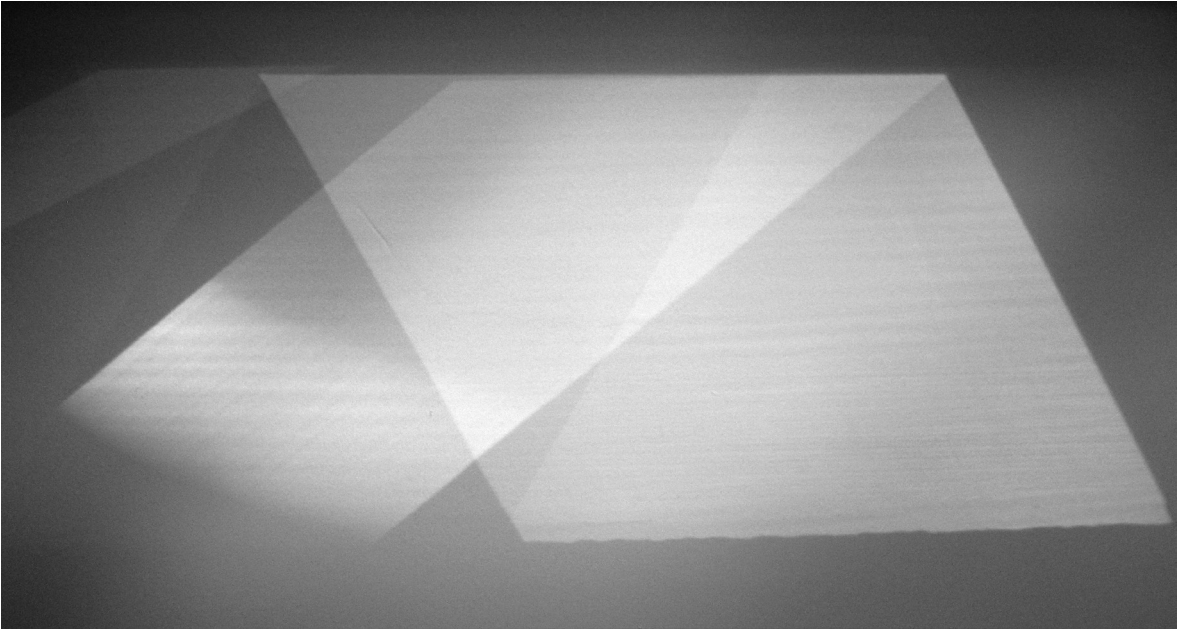
4 Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz, Gesetz zur Einführung der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit, www.bmjjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RefE/RefE_Gewaltschutzgesetz.pdf?__blob=publicationFile&cv=4.

5 Bundeskriminalamt, Bundeslagebild häusliche Gewalt 2024, www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2024.html.

6 Bundeskriminalamt, Bundeslagebild häusliche Gewalt, a.a.O., Fn. 5, S. 42.

7 Kerstin Feldhoff, Sorge- und Umgangsrecht bei Partnerschaftsgewalt: Frauen- und Kinderrechte effektiv schützen, STREIT 2/2025, S. 51-64.

8 Deutsches Institut für Menschenrechte, Monitor Gewalt gegen Frauen – Umsetzung der Istanbul-Konvention, 12-2024, S. 300, www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/Monitor_Gewalt_gegen_Frauen.pdf.



Heidi Hahn, *Licht und Schatten_1*, Fotografie, 2021

sich mit der Angabe über die Zahl der im Bundeslagebild registrierten Verstöße gegen § 4 GewSchG (S. 2. d. E.). Unklar bleibt, in wie vielen Fällen es tatsächlich zu Verurteilungen gekommen ist. Darüber hinaus fehlen Statistiken darüber, wie viele von häuslicher Gewalt betroffene Frauen überhaupt nach dem Gewaltschutzgesetz gegen die Täter vorgehen. Denn die Zahlen der Frauenhauskoordinierung deuten darauf hin, dass betroffene Frauen zumeist gar nicht erst nach dem Gewaltschutzgesetz gegen die Täter vorgehen. Nur 12 % der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen haben überhaupt eine Maßnahme nach § 1 GewSchG beantragt.⁹ Zivilgesellschaftlich wird gefordert, weitreichende strukturelle und organisatorische Hürden für betroffene Frauen, die ihre Rechte aus dem Gewaltschutzgesetz durchsetzen wollen, abzubauen und ein ganzheitliches Konzept zum Gewaltschutz zu schaffen.¹⁰

Der Referentenentwurf setzt einen ersten Impuls zu einem umfangreichen Konzept, indem Familiengerichte soziale Trainingskurse verpflichtend vorzuschreiben können sollen. Damit kommt Deutschland

auch der Umsetzungspflicht von Artikel 16 der IK nach.¹¹ Kritisiert wird, unter anderem vom Deutschen Juristinnenbund e. V.,¹² dass der Entwurf bei „sozialen Trainingskursen“ zu ungenau bleibt. Die Kurse müssen an die Standards der BAG-Täterarbeit angeglichen und abgesichert werden, um ein effektives Mittel der Intervention darzustellen.¹³

3 Der (irreführende) Bezug auf das „spanische Modell“

Kernstück des Referentenentwurfs ist die Einführung der eAÜ.¹⁴ Dabei wiederholen Politiker*innen und Medien,¹⁵ es handle sich um die Einführung der elektronischen Fußfessel nach dem „spanischen Modell“. So wird Spanien in Deutschland vielfach als wegweisendes Beispiel im Bereich des Gewaltschutzes angeführt und für die „niedrigen“ Femizidzahlen

⁹ Frauenhauskoordinierung e. V., Bundesweite Frauenhaus-Statistik 2024, S.40, www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/PDF/2025-09-08_FHK-Statistik-2024_Langfassung_final_lk.pdf.

¹⁰ Deutsches Institut für Menschenrechte, a. a. O., Fn. 8; Deutscher Juristinnenbund e. V., Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz für ein Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz, S.5, www.djb.de/fileadmin/user_upload/presse/stellungnahmen/st25-31_EAUE.pdf.

¹¹ GREVIO: Evaluierungsbericht über gesetzliche und weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul Konvention, 2022, S. 43, www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/internationale-verpflichtungen-zur-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-80654.

¹² Deutscher Juristinnenbund e. V., a. a. O., Fn. 10.

¹³ BMFSFJ, Arbeit mit Tätern in Fällen häuslicher Gewalt: Standard der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e. V., Berlin 2023.

¹⁴ Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz, a. a. O., Fn. 4.

¹⁵ Beispielsweise: taz, Gesetzentwurf für spanisches Modell, abrufbar unter: <https://taz.de/Umgang-mit-Taetern/!6106314/>; Tagesschau, Fußfessel soll Opfer von häuslicher Gewalt schützen, abrufbar unter: www.tagesschau.de/inland/fussfessel-haeusliche-gewalt-100.html.

gelobt.¹⁶ Der vorgelegte Referentenentwurf hat mit dem „spanischen Modell“ entgegen dieser Etikettierung wenig gemein. In Spanien bestehen nicht nur verfahrensrechtlich andere Gegebenheiten, sondern auch die konkrete Ausgestaltung der Maßnahme in Form der elektronischen Aufenthaltsüberwachung ist gänzlich anders.

In Spanien wurde zu Beginn der 2000er Jahre ein umfassendes Modell entwickelt, um geschlechtsspezifischer Gewalt wirksam begegnen zu können, welches rechtlich im Ley Orgánica 1/2004, de 28 de diciembre, de Medidas de Protección Integral contra la Violencia de Género festgehalten wird.¹⁷ Es hat sich eine politische Agenda etabliert, die sich in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten zu einem engmaschigen System aus präventiven Ansätzen, fallbegleitenden Interventionen und sanktionierenden Maßnahmen mit einem Schwerpunkt auf Resozialisierung entwickelte. Kennzeichnend ist dabei die Implementierung standardisierter Verfahren durch spezialisierte Fachkräfte, wobei die individuellen Lebensrealitäten der Betroffenen gleichwohl Berücksichtigung finden sollen.¹⁸

Das spanische Gewaltschutzkonzept folgt dem Gedanken, dass zentrale, spezialisierte Stellen Entscheidungen treffen sollen, um den Schutzzumfang am effektivsten gewährleisten zu können.¹⁹ Dies ist zum einen an der Gerichtsbarkeit zu erkennen. Spanien hat sich für eine Spezialisierung innerhalb der Strafgerichtsbarkeit entschieden und Gerichte für Gewalt gegen Frauen eingerichtet, wobei die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Gerichtsbarkeit oder der Übernahme strafrechtlicher Zuständigkeiten durch Zivilrichter*innen ausgeschlossen wurde.²⁰ Diese Gerichte sind für die Untersuchung und gegebenenfalls die Entscheidung in Strafsachen im Bereich der Gewalt gegen Frauen sowie in damit zusammenhängenden Zivilsachen, also auch Familiensachen, zuständig. Eine Spaltung in erster Instanz wird damit vermieden.²¹ Die Gerichte sollen sich zudem im jeweiligen Bezirk der gewaltbetroffenen Person befinden.²² Spa-

nien hat sich beim Gewaltschutz für eine umfassende Lösung entschieden, die strafrechtliche, zivil- bzw. familienrechtliche und sonstige Entscheidungen zentral zusammenführt und das gesamte Staatsgebiet größtenteils abdeckt.

Während im deutschen BGB Sorgerechts- und Umgangsregelungen Gewalt im Sinne der Istanbul-Konvention nicht als zwingendes Kriterium bei der Bewertung des Kindeswohls heranziehen und keine der kindschaftsrechtlichen Vorschriften solche Gewalttaten aktuell berücksichtigt – auch nicht, wenn das Kind Zeug*in von Partnerschaftlicher Gewalt wurde²³ –, wurde in Spanien durch die Reform des Art. 92 Nr. 2 des Código Civil die Aussetzung des Sorgerechts des Täters als Regel erklärt, wenn Hinweise auf häusliche Gewalt vorliegen. Bevor diese Entscheidung durch die Richter*innen ergehen kann, müssen laut Artikel 92 Nr. 4 Fachleute Stellung nehmen.²⁴ Der Umgang wird automatisch ausgesetzt, wenn der Elternteil in einem strafrechtlichen Verfahren wegen schwerwiegender Straftaten gegen den anderen Elternteil angeklagt ist (vgl. Artikel 92 Nr. 7 Código Civil), und Besuchsrechte können ausgesetzt werden.²⁵ In diesem Zusammenhang wird dem Kindeswohl zwingender Vorrang zugesprochen. Deutschland hat dagegen bis heute die 2022 von GREVIO gerügte systematische Berücksichtigung von häuslicher Gewalt in Gewaltschutzanordnungen nicht umgesetzt.²⁶

Zum anderen kann dieses umfassende Konzept in der Umsetzung der Regeln zur eAÜ gesehen werden. In Spanien wird die eAÜ nur in Kombination mit einem umfassenden Gewaltschutzkonzept, das die individuellen Lebensumstände berücksichtigt, als Maßnahme zur effektiven Gefahrenabwehr eingesetzt.²⁷ Die Einschätzung, ob ein Hochrisikofall, der eine eAÜ notwendig macht, vorliegt, wird von der Polizei vorgenommen. Jede Anzeige wird durch die Polizei im Integrated Monitoring System for Cases of Gender Violence (VioGén-System, abgekürzt für violencia de

¹⁶ Deutschlandfunk, *Spanien: Sexualisierte Gewalt – Frauen und Zustimmungsgesetz*, 24.11.2024, abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/spanien-sexualisierte-gewalt-frauen-zustimmungsgesetz-100.html>.

¹⁷ Ley Orgánica 1/2004, de 28 de diciembre, de Medidas de Protección Integral contra la Violencia de Género, BOE núm. 313, de 29 de diciembre de 2004, www.coe.int/t/dg2/equality/domesticviolencecampaign/countryinformationpages/spain/LeyViolenciadeGeneroingles_en.pdf.

¹⁸ Secretaría de Estado de Seguridad, Instrucción 4/2019, file:///C:/Users/fluegge/Downloads/20210304%20Instrucci%C3%B3n%204-2019%20Secretar%C3%ADa%20de%20Estado%20de%20Seguridad-1.pdf.

¹⁹ Siehe dazu: <https://sistemaviogen.ses.mir.es/publico/viogen/>.

²⁰ Vgl. dazu III. des Organic Act 1/2004, a. a. O., Fn. 17; *Deutscher Juristinnenbund e. V.*, a. a. O., Fn. 10.

²¹ Vgl. dazu III. des Organic Act 1/2004, a. a. O., Fn. 17.

²² Vgl. dazu: Art. 64 (3) Organic Act 1/2004; Art. 48 (4) Código Penal, a. a. O. Fn. 17.

²³ *Bündnis Istanbul-Konvention*, Alternativbericht, September 2025, S. 9, www.buendnis-istanbul-konvention.de/wp-content/uploads/2025/11/DE_ONLINE_251120_Alternativbericht_2025_1.pdf, Katrin Bülthoff, Sabine Heinke, Das Verschwinden häuslicher Gewalt im familiengerichtlichen Verfahren – im Zusammenspiel der Interpretationen von Wohlverhaltenspflicht und Kindeswohl, STREIT 2/2024, S. 51–63; *Asha Hedayati*, Geschlechtsspezifische Gewalt – Eine Rechtsanwendungskritik am Beispiel des familienrechtlichen Umgangsrechts, RW 1/2025, S. 32 ff. (DOI: 0.5771/1868-8098-2025-1-32).

²⁴ Artikel 92 Código Civil, <https://codigocivilespana.com/articulo-92-codigo-civil/>.

²⁵ Vgl.: <https://abogadoconsuelosanchez.com/como-afecta-la-violencia-de-genero-al-regimen-de-visitas-y-guarda-y-custodia/>.

²⁶ GREVIO, Evaluierungsbericht Deutschland, 2022, a. a. O., Fn. 11, S. 71. *Bündnis Istanbul-Konvention*, Alternativbericht, a. a. O., Fn. 23.

²⁷ Secretaría de Estado de Seguridad, Instrucción 4/2019, a. a. O. Fn. 18.

genero) erfasst und innerhalb von 72 Stunden nach Bekanntwerden des betreffenden Sachverhalts mithilfe standardisierter Formulare mit über dreißig Indikatoren eingestuft. Der eingeführte Algorithmus soll dann das Gefährdungspotenzial des Täters bestimmen. Das System weist dabei vier Stufen auf, die von „niedrig“ bis „extrem“ reichen,²⁸ so wird zum Beispiel bei der Einstufung als extremes Risiko ein 24h Schutz der Betroffenen ausgelöst.²⁹ Die Kategorienbildung wurde in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen (u. a. Frauenhäusern) erstellt, um eine betroffenenzentrierte Risikoeinschätzung vornehmen zu können. Dieser Algorithmus wird durch die Polizei unterstützt, die das Risiko immer höher, aber niemals geringer einstufen können. Wenn diese Momentaufnahme der Risikobewertung (VPR-Police Risk Assessment) vorgenommen wurde, folgt nach den ersten Maßnahmen alle zwei Monate eine weitere Prüfung der Entwicklung der Gewalt (VPRE-Police Assessment of Risk Evolution).³⁰ Diese Risikobewertungen werden seit 2019 durch das „Police Risk Assessment“ in der fünften Systemversion ergänzt. Es werden umfassendere Fragebögen und Formulare implementiert, die nicht nur körperliche Gewalt, sondern auch psychische, wirtschaftliche oder sexuelle Gewalt sowie den Einfluss von Faktoren wie der Anwesenheit von Minderjährigen bewerten.³¹ Dabei wird direkt bei der Risikobewertung zwingend aufgenommen unter „Factor 4: Circunstancias relacionadas con los menores“, ob und in welchem Umfang im Haus lebende Kinder betroffen sind, und somit wird faktisch festgehalten, dass sie die Gewalt erleben.³²

Diese exemplarischen Einblicke in das tatsächliche spanische Konzept verdeutlichen, dass die Mechanismen trotz ihrer zwei Jahrzehnte währenden Anwendung kontinuierlicher Anpassung bedürfen, um aktuellen Erkenntnissen Rechnung zu tragen. Spanien zeigt sich bereit, die damit einhergehenden finanziellen und organisatorischen Ressourcen aufzubringen. Dabei wird die elektronische Aufenthaltsüberwachung zu keinem Zeitpunkt als zentrales Instrument der Gefahrenabwehr konzipiert, sondern

durchweg als flankierendes Werkzeug innerhalb eines umfassenderen Maßnahmenpakets verstanden.

4 Die deutsche Umsetzung

Die Bundesregierung plant den Gewaltschutz mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung im Gewaltschutzgesetz auszubauen. Bei einem Vergleich des „spanischen Modells“ mit der Umsetzung der sog. Fußfessel in Deutschland ist fraglich, warum bei Erstellung des Referentenentwurfs sich in Bezug auf die elektronische Aufenthaltsüberwachung nicht mehr „abgeschaut“ wurde und eine tatsächliche eAÜ nach dem spanischen Modell eingeführt wurde. Eine eAÜ ist nach dem Referentenentwurf notwendig, wenn sie zur Kontrolle und Befolgung der Gewaltschutzanordnung unerlässlich ist. Die Unerlässlichkeit ist gem. § 1a Abs. 2 GewSchG-E gegeben, wenn bestimmte Tatsachen im Einzelfall die Annahme rechtfertigen, dass eine Zuwiderhandlung gegen die Gewaltschutzanordnung durch den Täter zu erwarten ist und daraus eine konkrete Gefahr für Leben, Körper, Freiheit oder sexuelle Selbstbestimmung der verletzten oder bedrohten Person entsteht. Dann handle es sich um einen „Hochrisikofall“. Während in Spanien ein umfassendes Fallmanagement etabliert wurde, um Hochrisikofälle schnellstmöglich zu erkennen und Gewaltbetroffenen umgehend Hilfe zu ermöglichen, bleibt in Deutschland die Hinzuziehung von Jugendämtern und der Polizei bei der Anordnung/Risikoeinschätzung einer eAÜ gem. § 216b FamGE-E eine reine Soll-Vorschrift und die Hinzuziehung weiterer Expert*innen aus. An einem ganzheitlichen Fallmanagement wie in Spanien fehlt es damit. Die Einführung der eAÜ steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer Gefährdungsanalyse und einem Gefahrenmanagement, die in Art. 51 IK und Art. 16 EU-Gewaltschutzrichtlinie geregelt sind.³³ Anstatt ein interdisziplinäres Fallmanagement zu etablieren und die entsprechenden Akteur*innen mit finanziellen Mitteln auszustatten, lässt der Referentenentwurf die Familiengerichte – ohne eine entsprechende Fortbildungsverpflichtung – mit der Einschätzung über eine grundrechtsintensive Maßnahme völlig alleine.

Eine gezielte Risikoeinschätzung und das Erkennen von Hochrisikofällen ist jedoch allein mit Blick auf die Zahl von 445 Tötungen von Frauen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, der 152.812 Tatverdächtige gegenüberstehen, unabdingbar.³⁴ Während es an Daten über die Anzahl der

28 Siehe dazu: <https://www.interior.gob.es/opencms/es/detalle/articulo/El-Sistema-VioGen-supera-los-seis-millones-de-valoraciones-de-riesgo-a-victimas-de-violencia-de-genero/>.

29 Secretaría de Estado de Seguridad, Instrucción 4/2019, a. a. O. Fn. 18.

30 Siehe dazu: <https://sistemaviogen.ses.mir.es/publico/viogen/en/>; *Alfonso, Alonso*: <https://www.interior.gob.es/opencms/eu/detalle/articulo/Interior-disena-un-nuevo-modelo-de-respuesta-policial-a-la-violencia-de-genero/>.

31 Vgl.: https://oposicionespolicianacional.com/novedades-sistema-viogen-vpr-vper/#4_Valoracion_del_nivel_de_riesgo_y_medidas_de_proteccion.

32 Instrucción 4/2019 de la Secretaría General de Instituciones Penitenciarias, S. 22, <https://violenciadegenerotico.wordpress.com/wp-content/uploads/2019/05/instruccion-4-2019.pdf>.

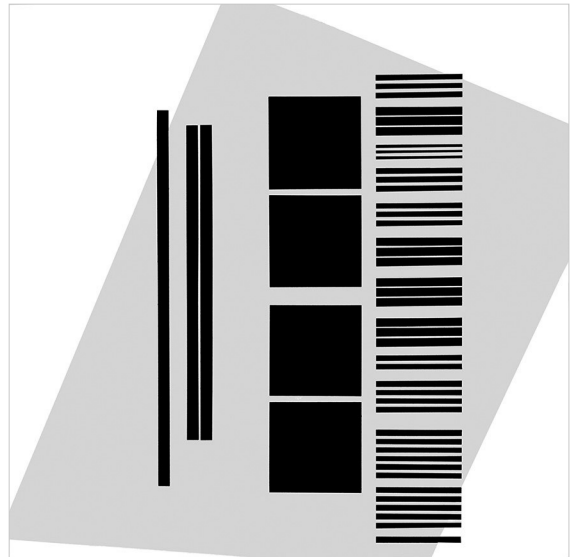
33 *Henneberger/Celebi*, Häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt – Besserer Opferschutz?, ZRP 2024, 181, 182 f.

34 BKA, Bundeslagebild häusliche Gewalt 2024, a. a. O., Fn. 3.

Anträge zu Gewaltschutzanordnungen fehlt, sieht der Referentenentwurf vor, dass mit der Gewaltschutzanordnung eine Anordnung der eAÜ einhergeht (§ 1 Abs. 1 S. 4 GewSchG-E). Dies birgt mehrere Risiken. Erstens können die selbstbestimmte Entscheidung und die Schutzinteressen der Betroffenen übergangen werden. Dies zeigt sich beispielsweise beim sogenannten Ein-Komponenten-Modell nach § 1a Abs. 1 GewSchG-E: Hier trägt die gewaltbetroffene Person selbst kein Gerät, das sie vor einem Verstoß gegen die Gewaltschutzanordnung warnt. Zweitens besteht die Gefahr, dass in Eilverfahren ohne gesichertes Fallmanagement der konkrete Unterstützungsbedarf der Betroffenen nicht ermittelt wird. Zudem können Schutzlücken entstehen, wenn nicht sichergestellt ist, dass die Koordinierungsstellen dauerhaft besetzt sind und den ländlichen Raum ausreichend abdecken. Weitere Umsetzungsprobleme können dann entstehen, wenn die Koordinierungsstellen in den Ländern bei verschiedenen Akteur*innen etabliert werden. So könnte das Bundesland Bremen die Koordinierungsstelle den Familiengerichten zuweisen, während das Land Niedersachsen die Koordinierungsstelle bei der Polizei verortet. Dies dürfte die Zusammenarbeit zwischen den Koordinierungsstellen erheblich erschweren.

5 Fazit

Die Forderungen in der Zivilgesellschaft nach Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt und nach einem umfassenden Gewaltschutzkonzept sind bekannt³⁵ und dennoch hat sich der Gesetzgeber entschieden, einen Teilaspekt des Gewaltschutzes herauszupicken und eine vor allem technisch vermittelte Lösung als einziges Mittel zur Verhinderung von Femiziden zu nutzen. Dabei verkennt er, dass nur tatsächlich getroffene gerichtliche Gewaltschutzanordnungen auch durchgesetzt werden können. Anstatt also aus den dokumentierten Erfahrungswerten zu lernen und die eigenen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen, entsteht der Eindruck, als solle das Renommee des „spanischen Modells“ instrumentalisiert werden, um eine äußerlich sichtbare Maßnahme – die sogenannte Fußfessel – zu legitimieren. Das daraus abgeleitete Wirksamkeitsversprechen wird jedoch des kontextuellen Rahmens beraubt, der das spanische System charakterisiert. Dies bezweckt das Gegenteil vom selbstgesteckten Ziel: Geschlechtsspe-



Heidi Hahn, Nummer 1. Inspiriert durch die Komposition Nr 1 *Dona nobis pacem* von Galina Ustvol'skaya, Acryl, 2020

zifische Gewalt wird nicht an ihrer Wurzel bekämpft, sondern eine Maßnahme geschaffen, die Frauen eine Sicherheit verspricht, die nicht eingehalten werden kann. Mit der Istanbul-Konvention gibt es einen effektiven Handlungskatalog, zu dem sich Deutschland völkerrechtlich bekannt hat, um geschlechtsbezogene Gewalt zu bekämpfen. Die Durchsetzung von Schutzanordnungen ist eine Handlungsanweisung (Art. 53 IK), die es zu berücksichtigen gilt – wobei die Istanbul-Konvention die eAÜ als Maßnahme zur Durchsetzung nicht zwingend vorgibt. Die Istanbul-Konvention hat jedoch insgesamt 56 Artikel und keiner dieser Artikel ist nach dem Urteil eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses ausreichend umgesetzt worden.³⁶ Wollte die Bundesregierung Schutz vor geschlechtsbezogene Gewalt tatsächlich effektiv umsetzen, würde sie nicht die eAÜ als Allheilmittel nutzen, sondern eine Gesamtstrategie vorlegen, (finanzielle) Ressourcen vorhalten und Richter*innen verpflichtend fortbilden. Stattdessen rühmt sich die Bundesregierung, mit ihrem Referentenentwurf einen Gewaltschutz zu etablieren, der dem Gewaltschutz in Spanien in nichts nachsteht. Sie verspricht sinkende Femizidzahlen, dabei gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass die eAÜ eine vergleichbare Wirkung entfalten wird. Gerade in solchen halbgenen Vorhaben wie dem hier vorgelegten Referentenentwurf zeigt sich einmal mehr: es fehlt der politische Wille, geschlechtsbezogener Gewalt effektiv entgegenzutreten.

³⁵ Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte, a. a. O., Fn. 5; Frauen gegen Gewalt (bff) e. V., Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz, abrufbar unter: www.frauen-gegen-gewalt.de/de/stellungnahmen-1718/gewaltschutzgesetz.html; Frauenhauskoordination e. V., a. a. O., Fn. 6.

³⁶ Bündnis Istanbul-Konvention, Alternativbericht, September 2025, https://www.buendnis-istanbul-konvention.de/wp-content/uploads/2025/11/DE_ONLINE_251120_Alternativbericht_2025_1.pdf.

Abha Bhaiya

Legitimerweise unser: Zur Geschichte der parallelen Systeme des Feministischen Rechts in Indien¹

Einleitung: ihre Geschichte erinnern

Von Zeit zu Zeit schließt sich der Kreis und wir fangen wieder von vorne an. Wie die einer Hausfrau ist auch die Arbeit einer Aktivistin nie getan. In diesem Essay versuche ich, meine Erinnerungen an Momente und Bewegungen in der Geschichte der Frauenbewegung in Indien, an denen ich beteiligt war, zusammenzutragen. Was ich im Folgenden anbiere, ist nur ein kleines Fenster zu einem viel größeren Gewebe des feministischen Aktivismus der letzten vier Jahrzehnte. Es gibt noch viel mehr, was aufgezeichnet werden müsste, aber leider: Worte sind die Grenze.

Es war im Jahr 1983, als ich als ehrenamtliche Mitarbeiterin des Frauenkollektivs „Saheli“² bei einer Anhörung im Gerichtssaal saß. Es ging um A., den Fall einer 20-jährigen Bauarbeiterin aus Rajasthan, die auf der Baustelle von einem Bauunternehmer und einigen Arbeitern vergewaltigt worden war. Der Gerichtssaal war kalt, die Anwälte und Richter alle männlich, die Überlebende fast unsichtbar. Ich wusste, dass dieser Prozess A. und mir nicht geben würde, was wir hören wollten. Die Vergewaltigten wurden freigesprochen. Das Gericht stellte fest, dass es keine Spuren am Körper von A. gab, die beweisen könnten, dass sie sich gewehrt hatte. Die medizinische Untersuchung war verzögert worden. Was mich zusammenhielt, waren A.s Mut und Entschlossenheit. Ich kam wutentbrannt heraus.

Später wurde ein anderer Fall wichtig für das Saheli-Kollektiv und viele andere autonome Gruppen: der Mord an Sudha Goel.³ Sudha war von ihren

Schwiegereltern ständig wegen ihrer Mitgift schikaniert worden und wurde schließlich von ihnen bei lebendigem Leib verbrannt. Zu diesem Zeitpunkt war sie hochschwanger. Fast alle Mitgiftmorde, die damals von Eltern der jungen Opfer zu Saheli gebracht wurden, hatten ein gemeinsames Drehbuch. Unsere Frage an die Eltern lautete immer wieder: „Warum haben Sie sie nicht nach Hause gebracht, warum waren Sie so gleichgültig gegenüber den Signalen, die sie immer wieder sendete, warum haben Sie den Fall nicht gemeldet, als sie noch lebte?“ Die Antwort war stets die gleiche: „Wir haben unser Bestes getan. Wir haben viel Geld gezahlt, um all ihre Forderungen zu erfüllen. Wie lange können wir die Tochter in unserem Haus behalten? Schließlich ist das Haus ihres Mannes auch ihr Zuhause. Aber jetzt wollen wir uns rächen und ihnen eine Lektion erteilen.“ Die Frage, die uns immer wieder durch den Kopf ging und die wir den Eltern stellen wollten, lautete: „Ist es nicht zu spät? Warum habt Ihr ihr nicht geholfen, als sie Eure Hilfe so dringend brauchte? Ist Euch klar, dass Ihr mitverantwortlich seid für das, was mit ihr passiert ist?“

Die Geschichte von Sudha Goel unterscheidet sich nicht von der unzähliger anderer Frauen. Die Briefe, die sie geschrieben hatte, ihre Anrufe wurden von ihren Eltern nicht beachtet. Sie hatte ihren Vater angefleht, sie zurückzunehmen, da sie um ihr Leben fürchtete. Ihr letzter Brief war herzerzerrend: Sie bat ihre Eltern, eine Hilfe für sie einzustellen und zu bezahlen, da sie hochschwanger war und deshalb nicht in der Lage, sich zu bücken und alle Hausarbeiten zu erledigen. Sudhas Ängste waren nicht unbegründet. Sie wurde bald darauf von ihrem Ehemann und ihrer Schwiegermutter brutal ermordet, beide hatten ihren Tod gemeinsam geplant. Als ich im Gerichtssaal saß, fragte ich mich, ob der Richter, der Sudhas Briefe las (sie wurden im Gerichtssaal als Beweismittel vorgelegt), verstand, was es bedeutete, hochschwanger und die einzige in der ganzen Familie zu sein, auf der die ganze Hausarbeit lastete. Wie erniedrigend musste es für sie gewesen sein, ihre Eltern anflehen zu müssen, eine Hilfe zu bezahlen, um ihr einen Teil der Last ab-

1 Mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Herausgeberinnen von „Indian Feminisms: Individual and Collective Journeys“, Hrsg: Abha Bhaiya & Poonam Kathuria, Zubaan (Independent feminist publishing house, New Delhi) 2018 – veröffentlichten wir den von der Autorin leicht aktualisierten Beitrag, aus dem Englischen, unterstützt durch DeepL Translator, übersetzt von Dagmar Oberlies.

2 Saheli, eines der ersten autonomen feministischen Kollektive, wurde 1981 in Delhi, Indien, von neun Feministinnen gegründet. Es wurde als autonome Organisation gegründet, unabhängig von ausländischer Finanzierung und Parteipolitik. Das Kollektiv ist nach wie vor eine wichtige Stimme für politisches Denken und Handeln innerhalb der feministischen Bewegung.

3 Laxman Kumar und Shakuntala Devi wurden in einem Fall von Mitgiftmord für schuldig befunden. Sie wurden beschuldigt, Sudha Goel, die im neunten Monat schwanger war, getötet zu haben, nachdem sie ihre Forderungen nach einer zusätzlichen Mitgift nicht erfüllt hatte. Mutter und Sohn wurden im Mai 1983 vom Gericht zum Tode verurteilt – das einzige Mal, dass ein indisches Gericht die Todesstrafe für einen Mitgiftmord verhängte. Sie legten jedoch Berufung ein und wurden vom High Court

in Neu-Delhi freigesprochen. 1985 verhandelte der Oberste Gerichtshof ein zweites Mal über die Berufung der Familie der Frau und verurteilte die beiden erneut. Es reduzierte jedoch das Todesurteil auf lebenslange Haft. Die gerichtliche Anordnung zu ihrer Verhaftung hat die Polizei nie erreicht, so T. N. Mohan, Assistent Kommissar der Polizei. Einem Polizeibeamten zufolge wurden sie nie zur Verbüßung ihrer lebenslangen Haftstrafe ins Gefängnis geschickt.

zunehmen. Aufgrund Sudha Goels Geschichte fragte ich mich, warum die Stimmen der Frauen von ihren Familien, insbesondere den Eltern, aber auch von der Gesellschaft insgesamt und im gesamten Justizsystem nicht gehört wurden. Ist das Heim, sind die Gerichte Verlängerungen eines patriarchalischen Systems, das der Ausbeutung und dem Missbrauch von Frauen gegenüber gleichgültig ist?

Als ich in den Anhörungen saß, sah ich nicht nur den Angeklagten und die Klägerin auf verschiedenen Seiten des Zauns, sondern hörte auch die Taubheit der juristischen Maschinerie. Es war klar, dass die Richter, die Anwälte und die Menschen, die im Gerichtssaal saßen, durch patriarchale, kasten- und klassenbedingte Vorurteile verbunden waren. Wie konnten sie dann jemals die totale Entrechtung von Frauen von ihrer ehelichen, mütterlichen, familiären und sozialen Zugehörigkeit erleben?

Keine Sicherheitszone

Die Gewalt, mit der die Frauen konfrontiert waren, war komplex. Die verbreitetste Form von Menschenrechtsverletzungen in der Welt, die Gewalt gegen Frauen, umfasst eine ganze Reihe von Handlungen. In den meisten Fällen ist der Täter bekannt – und manchmal steht er dem Opfer nahe. Einer Reihe von Studien zufolge ist häusliche Gewalt endemisch und macht den größten Anteil an Straftaten gegen Frauen aus. Nach Angaben des National Crime Records Bureau (NCRB)⁴ hat die Partnergewalt gegen Frauen stetig zugenommen. Deshalb musste die Tatsache, dass es sich bei den Tätern nicht um Fremde, sondern um gute Bekannte handelte, endlich auf dem familiären und öffentlichen Schachbrett ausgestellt werden, um für alle sichtbar gemacht und anerkannt zu werden.

Die Unfähigkeit der Frauen, Verstöße als solche zu benennen, ihr gewalttätiges Zuhause zu verlassen und nach Alternativen zu suchen, ist gespickt mit systemischen Hindernissen und Ideologien, die sie in ihrer patriarchalischen Erziehung in der ersten und schul-



Heidi Hahn, *Aus der Tiefe. Inspiriert durch die Partitur De Profundis von Sofia Gubaidulina, Acryl, 2020*

digsten Institution, der Familie, gelernt haben. Diese Verinnerlichung ist so tiefgreifend, dass es den Frauen oft schwerfällt, die Gewalt überhaupt als Verletzung ihrer Rechte als Menschen zu erkennen. Die Kluft zwischen dem, was als öffentlich, und dem, was als privat definiert wird, hat wesentlich dazu beigetragen, dass über solche Verstöße Schweigen bewahrt wird.

Deshalb ist das Brechen des Schweigens der erste Schritt zur Wiedergutmachung.

Das Verständnis der theoretischen Grundlagen von Gewalt gegen Frauen half den Aktivistinnen, die Kluft zwischen privater und öffentlicher Gewalt zu überbrücken. Zunächst begann eine Reihe von Aktivistinnen aus verschiedenen feministischen Gruppen, ihre persönlichen Erfahrungen zu teilen. Ein Prozess der Selbstoffenbarung in intimen und sicheren Räumen ermöglichte es ihnen, Erfahrungen mit sexuellem Kindesmissbrauch, Diskriminierung, Vernachlässigung und Ablehnung im Elternhaus zu teilen. Dieser Anfang ebnete den Weg für Solidarität und ein konzeptionelles Verständnis der Familie als einer patriarchalischen Institution, die Stärke in religiösen und kulturellen Praktiken suchte und fand. Es dauerte eine Weile zu verstehen, dass das Eingeschlossensein im eigenen Zuhause statt Sicherheit zu bieten, wie allgemein angenommen wurde, das Schweigen und die Sklavenarbeit ermöglichte und die Toleranz und Akzeptanz von Leiden und Ungerechtigkeiten seitens der Frauen erhöhte. Die andere einschneidende Erkenntnis war, dass weder das Elternhaus noch das eheliche Heim den Frauen gehörten. Obwohl sie verbrannt, geschlagen und vom Ehemann und anderen Familienmitgliedern sexuell missbraucht worden waren, glaubte eine Mehrheit der

⁴ Laut dem National Crime Records Bureau (NCRB) bleibt häusliche Gewalt das häufigste Verbrechen gegen Frauen in Indien. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 448.000 Straftaten gegen Frauen registriert. Davon entfielen rund 133.000 Fälle – also knapp 30 % – auf „Grausamkeit durch Ehemann oder dessen Verwandte“. Im Vorjahr (2022) lag dieser Anteil bei etwa 31 % mit rund 140.000 Fällen. Auch die Zahl der Beschwerden beim National Commission for Women (NCW) ist hoch: Im Jahr 2024 gingen dort 25.743 Beschwerden ein, davon 6.237 (24 %) wegen häuslicher Gewalt. Zum Vergleich: 2023 waren es 6.350 Beschwerden, 2022 sogar 6.986. Damit liegt das Beschwerdevolumen weiterhin über dem Vorpandemieniveau. Die Anklagerate für diese Fälle betrug 2023 77,6 %, während die Verurteilungsrate deutlich niedriger bleibt. Die Straftatenrate pro 100.000 Frauen lag 2023 bei 66,2 (2022: 66,4). Trotz leichter Schwankungen zeigen die Daten, dass Gewalt in der Ehe weiterhin ein gravierendes gesellschaftliches Problem darstellt.

Frauen immer noch, dass dies der einzig gesellschaftlich legitime Ort für sie sei.

Ungeachtet dieser Realitäten erkannten die staatlichen Institutionen die Familie nicht als die verantwortliche Institution für schwere Verbrechen gegen Frauen an. Tatsächlich hatte die viel gepriesene Demokratie versäumt, Frauen als Bürgerinnen Sicherheit zu bieten.

Elektrisierung der Bewegung

Zwei Vorfälle markieren die Entstehung der Frauenbewegung der späten siebziger Jahre. Die Vergewaltigungen in Haft von Mathura (1980),⁵ einer jungen Frau aus einer ‚tribal community‘, und, zwei Jahre früher, die von Rameeza Bee,⁶ einer jungen Muslima (Kannabiran 1980), initiierten eine landesweite Kampagne, die Rechtsreformen einforderte. In beiden bahnbrechenden Fällen lag der Schwerpunkt der Verfahren nicht auf dem Nachweis einer Vergewaltigung, sondern auf der sexuellen Vorgeschichte der Opfer und ihrer Charakterisierung als promisk, was schließlich zum Freispruch der angeklagten Polizisten führte (Kannabiran und Menon 2007).

5 Mathura, ein minderjähriges und verwaistes Harijan-Mädchen, wurde 1978 von zwei Polizisten auf einer Polizeistation in Maharashtra vergewaltigt. Sie erstattete Anzeige gegen die beiden. Das war zu einer Zeit, als die Vergewaltigungsgesetze in Indien stark zugunsten der Vergewaltiger verzerrt waren. Die umstrittenste Frage war die nach der Zustimmung. In den meisten Fällen konnte das Opfer nicht beweisen, dass es der Tat nicht zugestimmt hatte. Im Fall von Mathura glaubte ihr das Bezirksgericht und verhängte die Todesstrafe gegen die Angeklagten, während das Oberste Gericht sie freisprach und der Oberste Gerichtshof den Freispruch bestätigte. Der Oberste Gerichtshof entschied (Tukaram Vs. State of Maharashtra, AIR 1979 SC 185; (1979) 2SCC 143; 1978 CrLJ 1864; 1979 SCC 143), dass das Mädchen keine Verletzungen aufwies, was bedeutete, dass sie sich nicht gewehrt hatte und der Vorfall eine „friedliche Angelegenheit“ war! Der Fall stach in ein Wespennest, und die Regierung war gezwungen, aus ihrem langen Dornröschenschlaf aufzuwachen. Im Jahr 1983 wurden die Vergewaltigungsgesetze umfassend geändert. Das so genannte Mathura-Urteil blieb bis September 1979 weitgehend unbemerkt, bis die Rechtsprofessoren Upendra Baxi, Raghunath Kelkar und Lotika Sarkar von der Universität Delhi sowie Vasudha Dhagamwar aus Pune einen offenen Brief an den Obersten Gerichtshof schrieben, in dem sie gegen den Begriff der Zustimmung in dem Urteil protestierten. Zustimmung bedeutet Unterwerfung, aber das Gegenteil ist nicht notwendigerweise der Fall. Aus den Fakten des Falles geht hervor, dass es sich um Unterwerfung handelt und nicht um Zustimmung... Ist das Tabu gegen vorehelichen Sex so stark, dass es der indischen Polizei einen Freibrief für die Vergewaltigung junger Mädchen gibt? Es folgten spontane, breit angelegte Proteste von Frauenorganisationen, und die Aktivist:innen forderten eine Überprüfung des Urteils. Die Proteste fanden ein breites Medienecho.

6 Rameeza Bee, 26, beschuldigte vier Polizisten in Hyderabad, sie 1978 gruppenweise vergewaltigt und ihren Ehemann, einen Rikscha-Fahrer, zu Tode geprügelt zu haben. Die Vergewaltigung und der Mord lösten Unruhen in den Zwillingsstädten Hyderabad und Secunderabad sowie in anderen Teilen des Bundesstaates aus. Frauengruppen im ganzen Land forderten eine Untersuchung des Falles.

Das Rameeza-Bee-Urteil führte zu Protesten in ganz Indien und viele Frauengruppen forderten gemeinsam seine Revision. Eine Gruppe aus Mumbai namens Forum Against Rape (deren Name später in „Forum Against the Oppression of Women“ geändert wurde) organisierte eine landesweite Konferenz, auf der die Frage einer Rechtsreform breit diskutiert wurde. Aktivistinnen sprachen über das Versagen der Justiz. Weitere Diskussionen betrafen das Wesen des Patriarchats, sie verorteten Gewalt gegen Frauen im Kontext einer systematischen Unterdrückung von Frauen durch Männer. Im Nachgang zum Freispruch der beiden Angeklagten im Fall von Mathura schrieben vier Anwält:innen einen offenen Brief an den Obersten Richter Indiens, in dem sie Besorgnis über das Urteil und dessen Verletzung der Rechte von Frauen äußerten. Dieser Brief wurde zum Auslöser einer landesweiten Kampagne zur Reform der Vergewaltigungsvorschriften, die 1983 zu ersten Reformen führte. Die Kampagne führte schließlich zu den ersten Änderungen der Gesetze gegen Vergewaltigung (seit der Kolonialzeit). Die Mobilisierung von Aktivistinnen im ganzen Land spielte auch eine Rolle bei der Gründung einer Reihe von autonomen, nicht parteigebundenen Frauengruppen. Gleichzeitig gab es eine landesweite Debatte – und Änderungsvorschläge – zum Gesetz über die Zahlung einer Mitgift. Die Interventionen von Feministinnen bewirkten schließlich, dass ein Ehemann oder dessen Verwandte, die eine Frau grausam behandeln, bestraft werden konnten, ohne sich durch eine Kauton freikaufen zu können (Abschnitt 498A IPC).

Die achtziger und neunziger Jahre waren wichtige Jahre des Learning-by-Doing, in denen kollektive Aktions- und Reflexionsräume ausgebaut wurden. Die meisten Frauenkollektive begannen mit Studienkreisen, die den Aktivistinnen halfen, eine konzeptionelle Grundlage für ihre Praxis zu entwickeln. Einige der Gruppen begannen zeitgleich, mit Frauen aus ärmeren und marginalisierten Gemeinschaften in den Slums und Dörfern zusammenzuarbeiten. Da immer mehr Frauen ihre Fälle anzeigten, halfen die Kampagnen und die Krisenunterstützung von Frauen den Frauengruppen auch, öffentliche Legitimität zu gewinnen.

In den neunziger Jahren nahm die Zahl der Frauengruppen im ganzen Land exponentiell zu. Viele dieser Gruppen vertraten den Slogan „Das Persönliche ist politisch“ und bekräftigten, dass alles, was sich innerhalb der eigenen vier Wände abspielt, in einem größeren politischen Kontext zu sehen ist. Dies führte zu einem differenzierteren und komplexeren Verständnis der Institutionen des Staates wie Polizei, Justiz und Bürokratie. Gleichzeitig verstärkten die feministischen Gruppen ihre Forderungen nach einer strengeren staatlichen Rechenschaftspflicht.

Sie bemühten sich um legislative Reformen und die Einbeziehung von Frauenperspektiven in Politik- und Planungsprozesse und übten dadurch Druck auf den Staat aus, um Spezialeinheiten, Ämter, Abteilungen und Ministerien innerhalb des Systems zu schaffen, die sich um Fraueninteressen kümmern.

Im Laufe der Jahre gewann das feministische Engagement für verschiedene gesellschaftspolitische Themen weiter an Schwung. Einige Aktionen waren gut vorbereitet, aber viele waren reaktiv, quasi die Brandbekämpfung akuter Vorkommnisse. So zum Beispiel, als nach der Ermordung Indira Gandhis im Jahr 1984 in vielen Teilen des Landes die Gewalt gegen Sikhs ausbrach, oder nach der Katastrophe in der Union-Carbide-Fabrik in Bhopal im selben Jahr,⁷ bei der Tausende von Menschen ums Leben kamen. Auch andere drängende Fragen wie die Zunahme anti-muslimischer Gewalt und ein Zwangsprogramm zur Familienplanung wurden zu wichtigen Themen für die feministische Politik in Indien.

Die Reaktion des Staates

Bevor die Frauenbewegung entstand, gab es zunächst andere Entwicklungen, die halfen, den Druck auf den Staat aufrechtzuerhalten, und die den Weg für feministische Gruppen ebneten, Frauenrechte voranzutreiben. Ein 1974 veröffentlichter Bericht des Bildungs- und Sozialministeriums über den Status von Frauen rückte die Frage der ungleichen Stellung von Frauen in den Blick der Öffentlichkeit.⁸ Mitte der 80er Jahre war auch die Zeit, in der eine starke Frauenbewegung einige Bundesstaaten dazu veranlasste, spezifische Programme zu initiieren, um die Lage der Frauen zu verbessern.

In Rajasthan wurde 1984 das Frauenentwicklungsprogramm (Women's Development Programme, WDP)⁹ ins Leben gerufen, das sich mit den Pro-

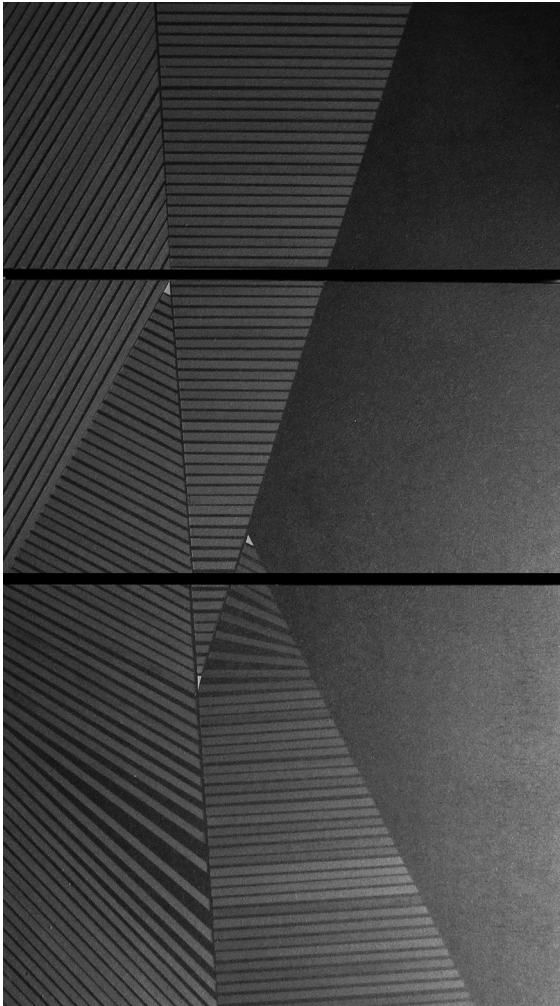
blemen der Frauen auf dem Lande befassen und sie auf Führungsrollen vorbereiten sollte. In diesem Programm wurden Frauen auf Dorfebene, die zumeist nicht lesen und schreiben konnten, als Katalysatoren des Wandels ausgewählt, sogenannte ‚Sathins‘ (Aktivistinnen auf Dorfebene). Dieses Programm signalisierte einen grundlegenden Wandel im Denken des Staates. Das Programm erkannte die Notwendigkeit an, das Leben der armen Frauen in den Dörfern zu verändern und ihnen selbst Entscheidungsmacht einzuräumen. Bald gab es einen Pool von fast 800 Sathins und mehr als hundert Koordinatorinnen, so genannte Prachetas. Feministische Aktivistinnen spielten bei der Schulung der Sathins und Prachetas eine wichtige Rolle, um feministische Perspektiven zu entwickeln und Aktionspläne auszuarbeiten. Die oft einmonatigen Schulungen boten den Frauen die Möglichkeit, über ihr eigenes Leben nachzudenken und das patriarchalische Unterdrückungssystem zu hinterfragen, das ihre Unterordnung erzwingt. Das Programm konnte erfolgreich mit dem Mythos aufräumen, dass Frauen aus unterdrückten Gemeinschaften nicht in der Lage seien, etwas zu verändern, da sie unwissend und ungebildet seien.

Auf der Grundlage des Erfolgs und des Potenzials des WDP initiierte die Bildungsabteilung des Ministeriums für die Entwicklung der Humanressourcen (HRD) ein großes nationales Bildungsprogramm für Frauen mit dem Namen Mahila Samakhya (Bildung für die Gleichstellung der Frau). Das Programm wurde in vier Bundesstaaten erprobt und ist inzwischen in mehr als zehn Bundesstaaten eingeführt worden. Es wurde in Absprache mit feministischen Aktivistinnen und Akademikerinnen konzipiert und gestaltet und ist ein exzellentes Beispiel für Partnerschaft, da die Programmgestaltung vielen Prinzipien des prozessorientierten feministischen Lernens und Anleitens folgte. In der Anfangsphase wurde das gesamte Schulungskonzept von Feministinnen entwickelt und umgesetzt, wobei keine anderen Ziele als Selbsterkenntnis und die Stärkung der armen Frauen in ländlichen Gebieten gesetzt wurden. Darüber hinaus beteiligten sich einige feministische Aktivistinnen und erfahrene Wissenschaftlerinnen als Beraterinnen und/oder Koordinatorinnen auf Landes- und Bundesebene an dem Programm. Eine ‚National Resource Group‘, die sich aus feministischen Trainerinnen, Pädagoginnen, Wissenschaftlerinnen und Fachfrauen zusammensetzte, arbeitete mit dem Bildungsministerium zusammen und übernahm die Aufgabe, das Programm anzuleiten und zu beraten. Dies war ein bedeutendes Experiment in der Zusammenarbeit zwischen der Frauenbewegung und dem Staat, das die reichen Erfahrungen der Frauenbewegung anerkannte, auch wenn einige der Aktivistinnen der Meinung waren, dass die Feministinnen, die in

7 Über 500.000 Menschen waren Methylisocyanat (MIC) und anderen Chemikalien ausgesetzt. Die giftige Substanz gelangte in und um die Barackensiedlungen in der Nähe der Anlage. Über die Zahl der Todesopfer gibt es unterschiedliche Schätzungen. Die offizielle Zahl der unmittelbaren Todesopfer betrug 2.259.

8 Auf dem Weg zur Gleichberechtigung: Der Bericht des Ausschusses für die Rechtsstellung der Frau, 1974, Regierung von Indien, Ministerium für Bildung und soziale Gerechtigkeit.

9 Das WDP wurde 1984 in Rajasthan in sechs Distrikten gestartet und später auf neun erweitert. Das Programm bedeutete eine Abkehr von der alten Praxis, Frauen als Objekt der Fürsorge zu betrachten, sondern sieht sie als aktive Akteure des Wandels. Das WDP nimmt einen entscheidenden Platz in einem Schlüsselaspekt des Empowerment ein, nämlich die Befähigung der Frauen, sich aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen auf Dorf- und Makroebene zu beteiligen. Diese konkreten, dienstleistungsorientierten Programme sind vor allem auf die Bedürfnisse von Frauen und Kindern im Rahmen von Mainstream-Entwicklungsprozessen ausgerichtet. Ein kurzer Blick auf einige dieser Programme zeigt uns jedoch, ob diese Maßnahmen auch die entscheidende Dimension der Befähigung von Frauen berücksichtigen.



Heidi Hahn, *Intermezzo*, Acryl, 2024

diesem Programm arbeiteten, vom Staat kooptiert worden waren. Die große Reichweite des Programms und die breite Zielvorgabe schuf Raum und Zeit für die Frauen, ihre Anliegen zu artikulieren und ihre Entschlossenheit zum Handeln zu stärken. Die Frauenbewegung lieferte die politischen Inhalte für die Umsetzung des Programms.

Mahila Samakhya basierte auf dem Verständnis, dass jedes Programm für Frauen für deren tägliches Leben und ihre Probleme relevant sein muss. Sowohl das Bildungsministerium als auch Feministinnen vertraten die Ansicht, dass der Mangel an Alphabetisierung nicht bedeutet, dass Frauen ungebildet sind. Das Programm konnte nachweisen, dass arme und marginalisierte Frauen über Wissen verfügen und in der Lage sind, zu lernen und ihr Schicksal zu verändern. Nach Ansicht der Koordinatorin des Programms, Vimala Ramachandran, brachte die staatliche Anerkennung von Feministinnen als Ressource feministisches Denken direkt in die Gestaltung und Umsetzung des

Programms ein. Allerdings hatte das Programm, abgesehen von Schulungen und Unterstützung in den ersten Jahren, keine wirkliche Macht, die Empfehlungen der Nationalen Ressourcengruppe umzusetzen (Ramachandran und Jhandyala 2012).

Gewährleistung von Gerechtigkeit

In den feministischen autonomen Kollektiven, die als Ressourcenzentren in den Großstädten fungierten, begannen die Aktivistinnen, sich mit lokalen und nationalen Themen zu befassen. Das alltägliche Engagement vor Ort in Verbindung mit weitergehenden Themen wurde zu einem Merkmal der feministischen Bewegung in Indien.

Was den Zugang zur Justiz anlangte, so hatten Feministinnen bereits in den achtziger Jahren damit begonnen, die mangelnde Reaktion und das mangelnde Handeln des Staates, die Nichterfassung von Strafanzeigen (First Information Report – FIR), insbesondere wenn es um marginalisierte Frauen ging, und andere derartige Mängel anzuprangern. Die Frauen setzten viele verschiedene Strategien ein, um das Bewusstsein zu schärfen und den Staat zu konfrontieren. Dazu gehörten Straßentheater, Flugblätter und Plakate, Wandaufschriften und Kampagnen; viele der feministischen Plattformen und Kollektive betrieben Bewusstseinsbildung und beanspruchten öffentliche Räume, wodurch sie Gewalt gegen Frauen sichtbar machten. Diese Sichtbarkeit, die sich oft auf den Titelseiten der Zeitungen zeigte, insbesondere bei Fällen von Mitgift, zunächst in Delhi und später in vielen anderen Städten, ermöglichte es Frauen, die extremen Schikanen und der Ermordung entkommen waren, die in den achtziger Jahren eingerichteten Beratungsstellen aufzusuchen, um Gerechtigkeit anzustreben.

Die Frauengruppen kombinierten Rechtsmittel mit „extralegalen“ Maßnahmen, d.h. in den Grenzen der Legitimität, aber ohne das Gesetz als Mittel zu nutzen. Die häufigste Aktion bestand darin, als „Bande“ zusammen mit der Frau zu ihrer ehelichen Wohnung zu gehen und sie aufzufordern, alle ihre Habseligkeiten zu identifizieren, sie in einen Pick-up zu laden und zu verschwinden. Auf dem Weg übergaben sie der Polizei eine Kopie der Liste der Gegenstände, die die Frau als ihre identifiziert hatte, und zogen weiter. Oft gingen die Aktivistinnen in einer großen Gruppe und halfen der Frau, ihr Kind der Familie des Vaters zu entreißen. Das System hielt solche Aktionen für illegal. Wir begannen, uns darin zu üben, die Grenze zwischen legal und illegal zu verwischen.

Trotz erheblicher Beweise dafür, dass das Rechtssystem gegen Frauen voreingenommen war, entschied

den sich einige Frauengruppen dafür, weiterhin den Rechtsweg zu nutzen. Gruppen brachten wegweisende Fälle von Frauen vor Gericht und stellten damit die bisherige Rechtsprechung infrage, veränderten den Diskurs innerhalb der Gerichte und erweiterten die öffentliche Debatte. Anfang der neunziger Jahre war jedoch sowohl Aktivistinnen als auch Akademikerinnen klar, dass sich die Lage der Frauen weiter verschlechtern und die Gewalt gegen sie weiter zunehmen würde, wenn es keine politische Zusage gäbe, die strukturellen – wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und religiösen – Hindernisse anzugehen.

Die anhaltende Beschäftigung mit dem Thema Gewalt und die zunehmenden Stimmen von Frauen, die sich gegen die allgegenwärtige Gewalt aussprachen, gaben für einige feministische Gruppen den Anstoß, nach alternativen Plattformen zu suchen, um für Gerechtigkeit zu sorgen.

Auf diesem Weg standen Feministinnen vor zwei Herausforderungen: erstens, die feministische Perspektive in die undurchlässigen Rechtsinstitutionen und Systeme einzubringen; und zweitens, alternative Strategien zu suchen und zu finden, um das Recht aufgrund eines feministischen Verständnisses vom systemischen Charakter der Gewalt gegen Frauen und ihrer weit verbreiteten Akzeptanz neu zu definieren.

Die Unterwanderung des Systems erfordert neue Strategien. Damit die Alternativen zu politischen, feministischen und gemeinschaftlichen Räumen werden können, reicht es nicht aus, nur den Fall darzulegen. Die feministische Bewegung begann, nach Alternativen zum formalen Justizsystem zu suchen, die die spezifischen Erfahrungen von Frauen mit Gewalt und Missbrauch aufgreifen können.

Es gibt unzählige Gründe, die Frauen davon abhalten, sich an die Gerichte zu wenden. Dazu gehören: Misstrauen gegenüber dem Gesetz, Angst vor Richtern und Anwälten, mangelndes Verständnis der Rechtssprache, mangelnde Vertrautheit mit formalen Verfahren und die befremdliche und einschüchternde Atmosphäre der Gerichte. Darüber hinaus erschweren die mangelnde Mobilität und Bewegungsfreiheit der Frauen den Versuch, rechtliche Schritte zu gehen. Angesichts dieser Tatsachen begannen die Frauen, nach Alternativen zum bestehenden Rechtssystem zu suchen. Zusätzlich zu den uralten Methoden wie öffentlichen Anhörungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Protestliedern wurde es notwendig, Wege einzuschlagen, die das Problem der häuslichen Gewalt auf eine frauensensiblere Weise adressieren.

So wie das Thema Gewalt gegen Frauen in der indischen Frauenbewegung an Bedeutung gewann, wurde es in ähnlichen Kämpfen in anderen Teilen der Welt aufgegriffen. Auf dem Frauentribunal in Wien, das während der UN-Menschenrechtskonfe-

renz 1993 stattfand, erklärten Frauengruppen mit Nachdruck: „Frauenrechte sind Menschenrechte“. Die entschlossenen Erklärungen und die Forderung nach Einbeziehung der Frauenrechte in die Kategorie der Menschenrechte haben auch die Definition der Menschenrechte unwiderruflich verändert. Die internationale Menschenrechtskonferenz machte nicht nur die Gewalt gegen Frauen zu einem Anliegen der globalen Staatengemeinschaft, sondern unterstrich auch die wachsende Sorge von Feministinnen in aller Welt, dass das Allerheiligste, das Zuhause, oft der unsicherste Raum für Frauen und Mädchen ist.

Das Zuhause als Ort der Diskriminierung, der Verweigerung von Rechten, der Vergewaltigung und oft auch der Tötung von Frauen wurde nun in den Fokus gerückt. Frauengruppen betonten, dass die Sicherheit in den eigenen vier Wänden in der Verantwortung des Staates liegt, und die weltweite feministische Bewegung forderte Rechenschaft des Staates für Verbrechen gegen Frauen. Es war klar, solange Staat und Gesellschaft die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich verfestigten, solange würde der Staat sich seiner Verantwortung für die Sicherheit von Frauen im Haus entziehen. Frauengruppen machten geltend, dass gewalttätige Männer für ihre Taten innerhalb des Hauses straffrei blieben, weil die Haltung vorherrschte, dass das, was sich innerhalb des Hauses abspielt, die Privatsache derjenigen sei, die dort leben, und damit die persönliche Angelegenheit des Mannes. Frauen zählten allenfalls als Eigentum des Mannes.

Die Entstehung von Frauenjustizsystemen

Das erste staatliche Programm, das ‚Nari Adalat‘ (Frauengerichte) als alternatives Rechtssystem etablierte, entstand 1995 in Gujarat im Distrikt Baroda, vorwiegend um sogenannte ‚Barfußanwältinnen‘ zu schulen. Die Idee entstand, als sich viele Frauen mit Fällen von Gewalt an das Mahila Samakhya-Team wandten und Aktivistinnen begannen, informell auf einige dieser Fälle zu reagieren, ohne dass es eine Ausbildung oder einen Mechanismus gab, um die Probleme der Gewalt gegen Frauen innerhalb oder außerhalb des Hauses systematischer anzugehen. Jagori, eine feministische Organisation mit Sitz in Delhi, konzipierte und initiierte dann einen dreimonatigen Schulungskurs für Nyay Sakhis (Freunde der Gerechtigkeit).

Gleichzeitig hatten in anderen Bundesstaaten Frauengruppen damit begonnen, sich Geschichten über Gewalt gegen Frauen anzuhören und über mögliche Lösungen nachzudenken, und manchmal sogar etwas unternommen, um die Konflikte zu lösen. Viele der beteiligten Frauen fanden sich als Beraterinnen wieder, obwohl sie keine formale Ausbildung hatten.

Diese informellen Gruppen und Foren boten den Frauen ein Umfeld, um zu sprechen. Der kollektive Charakter ihrer Erfahrungen trug zu Solidarität und Stärke bei. Gemeinsame Besuche in Polizeistationen, der Gang zur Familie des Mannes, die Konfrontation mit dem Vergewaltiger, dem Arbeitgeber – all dies führte zu einer wachsenden Zuversicht, mit Menschen mit Macht umgehen zu können. Dieser kollektive Mut der Sanftmütigen war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Wiedererlangung der Würde.

Die Vermittlung von Rechtskenntnissen umfasste eine ganze Reihe von Themen wie den verfassungsrechtlichen Rahmen, die Definition von Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit, die Analyse der Familie als patriarchalische Institution, den Unterschied zwischen Gleichheit und Gleichberechtigung, ein kritisches Verständnis aller frauenbezogenen Gesetze, die Struktur des Staates und seiner verschiedenen Institutionen, die Geschichte der Frauenbewegungen, das Ausmaß und die Arten von Gewalt, die Rechte der Frauen über ihren Körper und ihre Sexualität, die Grundsätze des feministischen Rechts und vieles mehr. Die Schulung umfasste auch Besuche auf Polizeistationen, in Gefängnissen, bei Panchayats (Dorfräte), in Gerichtssälen und in staatlichen Heimen für mittellose Frauen. Die Frauen, die an dem Kurs teilnahmen, blieben drei Monate zusammen, fuhren aber jedes Wochenende nach Hause, um ihre Familien zu besuchen.

In den Kursen zur juristischen Alphabetisierung lernten die Frauen Begriffe und Wörter aus der Gerichtssprache kennen. Außerdem lernten sie lesen und schreiben. Das Programm war sowohl für die Trainerinnen als auch für die Teilnehmerinnen ehrgeizig und erfüllend. Die Frauen, die zu Barfußanwältinnen ausgebildet wurden, waren sehr stolz auf ihren Status als „vakil sahib“ (lawyer-sir), wie sie in ihren Dörfern genannt wurden. Sie richteten offene Gerichtssäle unter Bäumen, auf dem Gelände des Panchayat und in den Höfen ihrer Häuser ein und hängten Transparente auf, die den Nari Adalat ankündigten. Außerdem trugen sie einen Stempel in ihren Taschen, der ihrer Arbeit einen „offiziellen“ Status verlieh. Zusammen mit den jungen Mitarbeiterinnen des Programms setzten sie legale, extralegale und für den Mainstream vielleicht als „illegal“ erscheinende Maßnahmen ein, um Gerechtigkeit zu erreichen. Sie begannen, versteckte und offensichtliche Verstöße gegen die Rechte der Frauen zu untersuchen. Hin und wieder mieteten sie einen Jeep, stiegen ein und fuhren los, um einen gewalttätigen Ehemann ausfindig zu machen und ihn zur Rede zu stellen. Sie hatten nicht jedes Mal Erfolg, aber sie ließen keine Gelegenheit aus, aus ihren Erfahrungen zu lernen und ihre Strategien zu verfeinern.

Was die Barfußanwältinnen und Mitarbeiterinnen überraschte, war die Tatsache, dass die Urteile, die sie fällten, von beiden Parteien akzeptiert wurden. Die Barfußanwältinnen ‚in Ausbildung‘ suchten Hilfe bei ihren gebildeten Kindern und Nachbarn, um sie dazu zu bringen, Vereinbarungen auf gestempeltes Papier zu schreiben. Vielleicht war es die Tatsache, dass das Gerichtspapier „offiziell“ aussah, die der Vereinbarung Legitimität verlieh. Die Parteien trugen die Kosten, da der Betrag im Vergleich zu den Anwaltskosten und der Zeit, die sie für Anhörungen und Reisen aufgewendet hätten, so gering war. Ich erinnere mich an einen sehr schwierigen Fall der Vergewaltigung einer Frau durch einen Dorfbewohner aus einer hohen Kaste. Die Familie war nicht bereit, den Fall bei der Polizei anzuzeigen. Der Nari Adalat erreichte, dass ein Teil des Grundstücks des Vergewaltigers auf den Namen der Überlebenden übertragen wurde, und zwang ihn, sich öffentlich zu entschuldigen sowie eine Geldstrafe zu zahlen. Der Fall wurde öffentlich verhandelt, da das gesamte Dorf von dem Vorfall wusste.

Frauengericht, Nari Adalat, ist ein Überbegriff. Eine Reihe ähnlicher Initiativen entstand zur gleichen Zeit in verschiedenen Teilen des Landes. Ihr Grundgedanke war die rasche Durchsetzung von Recht und eine erweiterte Definition von Recht, die auf der lokalen Ebene funktionierte. Diese von Frauen geführten Widerstands- und Wiedergutmachungsmechanismen wurden unter verschiedenen Namen bekannt, wie Mahila Nyay Panchayat, Mahila Nyay Samiti und Jamaat. Ihre Arbeitsweise war im Großen und Ganzen ähnlich.

Das Nari-Adalat-Modell basiert auf dem planmäßigen Aufbau der Rechtskompetenz von Nyay Sakhis, weiblichen Rechtsaktivistinnen, und der Unterstützung durch feministische Anwältinnen. Die Gerichte werden in regelmäßigen Abständen abgehalten, es finden Nachbesuche in den Häusern und auch bei den Gerichten statt, Fallstudien werden aufgezeichnet und Abhilfe erbeten. Nicht alle Fälle sind erfolgreich, aber selbst in den Fällen, in denen die Adalats nicht hilfreich waren, wissen die Frauen, dass sie Unterstützung und Zugang zu einem feministischen Raum haben, und das allein trägt schon dazu bei, ihre Position im Haus zu stärken. Es wird viel Arbeit darauf verwendet, mit den Familien und den Überlebenden in Kontakt zu bleiben, genaue Daten und Informationen von beiden Familien zu sammeln und die Frau oder den Mann weiterhin zu unterstützen. Wie eine der Barfuß-Anwältinnen sagte: „Jetzt sind es mehr die Überlebenden als ihre Familien, die uns anrufen.“

Die Nari Adalats haben verschiedene Strategien und nicht nur eine einzige Praxis angewandt. Der informelle Charakter einer gemeindebasierten Einrichtung erlaubt Flexibilität und Kreativität. Es wird kein Anspruch auf sofortigen Erfolg erhoben, aber

der Prozess selbst ist sowohl für die Überlebenden als auch für die Rechtsaktivistinnen transformierend. Das Ziel ist nicht, Erfolgsgeschichten zu verbreiten, sondern einen strategischen Eingriff in die Lebenswirklichkeit der Frauen vorzunehmen.

Die Nari Adalats, die seit Anfang der neunziger Jahre bestehen, sind Institutionen, die symbolisch für die Führungsrolle marginalisierter Frauen auf dem Land und in der Stadt in der Frauenbewegung und im Kampf um Frauenrechte und Gerechtigkeit stehen. Im Laufe dieser drei Jahrzehnte haben die ausgereiften lokalen Interventionen und die Nari Adalats einen weiten Weg zurückgelegt, was die Entwicklung von Praktiken und Lehrplänen für die Schulung von armen Frauen auf dem Land und in der Stadt und die Unterstützung von Frauen in Not angeht. Sie haben armen Frauen eine neue, legitime Rolle als Verteidigerinnen der Gerechtigkeit verschafft. Die Frauen selbst haben gezeigt, dass sie bereit sind zu lernen und ihre Fähigkeiten zu verbessern. Ihr ausgeprägter Gerechtigkeitssinn in Verbindung mit Strategien, die auf gesundem Menschenverstand beruhen, hat ihnen die Akzeptanz der Gemeinschaft eingebracht. Dies hat auch dazu beigetragen, die Wahrnehmung der Frauen in der Gemeinschaft zu verändern. Frauengerichte sind ein hervorragendes Modell, weil sie eine Schnittstelle zwischen formellen und informellen Systemen darstellen.¹⁰

Im Großen und Ganzen sind die Erfahrungen der Frauen in den alternativen oder parallelen Rechtssystemen positiv, da diese Systeme in der Gemeinschaft eine große Akzeptanz gewonnen haben. Allerdings ist offensichtlich, dass das „Projekt Gerechtigkeit“ eine unvollständige Angelegenheit bleibt, wenn nicht auch andere Institutionen, die das Leben von Frauen beeinflussen, geschlechtersensibel werden. Wenn die Frauengerichte weiterhin ihren Anteil an der Forderung nach Gerechtigkeit behalten sollen, dann kann eine erneute feministische Überprüfung dieser kleinen, aber bedeutenden Räume, die die Frauengerichte eröffnet haben, ein wichtiger Schritt in die Zukunft sein.

Schließt sich der Kreis?

Der brutale Überfall, die Vergewaltigung und Ermordung von Jyoti Singh Pande im Dezember 2012 in Delhi führte zu massiven öffentlichen Protesten und einer intensiven gesellschaftlichen Debatte über sexuelle Gewalt in Indien. Die Regierung reagierte auf den

öffentlichen Druck und setzte das dreiköpfige Justice Verma Committee ein, um eine Überarbeitung der bestehenden Gesetzgebung zur sexuellen Gewalt vorzunehmen. Die Kommission kombinierte formelle juristische Analyse bestehender Gesetze mit intensiver zivilgesellschaftlicher Beteiligung (Sammlung von Inputs, 500 Interviews mit Überlebenden, Fachleuten und Behördenvertretern, öffentliche Anhörungen), wobei feministische Organisationen nicht nur Input lieferten, sondern durch Mobilisierung und Eskalation des öffentlichen Diskurses eine zentrale Akteursrolle einnahmen. Ihre Empfehlungen, darunter die Forderung nach Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe und einer erweiterten Definition von Penetration, konnten nur deshalb effektiv in die Gesetzesreform einfließen – diese strategische Zusammenarbeit war wegweisend.

Der Verma-Report empfahl weitreichende Änderungen im Strafrecht, um Frauen besser vor sexueller Gewalt zu schützen. Zu den zentralen Empfehlungen gehörten:

- Erweiterung der Definition von sexueller Gewalt und Vergewaltigung,
- Verschärfung der Strafen für Täter,
- Verbesserung der Opferrechte und Schutzmaßnahmen,
- Sensibilisierung und Schulung von Polizei und Justiz,
- Bessere Umsetzung und Durchsetzung bestehender Gesetze,
- Maßnahmen gegen institutionelle Nachlässigkeit und Versäumnisse,
- Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz,
- Berücksichtigung von Gewalt im privaten und öffentlichen Raum.

Auf Grundlage der Empfehlungen wurden mehrere Gesetze geändert oder neu erlassen, darunter:

- *Criminal Law (Amendment) Act 2013*: Erweiterte Definition von Vergewaltigung, Einführung neuer Straftatbestände (z.B. Stalking, Voyeurismus), strengere Strafen, schnellere Verfahren.
- *Protection of Women from Domestic Violence Act 2005*: Schutz vor häuslicher Gewalt.
- *Sexual Harassment at the Workplace Act & Rules 2013*: Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.
- *Protection of Children from Sexual Offences Act (POCSO) 2012*: Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen.
- *Pre-Conception and Pre-Natal Diagnostic Techniques (PCPNDT) Act, 1994*: Schutz vor geschlechtsselektiver Abtreibung.

Die neuen Gesetze haben die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz von Frauen in Indien

¹⁰ Einige hervorragende Dokumentationen dieser Praktiken werden von feministischen Filmemacherinnen wie Deepa Dhanraj erstellt. *Women's Courts – Blurring Lines of Legalities*.

grundlegend verbessert. Sie ermöglichen es Frauen, leichter Anzeige zu erstatten, da Gewalt und Vergewaltigung umfassender definiert sind und die Polizei verpflichtet ist, Anzeigen aufzunehmen und zu ermitteln – auch bei häuslicher Gewalt. Opfer erhalten Zugang zu Schutzanordnungen wie Wohnrecht, Kontaktverbot für Täter und finanzieller Unterstützung. Am Arbeitsplatz müssen Schutzmechanismen gegen sexuelle Belästigung eingerichtet werden, und Frauen haben Anspruch auf psychosoziale und rechtliche Beratung. Die Gesetze verpflichten Institutionen wie Polizei, Justiz und Arbeitgeber zu Schulungen und Sensibilisierung für Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltprävention.

Für Betroffene eröffnen sich dadurch neue Wege: Sie können sich direkt an Polizei, Gerichte oder Frauenorganisationen wenden und erhalten rechtliche Unterstützung sowie Zugang zu Schutzmaßnahmen. Besonders niedrigschwellige Hilfe bieten weiterhin die Nari Adalats, die schnelle, gemeinschaftsbasierte Konfliktlösungen ermöglichen und praktische Unterstützung bieten, oft ohne die Hürden des formalen Justizsystems. Frauen werden ermutigt, ihre Rechte einzufordern, sich zu organisieren und gegenseitig zu unterstützen. Sie können an Schulungen teilnehmen, sich weiterbilden und selbst als Beraterinnen oder Aktivistinnen tätig werden.

Frauenorganisationen spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der neuen Gesetze. Sie begleiten Betroffene bei der Anzeige, im Ermittlungsverfahren und vor Gericht, dokumentieren Fälle, machen sie öffentlich und üben Druck auf die Behörden aus. Sie bieten psychosoziale und rechtliche Beratung, helfen bei der Durchsetzung von Schutzanordnungen und unterstützen bei der Suche nach sicheren Unterkünften. Darüber hinaus überwachen sie die Umsetzung der Gesetze, dokumentieren Missstände und fordern Verbesserungen. Sie schulen Polizei, Justiz und Arbeitgeber und sensibilisieren die Öffentlichkeit. Schließlich entwickeln sie alternative Strukturen wie eigene Beratungsstellen, Schutzhäuser und Frauengerichte (Nari Adalats), um niedrigschwellige Hilfe und Zugang zu Gerechtigkeit für Frauen zu gewährleisten.

Trotzdem bleibt die Umsetzung dieser Gesetze eine Herausforderung, und die Verurteilungsraten sind weiterhin niedrig. Die gesellschaftliche Debatte über sexuelle Gewalt ist seitdem präsenter, und das Thema ist kein Tabu mehr in Familien und Wissenschaft.

Die Reformen nach dem Verma-Report markieren einen wichtigen Schritt in der indischen Rechtsentwicklung zum Schutz von Frauen. Die neuen Gesetze haben konkrete Handlungsmöglichkeiten geschaffen: Anzeige, Schutz, Beratung, Prävention. Frauenorganisationen und Nari Adalats nutzen diese Möglichkeiten, um Betroffene zu unterstützen, um

Verantwortlichkeiten einzufordern und gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Für Frauen bedeutet das mehr Schutz, mehr Rechte und mehr Wege, sich gegen Gewalt zu wehren.

Die Frauenbewegung und alternative Rechtssysteme wie die Nari Adalat spielen weiterhin eine zentrale Rolle, um die Lücken zwischen Gesetz und gesellschaftlicher Realität zu schließen und Frauen tatsächlich Zugang zu Gerechtigkeit zu verschaffen. Die Herausforderungen liegen nun vor allem in der konsequenten Umsetzung und gesellschaftlichen Verankerung der neuen Gesetze.

Die Zukunft liegt in unserer Hand und wir müssen sie gestalten.

Literatur

- Batliwala, S. 2014. Carving A Space: Reflections On The 2nd MenEngage Symposium. Association for Women's Rights in Development (AWID).
- Gandhi, Nandita / Nandita Shah. 1992. The Issues at Stake Theory Practice in *the Contemporary Women's Movement in India*. New Delhi: Kali for Women.
- Geetha, V. 2002. Gender-Theorising Feminism. Kolkata: Stree.
- Government of India. 1974. Report of the committees on the status of women India. New Delhi: Government of India, Ministry of Education and Social Welfare, Department of Social Welfare.
- Menon, N. 2012. Seeing like a Feminist. New Delhi: Zubaan-Penguin.
- PRS Legislative Research. (2013, January 25). *Report of the Committee on Amendments to Criminal Law, 2013: Summary of the Justice Verma Committee Report*. New Delhi: Centre for Policy Research. Online unter: 1359132636--Justice Verma Committee Report Summary_0.pdf
- Rajan, Anuradha / Nandita Bhatla. 2002. Women-Initiated Community Level. *Responses to Domestic Violence. Summary Report of Three Studies*. Washington, DC: International Center for Research on Women (ICRW).
- Ramachandran, Vimala, / Kameshwari Jandhyala (eds.) 2012. *Cartographies of Empowerment: The Mahila Samakhya Story* New Delhi: Zubaan.
- Smart, C. 1989. *Feminism and the Power of Law*. London: Routledge.
- Stubbs, J. 2002. 'Domestic violence and women's safety: Feminist challenges to *restorative justice*.' *Restorative justice and family violence*, 42-61. Aus: Indian Feminisms (2014). Individual and Collective Journeys. Zubaan Academic

Urteil mit Praxishinweis

BAG, Art. 157 Abs. 1 AEUV, §§ 3 Abs. 1, 7 EntgTranspG, § 22 AGG

Entgeltgleichheit – Paarvergleich – Beweislast

1. Eine Entgeltgleichheitsklage kann darauf gestützt werden, dass eine einzelne Vergleichsperson des anderen Geschlechts, die die gleiche oder eine gleichwertige Arbeit verrichtet, ein höheres Entgelt erhält (Paarvergleich). Dies gilt unabhängig davon, wie groß die Gruppe vergleichbarer Personen des anderen Geschlechts ist.

2. Die Kausalitätsvermutung i. S. v. § 22 AGG setzt bei Entgeltgleichheitsklagen nicht voraus, dass eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für eine Benachteiligung wegen des Geschlechts besteht.

Urteil des BAG vom 23.10.2025, 8 AZR 300/24

Aus dem Sachverhalt:

Die Parteien streiten über Entgeltdifferenzansprüche aufgrund einer Benachteiligung wegen des Geschlechts.

Die Klägerin ist seit 1995 bei der Beklagten [...] beschäftigt. Seit 2008 gehört sie der Führungsebene E 3 (Abteilungsleiterebene) an.

Das Entgelt der dieser Führungsebene zugeordneten Arbeitnehmer setzt sich aus mehreren „Vergütungsbausteinen“ zusammen. Neben einem in zwölf gleichen Monatsbeträgen zahlbaren Jahresgrundgehalt erhalten sie u. a. jährlich einen sog. Company Bonus. Dieser entspricht einem – für alle Führungskräfte der Ebene E 3 gleich hohen – prozentualen Anteil des Jahresgrundgehalts, der mit einem einheitlichen Unternehmenserfolgsfaktor vervielfacht wird. Zudem sind den Arbeitnehmern Leistungen der betrieblichen Altersversorgung (Pension Capital One) zugesagt. Nach der Versorgungsordnung werden auf einem Versorgungskonto jährlich Kapitalbausteine gutgeschrieben, deren Höhe sich auf der Grundlage des Jahresgrundgehalts und des Company Bonus sowie eines Altersfaktors berechnet. Ergänzt werden diese Entgeltbestandteile durch eine – als Performance Phantom Share Plan (PPSP) bezeichnete – aktienorientierte Vergütung. Der jeweilige PPSP sieht eine Zuteilung virtueller Aktien innerhalb eines für jede Führungsebene festgelegten „Zuteilungsbandes“ vor, wobei die Anzahl der endgültig zugeteilten Phantom Shares erst nach Ablauf eines dreijährigen „Performance-Zeitraums“ feststeht. Nach einem sich anschließenden Haltezeitraum von einem Jahr wird der Gegenwert der virtuellen Aktien entsprechend dem realen Aktienkurs ausgezahlt. Außerdem werden den Arbeitnehmern während der vierjährigen Planlaufzeit jährlich Dividendenäquivalente entsprechend der an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden gezahlt.

Zu Beginn eines jeden Jahres wird durch die Vorgesetzten der Führungskraft im Rahmen einer

sogenannten „Our Peoples Conference“ (OPC) über Anpassungen des Grundgehalts entschieden und das individuelle Zuteilungsvolumen nach dem jeweiligen PPSP festgelegt.

Im Intranet der Beklagten ist ein sogenanntes Entgelttransparenz-Dashboard eingerichtet. In diesem können die Beschäftigten u. a. die Höhe ihres monatlichen Grundgehalts sowie ihres Company Bonus mit dem Median dieser beiden Entgeltbestandteile innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer mit der gleichen tariflichen Entgeltgruppe bzw. auf der gleichen Führungsebene im Betrieb vergleichen. Das Medianentgelt ist für jedes Jahr getrennt nach weiblichen und männlichen Vergleichspersonen ausgewiesen. In den Jahren 2018 bis 2022 lagen das Grundgehalt und der Company Bonus der in diesem Zeitraum teilzeitbeschäftigten Klägerin – bei Umrechnung auf eine Vollzeitbeschäftigung – unter dem angegebenen Median der männlichen und der weiblichen Vergleichsgruppe.

Die Klägerin hat geltend gemacht, sie sei bei der Bemessung ihrer „Vergütungsbausteine“ in den Jahren 2018 bis 2022 wegen ihres Geschlechts benachteiligt worden. Daher habe sie nach Art. 157 Abs. 1 AEUV, § 3 Abs. 1, § 7 EntgTranspG, hilfsweise auf der Grundlage des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes, einen Anspruch auf Ausgleich von Vergütungsdivergenzen. [...]

Das Arbeitsgericht hat der Klage teilweise stattgegeben. Den hiergegen von beiden Parteien eingelegten Berufungen hat das Landesarbeitsgericht [...] zum Teil stattgegeben und sie im Übrigen zurückgewiesen. Mit ihrer Revision verfolgt die Klägerin ihr darüber hinausgehendes Klagebegehren – unter Anpassung einzelner Zahlungsanträge an die von der Beklagten und dem Landesarbeitsgericht angenommenen Beträge – weiter. Die Beklagte wendet sich mit ihrer Anschlussrevision gegen die Verurteilung zur Zahlung weiterer Grundvergütung und eines höheren Company Bonus sowie zur Gutschrift weiterer Kapitalbausteine. [...]

Aus den Gründen:

Die Revision der Klägerin ist überwiegend begründet. [...] Mit der Begründung des Landesarbeitsgerichts durften die jeweiligen Hauptanträge der Klägerin nicht abgewiesen werden. Ob diese Klageanträge begründet sind, kann noch nicht abschließend entschieden werden. Dies bedingt die Aufhebung des Berufungsurteils in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang und die Zurückverweisung der Sache insoweit zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht (§ 562 Abs. 1, § 563 Abs. 1 ZPO). [...]

II. Im Übrigen ist die Revision der Klägerin begründet. Das Landesarbeitsgericht hat ihre vorrangig auf Art. 157 Abs. 1 AEUV, § 3 Abs. 1 und § 7

EntgTranspG gestützten Hauptanträge [...], mit denen sie die Gewährung von Entgeltbestandteilen entsprechend ihrer Gewährung an einzelne männliche Vergleichspersonen verlangt, mit rechtsfehlerhafter Begründung abgewiesen. Der Senat kann nicht selbst abschließend über die Hauptanträge entscheiden. [...]

1. Als Anspruchsgrundlage für gleiches Entgelt für gleiche sowie gleichwertige Arbeit ohne Diskriminierung wegen des Geschlechts kommen sowohl der direkt anwendbare Art. 157 Abs. 1 AEUV als auch § 3 Abs. 1 und § 7 EntgTranspG in Betracht (BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 17, BAGE 173, 331).

a) Art. 157 Abs. 1 AEUV verlangt, dass Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit das gleiche Entgelt erhalten. Die Vorschrift hat zwingenden Charakter und ist von den nationalen Gerichten direkt anzuwenden (st. Rspr., EuGH 3. Juni 2021 – C-624/19 – [Tesco Stores] Rn. 22 ff.; zur Vorgängerregelung in Art. 119 EWG-Vertrag EuGH 8. April 1976 – 43/75 – [Defrenne/SABENA] Rn. 38 ff.; vgl. Schlachter RdA 2024, 52, 53; Sagan JbArbR Bd. 61, S. 157 ff.). Die entsprechenden Bestimmungen der Richtlinie 2006/54/EG zum Verbot der Diskriminierung beim Entgelt werden von der unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 157 AEUV mit erfasst (BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 18, BAGE 173, 331).

b) Nach § 3 Abs. 1 EntgTranspG ist bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit eine unmittelbare oder mittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts im Hinblick auf sämtliche Entgeltbestandteile und Entgeltbedingungen verboten. Zudem ist dieses Verbot in § 7 EntgTranspG niedergelegt, wonach für gleiche oder für gleichwertige Arbeit nicht wegen des Geschlechts der oder des Beschäftigten ein geringeres Entgelt vereinbart oder gezahlt werden darf als bei einer oder einem Beschäftigten des anderen Geschlechts. § 3 Abs. 1 und § 7 EntgTranspG dienen der Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG (vgl. BAG 25. Juni 2020 – 8 AZR 145/19 – Rn. 63 ff., BAGE 171, 195). Sie sind daher entsprechend den Vorgaben der Richtlinie und im Einklang mit Art. 157 AEUV unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union unionsrechtskonform auszulegen (BAG 16. Februar 2023 – 8 AZR 450/21 – Rn. 24 m. w. N., BAGE 180, 194).

2. Im Ausgangspunkt zutreffend ist das Landesarbeitsgericht davon ausgegangen, dass es sich bei allen Entgeltbestandteilen, deren Gewährung die Klägerin erstrebt, um „Entgelt“ i. S. v. Art. 157 Abs. 2 AEUV, § 5 Abs. 1 EntgTranspG handelt.

a) Der Grundsatz der Entgeltgleichheit gilt für jeden einzelnen Bestandteil des den Arbeitnehmern

gezahlten Entgelts und wird nicht nur im Wege einer Gesamtbewertung der diesen gewährten Vergütungen angewandt (BAG 16. Februar 2023 – 8 AZR 450/21 – Rn. 29 m. w. N., BAGE 180, 194). [...]

b) Die von der Klägerin begehrten Leistungen sind Entgelt i. S. d. Bestimmungen. Dies gilt auch, soweit sie eine „Zuteilung“ und damit eine Gutschrift von jährlichen Kapitalbausteinen auf ihrem Versorgungskonto erstrebt. Zwar werden diese nicht unmittelbar an die Arbeitnehmer ausgezahlt, da es sich hierbei nur um jährliche Wertsteigerungen ihrer Versorgungsanwartschaft handelt. Für den Entgeltcharakter genügt es aber, dass dadurch der Umfang der bei Eintritt eines Versorgungsfalls zu gewährenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung beeinflusst wird. Der Entgeltbegriff ist weit auszulegen und kann auch Leistungen erfassen, die aufgrund eines Arbeitsverhältnisses erst nach dessen Ende erbracht werden (vgl. EuGH 8. Mai 2019 – C-486/18 – [Praxair MRC] Rn. 70). Der Kapitalbaustein ist daher eine „sonstige Vergütung“ i. S. v. Art. 157 Abs. 2 AEUV, § 5 Abs. 1 EntgTranspG, die der Klägerin unmittelbar aufgrund ihres Arbeitsverhältnisses gewährt wird.

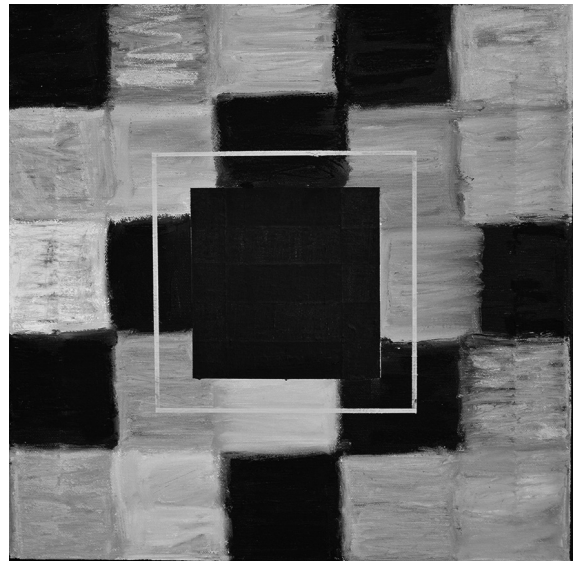
3. Unzutreffend ist hingegen die Annahme des Landesarbeitsgerichts, bei einer sowohl auf Art. 157 Abs. 1 AEUV als auch § 3 Abs. 1 und § 7 EntgTranspG gestützten Entgeltgleichheitsklage genüge es zur Darlegung des Indizes einer Geschlechterdiskriminierung nicht, sich auf eine einzelne Person mit gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu berufen (Paarvergleich), wenn die männliche Vergleichsgruppe aus mehreren Personen bestehe. Auch seine Auffassung, es bedürfe zur Begründung der Vermutung einer geschlechtsbedingten Benachteiligung i. S. v. Art. 157 Abs. 1 AEUV, § 3 Abs. 1, § 7 EntgTranspG bei unionsrechtskonformem Verständnis des § 22 AGG einer – anhand der Gesamtumstände des Sachverhalts zu würdigenden – überwiegenden Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Benachteiligung wegen des Geschlechts erfolgte, ist nicht frei von Rechtsfehlern.

a) Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union muss eine Klägerin in einem auf Art. 157 Abs. 1 AEUV gestützten Rechtsstreit lediglich darlegen und – im Bestreitensfall – beweisen, dass ihr Arbeitgeber ihr ein niedrigeres Entgelt zahlt als ihrem zum Vergleich herangezogenen männlichen Kollegen und dass sie und der Kollege die gleiche oder zumindest eine gleichwertige Arbeit verrichten. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, liegt dem ersten Anschein nach eine nur mit dem unterschiedlichen Geschlecht erklärbare Diskriminierung vor. Es obliegt dann dem Arbeitgeber zu beweisen, dass nicht gegen den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen verstoßen wurde, indem er mit allen rechtlich vorgesehenen Mitteln entweder

nachweist, dass die von den beiden betroffenen Arbeitnehmern tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten in Wirklichkeit nicht vergleichbar sind, oder, dass die festgestellte unterschiedliche Entlohnung durch objektive Faktoren, die nichts mit einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu tun haben, gerechtfertigt ist (vgl. EuGH 28. Februar 2013 – C-427/11 – [Kenny u. a.] Rn. 19 ff.; 26. Juni 2001 – C-381/99 – [Brunnhöfer] Rn. 58 ff.; vgl. auch EuGH 27. März 1980 – 129/79 – [Macarthys/Smith] Rn. 14, 16; zu größeren Vergleichsgruppen vgl. EuGH 27. Oktober 1993 – C-127/92 – [Enderby] Rn. 14 ff.). Damit kann jede Frau und jeder Mann zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit eine Person des anderen Geschlechts als Vergleichsmaßstab heranziehen, selbst wenn die Gruppe der Arbeitnehmer des anderen Geschlechts, die gleiche oder gleichwertige Arbeit verrichten, aus mehreren Personen besteht. Die Zulässigkeit der Beschränkung auf eine einzelne Vergleichsperson und die Verteilung der Darlegungs- und Beweislast sind – trotz im Schrifttum geäußelter Bedenken – unionsrechtlich geklärt (für die Zulässigkeit des Paarvergleichs auch: BAG 16. Februar 2023 – 8 AZR 450/21 – Rn. 44, BAGE 180, 194; 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 55, BAGE 173, 331; Sagan NZA Beilage 1/2025, 1034, 1038; Schlachter RdA 2024, 52, 55; Junker JZ 2023, 775, 778 f.; Däubler/Beck/Reingard Zimmer 5. Aufl. EntgTranspG § 4 Rn. 14; Krieger/Plambeck NZA 2023, 1001, 1002; EuArbRK/Franzen 5. Aufl. AEUV Art. 157 Rn. 54; ablehnend Hartmann ZfA 2024, 4, 9 f.). Ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 267 AEUV [...] ist nicht veranlasst.

b) Die durch das Primärrecht der Europäischen Union vorgegebenen Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen einer geschlechtsbedingten Diskriminierung beim Entgelt sind auch bei der Anwendung entsprechender nationaler Regelungen zu beachten. Das nationale Recht ist – soweit rechtlich möglich – in Übereinstimmung mit diesen unionsrechtlichen Vorgaben auszulegen (vgl. Sagan NZA Beilage 1/2025, 1034, 1036). Dies gilt auch für den über § 2 Abs. 2 Satz 1 EntgTranspG bei Entgeltgleichheitsklagen anwendbaren § 22 AGG (vgl. dazu BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 25 f., BAGE 173, 331), der für den Rechtsschutz bei Diskriminierungen im Hinblick auf den Kausalzusammenhang eine Erleichterung der Darlegungslast, eine Absenkung des Beweismaßes und eine Umkehr der Beweislast vorsieht.

aa) Beweist danach im Streitfall die eine Partei Indizien, die eine Benachteiligung wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes vermuten lassen, trägt die andere Partei die Beweislast dafür, dass kein Verstoß gegen die Bestimmungen zum Schutz vor Benachteiligung vorgelegen hat. Zwar erfordert die Annahme einer solchen Vermutung grundsätzlich einen Vortrag



Heidi Hahn, *Gopfriedstutz I, Ölkreide*, 2017

von Indizien, die mit überwiegender Wahrscheinlichkeit darauf schließen lassen, dass eine Benachteiligung wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes erfolgt ist. Auch müssen hierbei alle Umstände des Rechtsstreits in einer Gesamtwürdigung berücksichtigt werden (vgl. dazu etwa BAG 27. März 2025 – 8 AZR 123/24 – Rn. 19 m. w. N.). Diese Erfordernisse gelten aber nicht bei einem Rechtsstreit um gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit. In diesen Fällen ist § 22 AGG vielmehr in Übereinstimmung mit Art. 157 Abs. 1 AEUV sowie Art. 19 der Richtlinie 2006/54/EG auszulegen (vgl. dazu schon ausf. BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 27 ff. m. w. N., BAGE 173, 331), der eine Kodifizierung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Darlegungs- und Beweislast in Rechtsstreitigkeiten um geschlechtsbedingte Entgeltdiskriminierung enthält (vgl. Erwägungsgrund Nr. 1 zur Richtlinie 2006/54/EG; zu Art. 4 der Richtlinie 97/80/EG als Vorgänger von Art. 19 der Richtlinie 2006/54/EG vgl. EuGH 10. März 2005 – C-196/02 – [Nikoloudi] Rn. 69 f.). Der Umstand, dass die Feststellung einer Diskriminierung den nationalen Gerichten obliegt, ändert hieran nichts (so aber Höpfner/Mohrbutter RdA 2024, 45, 48). Diese sind – soweit möglich – gehalten, die nationalen Vorgaben für die Darlegungs- und Beweislast bei Entgeltgleichheitsklagen an die unionsrechtlichen Maßgaben anzupassen.

bb) Ausgehend hiervon genügt für eine die Umkehr der Beweislast auslösende Kausalitätsvermutung i. S. v. § 22 AGG grundsätzlich, wenn die klagende Partei beweist, dass ihr Arbeitgeber ihr ein niedrigeres Entgelt zahlt als ihrem zum Vergleich herangezogenen Kollegen des anderen Geschlechts, der die gleiche oder

eine gleichwertige Arbeit verrichtet (vgl. schon BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 51, BAGE 173, 331; zu den spezifischen Anforderungen bei einem Stücklohnsystem vgl. EuGH 31. Mai 1995 – C-400/93 – [Royal Copenhagen] Rn. 25 ff.). Unter besonderen Umständen, wenn sonst kein wirksames Mittel vorhanden ist, um die Einhaltung des Grundsatzes des gleichen Entgelts durchzusetzen, können die Anforderungen an die Beweislast des Arbeitnehmers für das Vorliegen einer geschlechtsbedingten Entgeltdiskriminierung nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ggf. sogar noch weiter zu modifizieren sein (vgl. ausf. BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 30, a. a. O. mit Bezug auf EuGH 17. Oktober 1989 – 109/88 – [Danfoss] Rn. 16).

c) Der Einwand der Beklagten, die Zulässigkeit einer auf eine einzelne Vergleichsperson gestützten Entgeltgleichheitsklage und die damit einhergehende Verteilung der Darlegungs- und Beweislast habe letztlich zur Folge, dass allen Arbeitnehmern mit gleicher oder gleichwertiger Tätigkeit die jeweils höchste vom Arbeitgeber gewährte Vergütung zu zahlen wäre, verkennt, dass sich die „Aussagekraft“ eines Paarvergleichs grundsätzlich auf die hiervon unmittelbar betroffenen Personen beschränkt. Eine unterschiedliche Vergütung von Personen unterschiedlichen Geschlechts mit gleicher oder gleichwertiger Arbeit ist zulässig, sofern diese nicht durch das Geschlecht, sondern durch objektive Faktoren bedingt ist. Fehlt es an einer solchen Rechtfertigung können sich hiervon nachteilig Betroffene ebenfalls mit Erfolg auf Art. 157 Abs. 1 AEUV und § 3 Abs. 1 und § 7 EntgTranspG stützen. Dies ist aber keine Auswirkung des Paarvergleichs, sondern eines ggf. diskriminierenden Entgeltsystems.

d) Gemessen daran durfte das Landesarbeitsgericht eine aus der höheren Vergütung einer männlichen Vergleichsperson folgende Indizwirkung für eine geschlechtsbedingte Entgeltbenachteiligung der Klägerin nicht deshalb verneinen, weil es mit Blick auf die Größe der männlichen Vergleichsgruppe und deren Medianentgelt an einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit für eine geschlechtsbedingte Benachteiligung fehlt. Damit hat es die unionsrechtlich vorgegebenen Anforderungen an die Darlegungslast i. S. v. § 22 AGG verkannt (vgl. auch Schlachter RdA 2024, 52, 54; a. A. Uffmann ZfA 2022, 51, 68). Der dem Unionsrecht fremde Median ist lediglich im deutschen Recht von Bedeutung für den Inhalt des Auskunftsanspruchs nach §§ 10 ff. EntgTranspG. Ein vom Arbeitgeber mitgeteilter Median ermöglicht als in der Mitte liegender Entgeltwert zwar einen – realen oder fiktiven – Paarvergleich (vgl. BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 35, 41, BAGE 173, 331; Sagan NZA Beilage 1/2025, 1034, 1038; Benecke EuZA 2024,

263, 267). Bei der Begründung der Kausalitätsvermutung i. S. v. § 22 AGG spielt er aber keine Rolle, wenn die klagende Partei – wie vorliegend die Klägerin mit ihren Hauptanträgen – zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit eine (reale) Person des anderen Geschlechts als Vergleichsmaßstab heranzieht, der der Median nicht zugeordnet ist (vgl. zu dieser Möglichkeit BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 41, a. a. O.). Von Bedeutung kann die Gesamtsituation bei der Vergütung innerhalb der männlichen und weiblichen Vergleichsgruppe – sei es im Median oder im Durchschnitt – erst im Rahmen der vom Arbeitgeber zu erbringenden Widerlegung der Vermutung einer geschlechtsbedingten Benachteiligung sein. Bei der Würdigung, ob dem Arbeitgeber der Beweis gelungen ist, dass die unterschiedliche Entlohnung der klagenden Partei und der zum Vergleich herangezogenen Person durch objektive Faktoren gerechtfertigt ist, die nichts mit einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu tun haben, können diese Umstände eine Rolle spielen. Gelingt dem Arbeitgeber dieser Nachweis nicht, ist die Differenz zum Entgelt der Vergleichsperson in voller Höhe auszugleichen. Entgegen der Auffassung des Landesarbeitsgerichts kommt eine Beschränkung des Anspruchs auf den Ausgleich der Differenz zwischen dem Medianentgelt der weiblichen und dem der männlichen Vergleichsgruppe nicht in Betracht. Diese Rechtsfolge würde sich vom – zulässigen – Paarvergleich lösen und ist weder im Unionsrecht noch im deutschen Recht vorgesehen (vgl. BeckOK ArbR/Roloff Stand 1. September 2025 EntgTranspG § 3 Rn. 4c; Zeilmann AuR 2025, 339, 340; a. A. Heimann NZA-RR 2025, 30, 31; Schuster/Mayr NZA 2025, 395, 399 f.).

4. Die Entscheidung über die Abweisung der Hauptanträge stellt sich nicht aus anderen Gründen als richtig dar (§ 561 ZPO). [...]

a) [...]

cc) Entgegen der Ansicht der Beklagten stehen der Verwendung der auf die Person des Herrn S bezogenen Verdienstinformationen einschließlich seiner namentlichen Nennung keine datenschutzrechtlichen Belange entgegen. Zwar liegt in der Berücksichtigung dieser Daten bei der Entscheidungsfindung der Gerichte für Arbeitssachen ebenso eine Datenverarbeitung i. S. v. Art. 4 Nr. 2 DSGVO wie in ihrer Offenlegung und Verwendung im Prozess durch die Parteien (vgl. auch BAG 19. September 2024 – 8 AZR 21/24 – Rn. 60). Diese sind aber jeweils rechtmäßig.

(1) Die Zulässigkeit der prozessualen Verwertung von Sachvortrag der Parteien richtet sich nach Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e und f, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 Buchst. b, Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 DSGVO i. V. m. §§ 138, 286, 355 ff. ZPO (vgl. ausf. dazu: BAG 20. März 2025 – 7 AZR 46/24 – Rn. 51 ff.

m. w. N.; 19. September 2024 – 8 AZR 21/24 – Rn. 61 ff. m. w. N.). Dabei ermöglicht das deutsche Prozessrecht die Berücksichtigung von Vortrag, welchen die jeweilige Prozesspartei zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen erbringt. [...] Unter der Wertung des Art. 9 Abs. 2 Buchst. f DSGVO sind die Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen als berechnigte Interessen einzuordnen (BAG 19. September 2024 – 8 AZR 21/24 – Rn. 65).

(2) Hiervon ausgehend ist die vorliegende Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten des Kollegen S zulässig. Beide Parteien haben die verschiedenen Daten zur Wahrung ihrer jeweiligen rechtlichen Interessen in den Prozess eingeführt. Dass die Klägerin die Entgeltangaben von Herrn S in rechtswidriger Weise erlangt hat, ist nicht ersichtlich. Ihr Vorbringen sowie die Ausführungen der Beklagten tragen dem Umstand Rechnung, dass es bei einer auf einen Paarvergleich gestützten Entgeltgleichheitsklage erforderlich ist, zur Höhe und Zusammensetzung des Arbeitsentgelts des zum Vergleich herangezogenen Arbeitnehmers vorzutragen. Dessen namentliche Bezeichnung ermöglicht es dem in Anspruch genommenen Arbeitgeber – zumindest bei mehreren denkbaren Vergleichspersonen – sich zum Vortrag der klagenden Partei zu erklären (§ 138 Abs. 2 ZPO), um sich gegen die Ansprüche zu verteidigen oder ggf. seiner Beweislast nachzukommen. Die Interessen der betroffenen Vergleichsperson sind demgegenüber im Regelfall nachrangig, soweit sich die Verwendung ihrer personenbezogenen Daten – wie hier – auf das erforderliche Maß beschränkt.

b) Soweit die Klägerin mit ihren Hauptanträgen [...] den Ausgleich von Entgeltdifferenzen sowohl beim Grundgehalt als auch beim Company Bonus sowie [...] eine Gutschrift weiterer Kapitalbausteine erstrebt, hat sie zudem schlüssig dargetan, dass Herr S im streitbefangenen Zeitraum eine jedenfalls gleichwertige Arbeit i. S. v. Art. 157 Abs. 1 AEUV, § 4 Abs. 2 EntgTranspG ausgeübt hat.

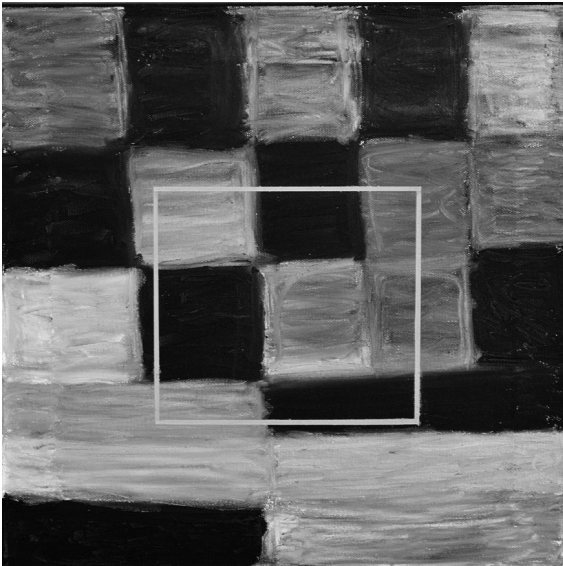
aa) Nach § 4 Abs. 2 Satz 1 EntgTranspG üben weibliche und männliche Beschäftigte eine gleichwertige Arbeit i. S. d. Entgelttransparenzgesetzes (im Folgenden EntgTranspG) aus, wenn sie unter Zugrundelegung einer Gesamtheit von Faktoren als in einer vergleichbaren Situation befindlich angesehen werden können. Zu den zu berücksichtigenden Faktoren gehören unter anderem die Art der Arbeit, die Ausbildungsanforderungen und die Arbeitsbedingungen. Es ist von den tatsächlichen, für die jeweilige Tätigkeit wesentlichen Anforderungen auszugehen, die von den ausübenden Beschäftigten und deren Leistungen unabhängig sind (§ 4 Abs. 2 Satz 2 und 3 EntgTranspG). Mit dem Begriff der „gleichwertigen Arbeit“ werden verschiedenartige Arbeiten

unter Zugrundelegung einer Gesamtheit von Faktoren daraufhin verglichen, ob sie von gleichem Wert sind (vgl. hierzu BAG 16. Februar 2023 – 8 AZR 450/21 – Rn. 34 f. m. w. N., BAGE 180, 194). Teilt der Arbeitgeber zur Erfüllung eines vom Arbeitnehmer geltend gemachten Auskunftsanspruchs nach § 10 EntgTranspG das Vergleichsentgelt i. S. v. § 11 Abs. 3 EntgTranspG mit, so liegt in dessen Angabe zugleich die Mitteilung einer – realen oder fiktiven – Vergleichsperson, die gleiche oder gleichwertige Arbeit ausführt (vgl. BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 39, BAGE 173, 331).

bb) Danach genügt der Vortrag der Klägerin, dass der ebenfalls im Betrieb Zentrale tätige Herr S der Führungsebene E 3 angehört, um – im ersten Schritt – von einer Gleichwertigkeit seiner Tätigkeit auszugehen. Die Klägerin kann sich insoweit auf die Angaben der Beklagten im Dashboard stützen. Nach den Feststellungen des Landesarbeitsgerichts dient es für den Betrieb, in dem die Klägerin beschäftigt ist, der Erteilung von Auskünften i. S. v. §§ 10 ff. EntgTranspG. Die Beklagte geht ersichtlich davon aus, dass die Führungskräfte der Ebene E 3 in diesem Betrieb zumindest gleichwertige Arbeit leisten. Mit der Angabe des auf diese Personengruppe bezogenen weiblichen und männlichen Medians hat sie entsprechend den Vorgaben in § 10 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 11 Abs. 3 Satz 1 EntgTranspG verdeutlicht, dass die betreffenden Arbeitnehmer gleiche oder gleichwertige Tätigkeiten ausführen.

c) Damit liegt in Bezug auf das Grundgehalt, den Company Bonus und die Kapitalbausteine dem ersten Anschein nach eine nur mit dem unterschiedlichen Geschlecht erklärbare Diskriminierung und somit eine Kausalitätsvermutung i. S. v. § 22 AGG vor, die von der Beklagten zu widerlegen wäre.

aa) Besteht die Vermutung einer Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, trägt die andere Partei die Beweislast dafür, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht verletzt worden ist. Dabei ist es Sache der für die Würdigung des Sachverhalts allein zuständigen nationalen Gerichte zu beurteilen, ob objektive Faktoren vorliegen, die nichts mit einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu tun haben. Hierfür gilt das Beweismaß des sog. Vollbeweises. Der Arbeitgeber muss Tatsachen vortragen und ggf. beweisen, aus denen sich ergibt, dass kein Verstoß gegen das Entgeltgleichheitsgebot vorliegt (BAG 16. Februar 2023 – 8 AZR 450/21 – Rn. 46 m. w. N., BAGE 180, 194). Dies ist der Fall, wenn er entweder nachweist, dass die von der klagenden Partei und der Vergleichsperson tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten in Wirklichkeit nicht vergleichbar sind, oder, dass die unterschiedliche Vergütung durch objektive Faktoren, die nichts mit einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu tun haben, gerechtfertigt ist (vgl.



Heidi Hahn, *Gopfriedstutz II*, Ölkreide, 2017

EuGH 28. Februar 2013 – C-427/11 – [Kenny u. a.] Rn. 19 ff.; 26. Juni 2001 – C-381/99 – [Brunnhöfer] Rn. 58 ff.; 27. Oktober 1993 – C-127/92 – [Enderby]; 27. März 1980 – 129/79 – [Macarthy/Smith] Rn. 14, 16). Der Grund für die unterschiedliche Behandlung muss dabei auf einem legitimen Ziel beruhen und die gewählten Mittel müssen geeignet und erforderlich sein, um dieses Ziel zu erreichen (vgl. EuGH 3. Oktober 2006 – C-17/05 – [Cadman] Rn. 32).

bb) Der Beklagten ist eine Widerlegung der Vermutungswirkung nicht schon deshalb verwehrt, weil sie im streitbefangenen Zeitraum ein Entgeltsystem angewendet hat, welches den Anforderungen des § 4 Abs. 4 EntgTranspG insbesondere hinsichtlich der Durchschaubarkeit nicht genügt (vgl. hierzu BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 66 f., BAGE 173, 331). Zwar sind die Kriterien für die jährlichen Anpassungen des Grundgehalts in der OPC – ebenso wie für die dortigen Zuteilungen der Phantom Shares nach den jeweiligen PPSP – nicht transparent. Der Arbeitgeber, der ein intransparentes Entgeltsystem verwendet, kann dieses aber – ggf. im Rahmen eines Rechtsstreits – durch weitere Darlegungen durchschaubar machen (vgl. EuGH 26. Juni 2001 – C-381/99 – [Brunnhöfer] Rn. 54; 27. Oktober 1993 – C-127/92 – [Enderby] Rn. 14; 17. Oktober 1989 – 109/88 – [Danfoss] Rn. 15). Die Beklagte hat damit die Möglichkeit, der Vermutungswirkung sowohl mit auf das Entgeltsystem bezogenen Argumenten als auch mit auf den Paarvergleich bezogenen – objektiven – Differenzierungskriterien entgegenzutreten.

cc) Der Senat kann allerdings nicht abschließend prüfen, ob die Beklagte die Vermutung der Entgeltbenachteiligung bei der Klägerin widerlegt hat.

(1) Dies folgt nicht schon daraus, dass die Beklagte bislang objektive Faktoren dargelegt hätte, die die unterschiedliche Vergütungshöhe der Klägerin und ihres Kollegen S rechtfertigen würden. Die Beklagte hat sich zur Begründung der Entgeltdifferenzen auf Leistungsdefizite der Klägerin berufen. Zwar kann die Qualität der Arbeit ein zulässiges Differenzierungskriterium sein (vgl. BAG 16. Februar 2023 – 8 AZR 450/21 – Rn. 61 ff., BAGE 180, 194; 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 72, BAGE 173, 331). Hierzu gehört auch die Bewertung sog. Softskills von Führungskräften. Bloße allgemeine Behauptungen des Arbeitgebers reichen zur Widerlegung der Vermutung aber nicht aus. Der Arbeitgeber muss vielmehr einen Vortrag leisten, der eine wirksame Kontrolle und Nachprüfung durch die Gerichte ermöglicht (BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 63, a. a. O.). Diesen Anforderungen genügt das bisherige Vorbringen der Beklagten nicht. Sie hat zwar die – angeblichen – Defizite der Klägerin (z. B. Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit anderen Beschäftigten oder fehlende Kritikfähigkeit) beschrieben. Ihr Vortrag lässt aber bislang nicht hinreichend deutlich erkennen, dass die Qualität der Arbeit und damit auch etwaige Leistungsdefizite bei der Klägerin tatsächlich der Grund für die in der OPC jährlich vorgenommenen – unterschiedlichen – Gehaltsanpassungen bei ihr und Herrn S waren. Hierfür wären den durch die OPC jährlich vorgenommenen Beurteilungen der Klägerin die des Kollegen S gegenüberzustellen. Zudem fehlt es bislang an einer Darlegung der für die Einschätzung der Softskills angewandten Kriterien und ihrer Gewichtung zueinander, welche dann im Rahmen einer Gesamtbetrachtung beurteilt werden könnten (vgl. hierzu BeckOK ArbR/Roloff Stand 1. September 2025 EntgTranspG § 3 Rn. 4c). Im fortgesetzten Berufungsverfahren wird die Beklagte ihren Sachvortrag daher ggf. ergänzen müssen.

(2) Ungeachtet dessen hat die Beklagte jedoch auch vorgetragen, die von der Klägerin und ihrem Kollegen S in den Jahren 2018 bis 2022 ausgeübten Tätigkeiten seien in Wirklichkeit nicht vergleichbar, weil Herr S – anders als die Klägerin – die Verantwortung für das gesamte G-Geschäft des Unternehmens trage. Ein unterschiedlicher Verantwortungsbereich kann der Gleichwertigkeit von Tätigkeiten entgegenstehen (vgl. BT-Drs. 18/11133 S. 51). Der Beklagten ist dieser Einwand nicht deshalb verwehrt, weil die von ihr im Dashboard hinterlegten Daten – im ersten Schritt – darauf schließen lassen, dass alle Führungskräfte der Ebene E 3 im Betrieb Zentrale gleiche oder gleichwertige Tätigkeiten i. S. d. § 4 Abs. 1 und 2 EntgTranspG ausüben. Ein solche Schlussfolgerung

hindert den Arbeitgeber nach den vorstehend dargelegten Grundsätzen (vgl. EuGH 28. Februar 2013 – C-427/11 – [Kenny u. a.] Rn. 19 ff.; 26. Juni 2001 – C-381/99 – [Brunnhöfer] Rn. 58 ff.; 27. März 1980 – 129/79 – [Macarthy/Smith] Rn. 14, 16) nicht, nachzuweisen, dass die zum Vergleich herangezogene Person tatsächlich keine gleichwertige Arbeit ausführt bzw. ausgeführt hat. Eine – wie hier – auf eine größere Anzahl von Personen bezogene Vergleichsgruppenbildung durch den Arbeitgeber schließt es daher nicht aus, dass er hinsichtlich einzelner – für einen Paarvergleich herangezogener – Personen dieser Gruppe geltend machen kann, die Voraussetzungen des § 4 Abs. 2 EntgTranspG seien in Wirklichkeit nicht erfüllt. Der angenommene Beweis des ersten Anscheins beruht lediglich auf einer Pauschalisierung, die sich im Einzelfall als unzutreffend erweisen und deshalb – ggf. unter Beweisantritt – widerlegt werden kann. Da das Landesarbeitsgericht keine Feststellungen zum Verantwortungsbereich der Klägerin und dem des Kollegen S während des streitbefangenen Zeitraums getroffen hat, ist dem Senat eine abschließende Würdigung, ob deren Tätigkeiten unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 4 Abs. 2 EntgTranspG tatsächlich nicht gleichwertig sind, nicht möglich. [...]

5. Eine Zurückverweisung an das Berufungsgericht zur neuen Verhandlung und Entscheidung ist auch nicht deshalb gemäß § 563 Abs. 3 ZPO entbehrlich, weil den Hauptanträgen auf der Grundlage des nachrangig geltend gemachten arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes stattzugeben wäre. Dies ist nicht der Fall.

a) Der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz bildet als privatrechtliche Ausprägung des Gleichheitssatzes aus Art. 3 Abs. 1 GG eine eigenständige Anspruchsgrundlage und ist zugleich eine Schranke der Rechtsausübung. Er findet stets Anwendung, wenn der Arbeitgeber Leistungen nach einem bestimmten erkennbaren und generalisierenden Prinzip aufgrund einer abstrakten Regelung gewährt, indem er bestimmte Voraussetzungen oder einen bestimmten Zweck festlegt. Der Gleichbehandlungsgrundsatz verpflichtet den Arbeitgeber, seine Arbeitnehmer oder Gruppen seiner Arbeitnehmer, die sich in vergleichbarer Lage befinden, bei Anwendung einer selbst gegebenen Regel gleichzubehandeln. Er verbietet nicht nur die willkürliche Schlechterstellung einzelner Arbeitnehmer innerhalb einer Gruppe, sondern auch eine sachfremde Gruppenbildung. Stellt der Arbeitgeber hingegen nur einzelne Arbeitnehmer unabhängig von abstrakten Differenzierungsmerkmalen in Einzelfällen besser oder ist die Anzahl der begünstigten Arbeitnehmer im Verhältnis zur Gesamtzahl der betroffenen Arbeitnehmer sehr gering, kann ein nicht begünstigter Arbeitnehmer aus dem Gleich-

behandlungsgrundsatz nichts herleiten (BAG 3. Juni 2020 – 3 AZR 730/19 – Rn. 42 ff., BAGE 171, 1; Schaub ArbR-HdB/Linck 21. Aufl. § 112 Rn. 4; vgl. auch BAG 29. April 2025 – 9 AZR 37/24 – Rn. 44). Der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz ist aber auch dann anwendbar, wenn der Arbeitgeber – nicht auf besondere Einzelfälle beschränkt – nach Gutdünken oder nach nicht sachgerechten oder nicht bestimmbar Kriterien Leistungen erbringt (BAG 12. Oktober 2022 – 5 AZR 135/22 – Rn. 25). In jedem Fall setzt die Anwendung des allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes die Bildung einer Gruppe begünstigter Arbeitnehmer voraus (BAG 29. September 2004 – 5 AZR 43/04 – Rn. 14; 13. Februar 2002 – 5 AZR 713/00 – Rn. 13).

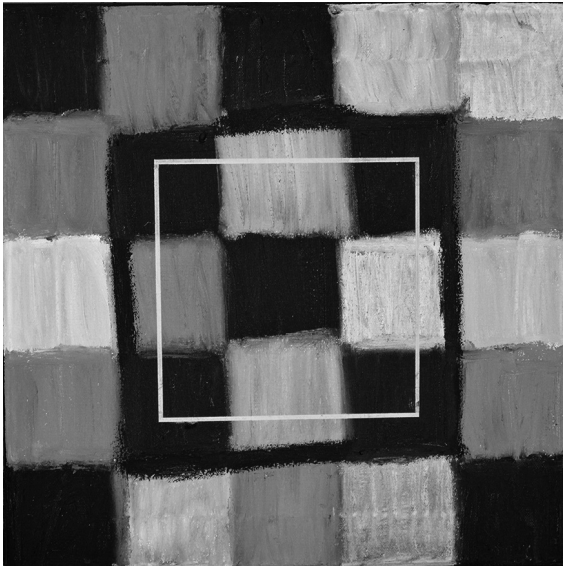
b) [...]

aa) Die Darlegungs- und Beweislast für einen Verstoß gegen den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz liegt grundsätzlich beim anspruchstellenden Arbeitnehmer. Nach den allgemeinen Regeln der Normenbegünstigung hat er die Voraussetzungen des Anspruchs auf Gleichbehandlung darzulegen und daher vergleichbare Arbeitnehmer zu nennen, die ihm gegenüber vorteilhaft behandelt werden. Ist dies erfolgt, muss der Arbeitgeber – wenn er anderer Auffassung ist – darlegen, wie groß der begünstigte Personenkreis ist, wie er sich zusammensetzt, wie er abgegrenzt ist und warum der klagende Arbeitnehmer nicht dazugehört. Der Arbeitgeber hat die nicht ohne Weiteres erkennbaren Gründe für die von ihm vorgenommene Differenzierung offenzulegen (BAG 25. Januar 2023 – 10 AZR 29/22 – Rn. 27).

bb) Der auf die Beseitigung einer (vermeintlichen) Benachteiligung nach dem arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz klagende Arbeitnehmer kann sich zur Erfüllung seiner Darlegungslast nicht auf § 22 AGG berufen. Der Anwendungsbereich dieser Vorschrift ist nicht eröffnet. Der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz weist weder einen Bezug zum EntgTranspG noch zu sonstigen gesetzlichen Regelungen des merkmalsbezogenen Diskriminierungsschutzes (§ 1 AGG) auf, sondern bezieht sich auf sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlungen bei regelhaften Leistungsgewährungen durch den Arbeitgeber. Die Ungleichbehandlungen können im Regelungssystem selbst angelegt sein (vgl. MHdB ArbR/Fischinger 6. Aufl. § 14 Rn. 19) oder durch dessen inkonsequente Handhabung entstehen. In beiden Konstellationen gibt es keinen Geltungsgrund für § 22 AGG. [...]

Praxishinweis

Mit der Entscheidung vom 23.10.2025 zum sog. Paarvergleich (8 AZR 300/24) hat das Bundesarbeitsgericht seine Rechtsprechung zu Entgeltgleichheitsklagen gefestigt und fortgeführt.



Heidi Hahn, *Gopfriedstutz III*, Ölkreide, 2017

Wenn eine Arbeitnehmerin im Rechtsstreit darlegt und beweist, dass zumindest ein männlicher Kollege, der gleiche oder gleichwertige Arbeit wie sie verrichtet, dafür besser vergütet wird, besteht die Vermutung (vgl. § 22 AGG), dass dieser Nachteil beim Entgelt *wegen* des Geschlechts besteht. Gelingt dem Arbeitgeber die Widerlegung dieser Vermutung nicht im Vollbeweis, dann hat die klagende Arbeitnehmerin, gestützt auf den direkt anwendbaren Art. 157 Abs. 1 AEUV als auch § 3 Abs. 1 und § 7 EntgTranspG, Anspruch auf das Differenzentgelt zu dem zum Vergleich herangezogenen männlichen Kollegen.

Wenn das der Bestverdienende ist, dann erfolgt eine Anpassung nach ganz oben, nicht nur auf den Durchschnitt oder den Median des männlichen Vergleichsgruppenentgelts, denn die klagende Arbeitnehmerin ist nicht auf einen sog. Gruppenvergleich beschränkt, wie ihn das LAG in der Vorinstanz angenommen hatte und – zu Unrecht – meinte, § 22 AGG erfordere als Beweismaß eine überwiegende Kausalitätswahrscheinlichkeit, die nur in der Differenz zwischen dem höheren Medianentgelt der männlichen Vergleichsgruppe zum niedrigeren Medianentgelt der weiblichen Vergleichsgruppe liegen könne. Eine solche Beschränkung auf den Median ist weder im Unionsrecht noch im deutschen Recht vorgesehen. Unabhängig davon, wie groß die Gruppe vergleichbarer männlicher Kollegen ist und unabhängig davon, ob es besserverdienende vergleichbare Frauen gibt, die klagende Arbeitnehmerin kann ihre Entgeltgleichheitsklage auf die Differenz des eigenen Entgelts zu einem, ggf. dem bestverdienenden, männlichen Kollegen stützen, der vergleichbare, also gleiche oder gleichwertige Tätigkeit, verrichtet.

Bekräftigt hat das BAG erneut, dass nicht das Gesamtentgelt verglichen wird, sondern der Grundsatz der Entgeltgleichheit für jeden einzelnen Vergütungsbestandteil gilt, also z. B. Grundentgelt, variable Vergütung, Boni, sonstige Sonderzahlungen, aber auch geldwerte Bestandteile wie die Gutschrift von Kapitalbausteinen auf einem Versorgungskonto sind Entgelt in diesem Sinne.

Begrüßenswert ist unbedingt die Klarstellung, dass die Verwendung von Gehaltsdaten der Vergleichsperson(en) unter Namensnennung in aller Regel keinen datenschutzrechtlichen Bedenken begegnet, sondern rechtmäßig ist, weil diese Informationen der Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen und damit zur Wahrung berechtigter Interessen erfolgt (Art. 9 Abs. 2 Buchst. f DSGVO). Bei Beschränkung auf das erforderliche Maß sind die datenschutzrechtlichen Belange der betroffenen Vergleichsperson(en) nachrangig.

Die Entscheidung des BAG verhält sich schließlich auch zu Beweislastfragen. Für betroffene Frauen macht das Entgeltgleichheitsklagen nicht unbedingt einfacher und der Ausgang der Verfahren bleibt schwer vorhersehbar, denn trotz der Beweiserleichterungen, die aus der Anwendbarkeit von § 22 AGG folgen, sind die Hürden hoch, vor allem weil die Arbeitgeberseite im Prozess neu vortragen kann, und zwar nicht nur zur Rechtfertigung ungleichen Entgelts durch objektive Faktoren, die nichts mit dem Geschlecht zu tun haben, sondern auch dazu, wer mit wem vergleichbar ist – oder eben auch nicht.

Im Ausgangspunkt ist es bekanntlich zunächst Sache der Arbeitnehmerin, darzulegen und zu beweisen, dass sie gleiche oder vergleichbare Tätigkeit verrichtet wie der zum Vergleich herangezogene männliche Kollege und dass der Arbeitgeber diesem höheres Entgelt zahlt.

Dabei kann sie sich auf eine etwa erhaltene Auskunft des Arbeitgebers nach dem EntgTranspG oder – wie im vorliegenden Fall – auf sonstige Veröffentlichungen des Arbeitgebers stützen, die der Erteilung von Auskünften i. S. v. §§ 10 ff. EntgTranspG dienen (im vorliegenden Fall die Angaben im sog. Entgelttransparenz-Dashboard, das – getrennt nach Frauen und Männern der gleichen tariflichen Entgeltgruppe bzw. der gleichen Führungsebene im Betrieb – den jeweiligen Median des monatlichen Grundgehalts sowie des Company Bonus nennt).

Teilt nämlich der Arbeitgeber zur Erfüllung eines Auskunftsanspruchs nach § 10 EntgTranspG das Vergleichsentgelt i. S. v. § 11 Abs. 3 EntgTranspG mit, so liegt in dessen Angabe zugleich die Mitteilung einer – realen oder fiktiven – Vergleichsperson, die gleiche oder gleichwertige Arbeit ausführt (so schon

BAG 21. Januar 2021 – 8 AZR 488/19 – Rn. 39). Mit der Angabe des auf diese Personengruppe bezogenen weiblichen und männlichen Medians hat der Arbeitgeber entsprechend den Vorgaben in § 10 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 11 Abs. 3 Satz 1 EntgTranspG verdeutlicht, dass die betreffenden Arbeitnehmer gleiche oder gleichwertige Tätigkeiten ausführen.

Dabei handelt es sich aber nicht um einen (wertenden) Tatsachenvortrag, an den die Arbeitgeberseite gebunden wäre, sondern nur um einen ersten Anscheinsbeweis, den der beklagte Arbeitgeber im Prozess entkräften kann, indem er nachweist, dass die zum Vergleich herangezogene Person tatsächlich keine gleichwertige Arbeit ausführt bzw. ausgeführt hat. Nach Ansicht des BAG beruht der angenommene Beweis des ersten Anscheins lediglich auf einer Pauschalisierung, die sich im Einzelfall als unzutreffend erweisen und deshalb – ggf. unter Beweisantritt – widerlegt werden könne.

Das scheint konsequent, immerhin setzt das Auskunftsverlangen nach § 10 Abs. 1 S. 2 EntgTranspG voraus, dass die Beschäftigten in zumutbarer Weise eine Vergleichstätigkeit benennen, der Arbeitgeber muss das von sich aus nicht tun. Hält der Arbeitgeber die erfragte Vergleichstätigkeit nicht für gleich oder gleichwertig, so hat er dies anhand der betrieblichen Maßstäbe unter Beachtung der Kriterien des § 4 EntgTranspG zu begründen. § 15 Abs. 4 EntgTranspG ordnet an, dass der Arbeitgeber, der die Erfüllung seiner Auskunftspflicht unterlässt, im Streitfall die Beweislast dafür trägt, dass kein Verstoß gegen das Entgeltgleichheitsgebot vorliegt. Das gilt ebenso, wenn der Arbeitgeber auf ein konkretes Auskunftsverlangen die von der Beschäftigten erfragte Vergleichsgruppe nicht um einzelne Personen korrigiert, die seiner Ansicht nach nicht vergleichbar sind. Nun hat das BAG klargestellt, dass auch dann, wenn der Arbeitgeber die Vergleichsgruppe selbst bildet – wie im vorliegenden Fall – damit lediglich ein Anscheinsbeweis vorliegen soll und dem Arbeitgeber letztlich der Gegenbeweis zur eigenen Einschätzung möglich bleibt.

Der Arbeitgeber kann auch (erst) im Prozess begründen, dass sein Entgeltsystem den Anforderungen des § 4 Abs. 4 EntgTranspG genügt und damit ein bis dato intransparentes Entgeltsystem durch weiteren Vortrag durchschaubar machen. Es bleibt ihm die Möglichkeit, der Vermutungswirkung sowohl mit auf das Entgeltsystem bezogenen Argumenten als auch mit auf den Paarvergleich bezogenen – objektiven – Differenzierungskriterien entgegenzutreten, wobei hier ein Vortrag erforderlich ist, der eine Prüfbarkeit durch die Gerichte gewährleistet, und zwar sowohl hinsichtlich des Vorliegens objektiver Kriterien, die nichts mit einer Unterscheidung nach dem Geschlecht zu tun haben, als auch hinsichtlich

der Gewichtung der angewandten Kriterien, die dann im Rahmen einer Gesamtbetrachtung noch einmal wertend zu beurteilen sind.

RAin Susette Jörk, Leipzig

Hinweis der Redaktion

Ausgewählte Beiträge in STREIT zum Thema Entgeltgleichheit

LAG Baden-Württemberg: Teilurteil vom 19.06.2024, 4 Sa 26/23, mit Anmerkung von Susette Jörk, STREIT 1/2025, S. 40

BAG: Urteil vom 16.02.2023 (Grundsatzurteil), 8 AZR 450/21, STREIT 4/2023, S. 154 ff.

Feldhoff, Kerstin: Entgeltgleichheit – Widerlegung der Vermutung geschlechtsbezogener Benachteiligung, Anmerkung zu BAG, Urteil vom 16.02.2023, STREIT 4/2023, S. 148 ff.

VG Freiburg: Urteil vom 03.03.2023, 5 K 664/21 (r.k.), (Equal-pay für eine Bürgermeisterin), STREIT 4/2023, S. 161 ff.

BAG: Urteil vom 21.01.2021, 8 AZR 488/19, STREIT 4/2022, S. 154

Feldhoff, Kerstin: Beweislastverteilung bei Klage nach dem Entgelttransparenzgesetz – Anmerkung zu BAG, Urteil vom 21.1.2021, 8 AZR 488/19, STREIT 4/2022, S. 147 ff.

BAG: Urteil vom 25.6.2020, 8 AZR 145/19, (ZDF-Redakteurin), STREIT 1/2021, S. 9 ff.

Woocker, Petra: Entgeltdiskriminierung in Tarifverträgen, STREIT 1/2017, S. 8 ff.

Ludewig, Gisela: Entgeltgleichheit in Deutschland, STREIT 3/2015, S. 99 ff.

LAG Mainz: Urteil vom 04.08.2024 (Schadensersatz wegen Lohnungleichheit „Birkenstock“), STREIT 3/2015, S. 120 ff.

Fuchs, Gesine: Recht als feministische Strategie? Überlegungen anhand von Lohngleichheitskämpfen in der Schweiz, STREIT 1/2013, S. 3 ff.

Zimmer, Reingard: Mindestarbeitsbedingungen für Frauen weltweit – Sicherung von Mindeststandards für Arbeitsbedingungen von Frauen durch das Recht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), STREIT 3/2010, S. 109 ff.

Beschluss

OLG Köln, §§ 1684 Abs. 2, 3; 1685 BGB, § 64 Abs. 3 FamFG, Art. 31 Abs. 2 IK

Wohlverhaltenspflicht des Umgangsberechtigten

Aussetzung des Umgangs wegen Nachstellens

1) *Bedrohliches Verhalten gegenüber dem Aufenthaltsernteil stellt einen schweren Verstoß gegen die Wohlverhaltenspflicht des Umgangsberechtigten dar.*

2) *Unter Beachtung von Art. 31 Abs. 2 Istanbul-Konvention (IK) hat das grundrechtlich geschützte Recht des Kindesvaters auf Umgang mit seiner Tochter (Art. 6 Abs. 2 GG) hinter dem Recht der Kindesmutter auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 1, Abs. 2 GG unter Beachtung von Art. 31 Abs. 2 IK zurückzustehen.*

(Leitsätze der Redaktion)

Beschluss des OLG Köln vom 10.01.2025 – 14 UF 4/25

Aus dem Sachverhalt:

Die Kindeseltern der am 00.00.2021 geborenen Tochter lebten bis März 2022 gemeinsam mit der Tochter in B. Im August 2021 kam es zu einer Auseinandersetzung in Anwesenheit des Säuglings, bei der der Kindesvater gegen eine Fensterscheibe schlug, so dass diese zu Bruch ging. Aufgrund von eskalierenden Streitigkeiten zwischen den Kindeseltern zog die Kindesmutter am 00.04.2022 mit X. in ein Frauenhaus in C.

[...] Durch Beschluss [...] vom 00.08.2022 [...] ordnete das Amtsgericht einmal wöchentliche, einstündige, begleitete Umgangskontakte des Kindesvaters mit seiner Tochter an, die [...] insgesamt acht Mal stattfanden. [...]

Auf die Umgangskontakte mit dem Kindesvater reagierte X. zunehmend belastet, obwohl die eigentlichen begleiteten Kontakte zwischen Vater und Tochter positiv verlaufen sind und es nicht zu aggressiven Durchbrüchen des Kindesvaters gekommen ist. Der Kindesvater bedrohte und beleidigte die Kindesmutter jedoch über soziale Medien und stellte ihr nach, so dass sie sich wieder in das Frauenhaus C. begab. Seitens des Jugendamtes C. wurde die Situation als tatsächlich bedrohlich eingestuft. Daraufhin wurde in dem einstweiligen Anordnungsverfahren [...] der Umgang des Kindesvaters mit X. für die Dauer von sechs Monaten ausgeschlossen.

Im März 2023 fand der letzte begleitete Umgangskontakt statt, seitdem haben keine Umgänge mehr zwischen Vater und Tochter stattgefunden. Nach der mündlichen Verhandlung vom 06.04.2023 drohte der Kindesvater der Kindesmutter erneut. Daraufhin wurde [...] ein Beschluss nach dem Gewaltschutzgesetz erlassen. [...]

Der Kindesvater konsumiert Cannabis und Amphetamine; in welchem Umfang, ist unklar. Eine begonnene Therapie bei dem O. hat er nach drei Terminen abgebrochen. Weiter leidet er an einer Impulskontrollstörung.

Das Amtsgericht hat nach Einholung eines Sachverständigengutachtens gegen die Empfehlung der Verfahrensbeiständin mit angefochtenem Beschluss vom x.11.2024 begleitete Umgänge des Kindesvaters mit dem verfahrensbetroffenen Kind jeden dritten Mittwoch für die Dauer von zwei Stunden festgelegt. Aufgrund der bei dem Kindesvater vorhandenen Impulskontrollstörung und des Konsums von Drogen sei ein unbegleiteter Umgang kindeswohlgefährdend. Ein häufigerer Umgang scheide aus, da die Kindesmutter durch die Historie häuslicher Gewalt in Form von Bedrohungen und Stalking in der Vergangenheit immer noch – auch wenn die letzten Vorfälle bereits aus dem Jahr 2023 stammten – belastet sei und sich diese Belastung auf das Kind in der Vergangenheit bereits übertragen habe. Ihr Schutzbedarf nach Art. 31 IK sei insoweit zu berücksichtigen. Weiter hat das Amtsgericht ausgeführt, dass bei der Prognose über die Wirkung der Umgangskontakte auf Mutter und Kind positiv zu beachten sei, dass es seit Mai 2023 nur zu einer einzigen Kontaktaufnahme [...] gekommen sei. [...] Insofern sei hier von einer positiven Veränderung des Kindesvaters auf der Verhaltenssebene auszugehen.

Hiergegen richtet sich die Beschwerde der Kindesmutter vom 18.12.2024, mit der sie einen Umgangsausschluss anregt und die Aussetzung der angeordneten Umgänge beantragt. Sie trägt unter Vorlage des Polizeieinsatzberichtes vor, dass der Kindesvater am 12.12.2024 erneut versucht habe, zu ihr auf ihrer Arbeitsstelle Kontakt aufzunehmen. Er habe verlangt, sie zu sehen, und habe sich selbst dann noch geweigert, zu gehen, als ein Wachmann hinzugekommen sei. Er habe protestiert, als ein Hausverbot ausgesprochen worden sei. Die Polizei sei informiert und ein Platzverweis durch diese ausgesprochen worden. Erst danach sei der Kindesvater bereit gewesen, zu gehen. Durch dieses Verhalten des Kindesvaters sei sie daran gehindert worden, ihre Tochter X. abzuholen. Sie sei von einem Wachmann begleitet worden und auf Umwegen zurückgefahren, um auszuschließen, dass sie verfolgt würde. [...]

Aus den Gründen:

[...] In Verfahren betreffend die Regelung des Umgangsrechts kommt eine einstweilige Aussetzung der Vollziehung einer Anordnung nach §§ 1684 Abs. 2, 3, 1685 BGB durch das Beschwerdegericht in Betracht (§ 64 Abs. 3 2. Halbs. FamFG). [...] Bis zur

Entscheidung in der Hauptsache (ist) aufgrund des sich aus Art. 31 der Istanbul-Konvention ergebenden Schutzbedarfs der Kindesmutter der Umgang des Kindesvaters mit seiner Tochter auch in begleiteter Form auszusetzen, indem die Vollziehung des amtsgerichtlichen Beschlusses ausgesetzt wird. [...]

Der Umstand, dass sich der Kindesvater [...] umgehend, nachdem ihm das Jugendamt mitgeteilt hat, dass der für Dezember geplante erste Umgang noch nicht stattfinden könnte, weil sich das Mädchen noch nicht ausreichend an die Fachkräfte gewöhnt habe, und deshalb auf den 15.01.2025 verschoben [werden] müsse, zur Arbeitsstelle der Kindesmutter begeben hat und hier erst nach Hinzuziehung der Polizei dazu zu bewegen war, die Örtlichkeiten zu verlassen, stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen die sich aus § 1684 Abs. 2 BGB ergebende Wohlverhaltenspflicht dar. Das Verhalten zeigt, dass der Kindesvater ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, mit Frust und Stress umzugehen, und die notwendige Distanz zur Kindesmutter nicht bereit ist einzuhalten.

Die Kindesmutter fühlt sich durch dieses Verhalten des Kindesvaters zu Recht bedroht. Das Verhalten des Kindesvaters stellt einen Fall häuslicher Gewalt i. S. v. Art. 3b IK dar. Denn Partnerschaftsgewalt endet nicht immer mit der Trennung vom Partner (vgl. z. B. EGMR, Urteil vom 19.11.2024 – 17106/28, Vieru v. The Republic of Moldova, BeckRS 2024, 35741). Häufig setzt sie sich in veränderter Form fort oder tritt sogar erstmals nach der Trennung auf (Spearman, Journal of Family Trauma, Child Custody & Child Development, Volume 21, 2004/issue 2, abrufbar unter: <https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC11114442/>.) Die Trennung steigert die Prävalenz anderer Formen der Viktimisierung, was sich vorliegend durch das Verhalten des Kindesvaters zeigt. Entsprechend stellt Gewalt nach der Trennung keine situative Gewalt dar, sondern steht in engem Zusammenhang mit der gescheiterten Beziehung (EGMR, Urteil vom 19.11.2024 – 17106/28, Vieru v. The Republic of Moldova, BeckRS 2024, 35741; Fegert/Witt, ZKJ 2022, 288 m. w. N.).

Vor diesem Hintergrund hat das grundrechtlich geschützte Recht des Kindesvaters auf Umgang mit seiner Tochter (Art. 6 Abs. 2 GG) hinter dem Recht der Kindesmutter auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 1, Abs. 2 GG unter Beachtung von Art. 31 Abs. 2 IK zurückzustehen, so dass die Vollziehung der Umgangsentscheidung des Amtsgerichts bis zur Entscheidung in der Hauptsache auszusetzen ist.

Beschluss

OLG Saarbrücken, § 1684 Abs. 4 S. 2 BGB, Art. 31 Istanbul-Konvention

Verlängerung des erstinstanzlichen Umgangsausschlusses wegen häuslicher Gewalt im Beschwerdeverfahren Begleiteter Umgang bei häuslicher Gewalt nicht verhältnismäßig

1. Der zweitinstanzlichen Verlängerung eines im ersten Rechtszug erkannten Umgangsausschlusses steht das Verschlechterungsverbot nicht entgegen.¹

2. Vom Kind miterlebte häusliche Gewalt eines seiner Elternteile gegen seinen anderen ist bei der Entscheidung über das Umgangsrecht jenes Elternteils mit dem Kind – zumal mit Blick auf die sog. Istanbul-Konvention – zu berücksichtigen.

3. Das Beschwerdegericht kann von einer Wiederholung der erstinstanzlichen Kindesanhörung samt Verschaffung eines persönlichen Eindrucks vom Kind nach § 159 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 FamFG absehen, wenn dies mit ziemlicher Sicherheit zu einer erheblichen Beeinträchtigung der seelischen Gesundheit des Kindes führen würde. (Leitsätze der Redaktion)

Beschluss des OLG Saarbrücken vom 04.12.2024, 6 UF 64/24

Aus den Gründen:

I.

Aus der von 1993 bis 2022 bestehenden Beziehung des [...] heute 59 Jahre alten Beschwerdeführers (fortan: Vater), der italienischer Staatsbürger ist, und der weiteren Beteiligten zu 2. (Mutter) – Deutsche –, die weder miteinander verheiratet waren noch sind, ging – neben einer [...] bereits volljährigen Tochter – am 00.00.2013 der heute 11 Jahre alte Sohn X. hervor. Der Vater erkannte die Vaterschaft an; die Eltern gaben Sorgeerklärungen ab. X. leidet an einer – nicht vorübergehenden – Lese-Rechtsschreibstörung, einer Anpassungsstörung mit gemischter Störung von Gefühlen und Sozialverhalten sowie einer Posttraumatischen Belastungsstörung (F43.1); wegen letzterer Diagnose befindet er sich bei dem Psychologischen Psychotherapeuten [...] Dr. C. [...] in psychotherapeutischer Behandlung. Zuletzt hat X. im Januar 2023 persönlichen Umgang mit seinem Vater gehabt.

Mit Urteil vom 24.03.2023 verurteilte das Amtsgericht – Strafrichter – [...] den Vater wegen Körperverletzung in zwei Fällen jeweils in Tateinheit mit Bedrohung, sowie Beleidigung, versuchter Nötigung – insoweit jeweils zum Nachteil der Mutter –, ferner wegen Betrugs zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten, die es – durch Beschluss vom selben Tage für die Dauer von fünf Jahren –

¹ So auch OLG Köln, Beschluss vom 12.03.2025, 10 UF 92/24, NZFam 2025, 552 bespr. von Opitz.

u. a. mit der Auflage zur Bewährung aussetzte, dass der Vater an einem Präventionsprogramm für Täter häuslicher Gewalt teilzunehmen habe.

In diesem Urteil, das noch nicht rechtskräftig ist, wurde – maßgeblich aufgrund vom Gericht konstattierter und als glaubhaft bewerteter geständiger Einlassung des angeklagten Vaters – Folgendes festgestellt:

Am 9. Juni 2022 [...] kam es zwischen den Eltern in Anwesenheit des damals 8-jährigen Kindes auf dem Gelände des gemeinsam von den Eltern betriebenen [Hofes] [...] zu einer verbalen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Vater einen unbekannten Gegenstand gegen den Oberschenkel der Mutter warf. Die Mutter ergriff hierauf einen Eimer Wasser, welchen sie über dem Kopf des Vaters entleerte und warf den leeren Plastikeimer in dessen Richtung. Darauf ergriff der Vater die Mutter an den Haaren und zog sie derart heftig daran zu Boden, dass er der Mutter ein Haarbüschel ausriss. Dabei äußerte er mit vorgehaltener, geballter Faust „Ich bring dich um“. Hierdurch erlitt die Mutter, wie vom Vater zumindest vorhergesehen und billigend in Kauf genommen, Schmerzen am Kopf sowie einen blauen Fleck am Oberschenkel. Die Mutter nahm die Drohung zudem ernst.

Am 13.09.2022 [...] kam es auf dem Gelände [dieses Hofes] zwischen den Eltern erneut zu einer verbalen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Vater die Mutter als „Drecksau“ und „Hure“ bezeichnete, um ihr gegenüber seine Missachtung auszudrücken. Ferner spuckte er vor ihre Füße. Nachdem die Mutter im weiteren Verlauf desselben Tages einen Anruf des Vaters nicht entgegengenommen hatte, suchte dieser sie an ihrer Wohnung [...] auf und fuhr mit ihr gemeinsam [...] zum [Hof]. Dort hielt der Vater der Mutter vor, eine Beziehung zu einem anderen Mann zu unterhalten, und erklärte der Mutter, dass er ihr in die „Fotze“ schießen werde. Auch begab er sich vor die Mutter und erklärte dieser mit erhobener Faust, dass er sie totschiessen wolle. Die in Angst versetzte Mutter versuchte, sich dem Vater zu entziehen und zu ihrem Auto zu laufen; der Vater holte sie ein und ergriff sie für einen kurzen Zeitraum am Hals sowie an ihrer linken Hand. Ferner stieß er die Zeugin mehrfach mit der Schulter gegen eine Stalltür aus Holz. Hierdurch erlitt die Mutter – wie vom Vater zumindest vorhergesehen und billigend in Kauf genommen – Kratzwunden am Hals sowie Schmerzen am kleinen Finger der linken Hand, im Kopf- und Nackenbereich.

Am 22.09.2022 [...] kam es zwischen den Eltern auf dem Gelände des [Hofes] erneut zu einer verbalen Auseinandersetzung. Als die Mutter den Vater als „krank“ bezeichnete, ergriff dieser einen Spalthammer und erklärte, dass er ihr den Schädel spalte und deren Auto zerschlage, würde diese ihn noch einmal als krank bezeichnen. Als die Mutter darauf

die Örtlichkeit verlassen wollte, hielt der Vater sie zunächst davon ab, indem er sich mit dem Spalthammer in seiner Hand vor die Fahrertür des Pkws stellte und wiederholt erklärte, dass er der Mutter den Schädel spalten werde, sollte diese wegfahren. Als es der Mutter schließlich gelang, in das Auto zu steigen und loszufahren, rief der Vater die Mutter auf deren Mobiltelefon an und erklärte, dass er ihr und ihrer Familie den Schädel spalten werde, würde sie nicht die Haustür ihrer Wohnung für ihn öffnen. Aufgrund der Ankündigung des Vaters, sie dort aufzusuchen, fuhr die Mutter sodann nicht zu ihrer Wohnung, sondern mit ihrer Tochter und ihrem Schwiegersohn in die K.fabrik [...]. Dort rief der Vater die Mutter erneut an und erklärte, dass er der Mutter, ihrer Tochter sowie dem Schwiegersohn den Schädel einschlagen werde. Der Vater handelte dabei in der Absicht, die Mutter dazu zu veranlassen, das Streitgespräch mit ihm fortzusetzen. Die Mutter ließ sich hierauf nicht ein, sondern verständigte die Polizei.

Die Mutter befindet sich aufgrund der Vorfälle in ambulanter psychologischer Behandlung. Körperliche Spätfolgen weist sie nicht auf. Derzeit ist der Vater in einem weiteren Strafverfahren wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte sowie Verstoßes gegen das Waffengesetz angeschuldigt.

Im vor dem Amtsgericht – Familiengericht – ... geführten Gewaltschutz-Eilverfahren ... schlossen die Eltern am 14. Juni 2023 einen gerichtlich bestätigten Vergleich, in welchem sie sich u. a. wechselseitig zur Einhaltung eines umfassenden Kontakt- und Näherungsverbots verpflichteten.

Durch Beschluss desselben Familiengerichts vom 11.01.2024 [...] wurden der Mutter das Aufenthaltsbestimmungsrecht, die Gesundheits- und Vermögenssorge, das Recht zur Regelung schulischer Angelegenheiten sowie das Recht zur Antragstellung bei Ämtern und Behörden samt demjenigen nach den Sozialgesetzbüchern für X. übertragen. Die hiergegen gerichtete Beschwerde wurde durch Senatsbeschluss [...] verworfen.

Im vorliegenden Verfahren streiten die Beteiligten um die Frage der Regelung bzw. des Ausschlusses des väterlichen Umgangsrechts mit X., wobei wegen der erstinstanzlichen Verfahrensgeschichte und Feststellungen auf den angefochtenen Beschluss [...] Bezug genommen wird. Durch diesen hat das Familiengericht – nach persönlicher Anhörung der Eltern, des Kindes, dessen Verfahrensbeistandes, der – durch Beschluss vom 03.08.2023 für die Dauer von 6 Monaten bestellten – Umgangspflegerin und der Sachbearbeiterin des Jugendamts sowie Einholung und mündlicher Erläuterung eines schriftlichen psychologischen Sachverständigengutachtens der Fachärztin

für Kinder- und Jugendpsychiatrie/-psychotherapie (SV) [...] – dieses Umgangsrecht bis zum 27.03.2025 ausgeschlossen und es dem Vater bis dahin untersagt, mit X. in irgendeiner Form Kontakt aufzunehmen.

Mit seiner Beschwerde erstrebt der Vater eine gestufte Umgangsregelung in Form der Gestattung einer wöchentlichen Kontaktaufnahme zum Kind über die Umgangspflegerin im Wege von Fernkommunikationsmitteln sowie – nach Ablauf von vier Monaten, spätestens zum 01.12.2024 – der Einräumung eines unbegleiteten Umgangsrechts mit dem Kind an jedem 1. und 3. Wochenende im Monat von freitags 14 Uhr bis sonntags 20 Uhr, ferner an einem Tag der Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage sowie der Hälfte der Sommer-, Weihnachts- und Osterferien. Der Umgangausschluss sei unverhältnismäßig. Er habe mit X. das letzte Mal im Januar 2023 Umgang gehabt, sodass der Umgangausschluss faktisch bereits seitdem bestehe. Das Sachverständigengutachten sei nicht geeignet, die Entscheidung zu tragen, zumal gutachterliche Erhebungen – insbesondere eine Vater-Kind-Interaktionsbeobachtung – nicht durchgeführt worden seien. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass X. wegen der Streitigkeiten, die seit der Trennung im Jahr 2022 nicht mehr aufgetreten seien, psychosomatische Symptome entwickelt haben solle, die sich in Zittern und Angstverhalten äußerten. Etwaigen Ängsten des Kindes – auf das von der Mutter, die es in einen Loyalitätskonflikt treibe, manipulativ eingewirkt werde – müsse zudem durch begleiteten Umgang sowie therapeutische Maßnahmen zugunsten des Kindes und nicht durch einen Umgangausschluss entgegengewirkt werden, zumal die Sachverständige die Fortsetzung der Umgangspflegschaft befürwortet habe, zu der es nicht gekommen sei, und X. sich gleichzeitig bereits in Therapie befinde. Eine Gewalt(bereitschaft) des Vaters, die er „überwiegend bestritten“ habe, käme bei einem begleiteten bzw. einem Umgang außerhalb des elterlichen Haushalts nicht auf, umso weniger, als durch die Übertragung weiter Teilbereiche der elterlichen Sorge auf die Mutter das elterliche Konfliktpotential erheblich gemildert sei, außerdem habe er ein Anti-Aggressionstraining absolviert.

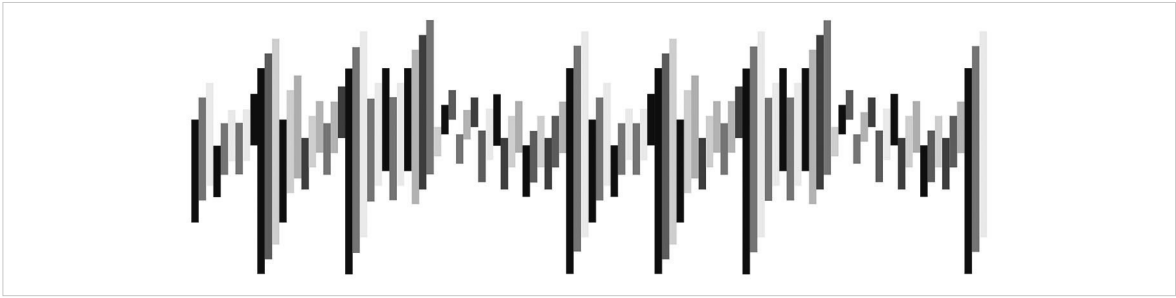
Der Verfahrensbeistand, das Jugendamt und die Mutter bitten unter Verteidigung des angegangenen Beschlusses um Zurückweisung des Rechtsmittels. Die Umgangspflegerin hat [...] berichtet. Die Mutter hat vorgetragen, X. befinde sich aktuell in Therapie. Nachdem zuvor mehrere Wochen lang zwei Gespräche pro Woche stattgefunden hätten, um eine Diagnose zu stellen, fänden nun wöchentliche Sitzungen statt. Ihr sei mitgeteilt worden, dass X. unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung leide. Der Vater habe seine Behauptung, ein Anti-Aggressionstraining durchgeführt zu haben, nicht belegt.

Der Senat hat die Akten [...] SO und [...] EAGS des Amtsgerichts [...] sowie die zu den Akten genommenen Auszüge aus den Akten [...] der Staatsanwaltschaft Saarbrücken – letztere drei Akten zu Beweis Zwecken – zum Gegenstand des Erörterungstermins gemacht. In diesem hat der Senat beide Eltern, das Jugendamt, die Umgangspflegerin und den Verfahrensbeistand persönlich angehört und das erstinstanzlich erstattete Gutachten erneut von der Sachverständigen mündlich erläutern lassen. [...] Von einer Anhörung X.s hat der Senat – wie eingangs des Senatstermins angekündigt – abgesehen.

II.

Die nach §§ 58 ff. FamFG zulässige Beschwerde des Vaters, durch die dem Senat das angefochtene Erkenntnis umfassend zur Überprüfung angefallen ist (siehe dazu Senatsbeschlüsse vom 7.03.2018 – 6 UF 116/17 –, FuR 2018, 371, vom 23.01.2013 – 6 UF 20/13 –, NJW-RR 2013, 452, und vom 24.01.2011 – 6 UF 126/10 –, FamRZ 2011, 826, jeweils m. w. N.), ist unbegründet; sie führt darüber hinaus zu einer Verböserung zu Lasten des Vaters in Gestalt der Verlängerung des erstinstanzlich erkannten Umgangausschlusses bis zum 26.11.2025, an welcher der Senat nicht durch das Verschlechterungsverbot gehindert ist (Völker/Clausius, Sorge- und Umgangsrecht, 8. Aufl. 2021, § 9, Rz. 6 m. w. N.).

Zu Recht hat das Familiengericht das väterliche Umgangsrecht gemäß § 1684 Abs. 4 S. 2 BGB ausgeschlossen. Das Umgangsrecht eines Elternteils steht unter dem Schutz des Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG. [...] Eine Einschränkung des Umgangsrechts ist nur veranlasst, wenn nach den Umständen des Einzelfalls der Schutz des Kindes dies erfordert, um eine Gefährdung seiner seelischen oder körperlichen Entwicklung abzuwehren (vgl. zum Ganzen BVerfG FamRZ 2021, 1531 und 1709; 2016, 1917; 2015, 1093; 2010, 1622; 2009, 399; BGH FamRZ 1994, 158; Senatsbeschluss vom 24.01.2011 – 6 UF 116/10 –, FamRZ 2011, 1409). Letzteres setzt – für das Umgangsrecht für längere Zeit oder auf Dauer einschränkende oder ausschließende Maßnahmen im Sinne von § 1684 Abs. 4 S. 2 BGB – eine gegenwärtige Gefahr in solchem Maße voraus, dass sich bei ihrem weiteren Fortschreiten eine erhebliche Schädigung der weiteren Entwicklung des Kindes mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lässt (vgl. BVerfG FamRZ 2023, 525; BVerfG, Beschluss vom 28.02.2012 – 1 BvR 3116/11 –, juris; BVerfG FamRZ 2009, 1472; Senatsbeschlüsse vom 16.03.2017 – 6 UF 8/17 –, vom 16.02.2010 – 6 UF 96/09 –, FamRZ 2010, 1746 m. w. N., und vom 29.02.2012 – 6 UF 13/12), wobei ein längerer Zeitraum i. S. dieser Vorschrift jedenfalls bei einem solchen von mehr als sechs Monaten vorliegen dürfte (dazu BVerfG FamRZ 2024, 946 m. Anm. Völker). Außerdem unterliegt eine solche



Heidi Hahn, 3-stimmiger Andachtsjodler, Inkprint, 2019

Entscheidung gesteigerten Begründungsanforderungen; das Gericht muss dann grundsätzlich die dem Kind drohenden Schäden ihrer Art, Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit nach konkret benennen (BVerfG FamRZ 2024, 524; 2023, 525), wobei sich mit der zunehmenden Dauer fehlenden Kontakts zwischen dem Umgangsberechtigten und seinem Kind das Gewicht des damit einhergehenden Eingriffs in Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG erhöht (BVerfG FamRZ 2024, 524).

Die gesetzliche Regelung des § 1684 Abs. 4 BGB ermöglicht auch dann gerichtliche Entscheidungen, welche die Umgangsbefugnis einschränken oder ausschließen, wenn das Kind dies aus ernsthaften, subjektiv beachtlichen oder verständlichen Gründen wünscht und ein erzwungenes Umgangsrecht das Kindeswohl beeinträchtigen würde. Im Falle der ernsthaft geäußerten Ablehnungshaltung eines nicht mehr kleinen Kindes wird ein erzwungener Umgang regelmäßig zu einem größeren Schaden als Nutzen für die Entwicklung des Kindes führen, zumal dadurch der Wille des Kindes gebrochen würde.

Einem nicht mehr jüngeren Kind kann in einer so ersten und privaten Angelegenheit wie der Frage eines Umgangs mit seinem Elternteil nicht das Recht auf freien Willen abgesprochen werden. Sieht das Gericht in einem solchen Fall – nach persönlicher Anhörung des Kindes – von der Anordnung eines, auch begleiteten, Umgangs ab, so ist dies unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit nicht zu beanstanden, wenn das Gericht die Gründe für diese Einstellung ermittelt und sie in seine Entscheidung einbezogen hat (vgl. BVerfG FamRZ 2024, 524; 2016, 1917; 2013, 361; BVerfGK 6, 57; jeweils m.z.w.N.; BGH FamRZ 1980, 131; Senatsbeschlüsse vom 16.03.2017 – 6 UF 8/17 –, vom 12.07.2010 – 6 UF 32/10 –, NJW-RR 2011, 436, und vom 21.08.2009 – 6 UF 71/09 –, Beschluss des 9. Zivilsenats des Saarländischen Oberlandesgerichts vom 12.01.2005 – 9 UF 124/04 –, juris). [...]

Ist festzustellen, dass der Umgangsberechtigte Gewalt gegen den anderen Elternteil ausgeübt hat, müssen

bei der Entscheidung über den Umgang – auch wegen Art. 31 der sog. Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011, BGBX. 2017 II, S. 1026) – die fortbestehenden Belastungen durch die erlebte Gewalt in der Vergangenheit sowie die Gefahren wegen andauernder Angst und Bedrohung berücksichtigt werden.

Vom Kind miterlebte Gewalt seines einen gegen seinen anderen Elternteil wirkt sich in Form psychischer Gewalt direkt auch auf das Kind aus. Es ist abhängig von demjenigen, der es betreut und versorgt, und identifiziert sich mit ihm. Deswegen erlebt das Kind Gewalt gegen den betreuenden Elternteil auch als Bedrohung gegen sich selbst; sein eigenes Stresssystem reagiert intensiv.

Aus der Bindungsforschung ist belegt, dass der Besuchskontakt und Umgang mit leiblichen Eltern nach traumatischen Erfahrungen mit Täter-Eltern beim Kind erneute Angst erzeugt und es zu einer Re-Traumatisierung kommen kann. Kinder werden dann erneut mit den Affekten von Angst und Ohnmacht überschwemmt, mit denen sie in der Regel nicht umgehen können. Dabei kann auch ein begleiteter Umgang an sich keine emotionale Sicherheit bieten, weil die Umgangsbegleitung die emotionale Verunsicherung des Kindes durch den erneuten Kontakt mit dem Täter nicht ausgleichen kann.

Der gewaltausübende Elternteil muss dem Kind daher zunächst wieder die emotionale Sicherheit vermitteln, die es durch die miterlebte Gewalt verloren hat. Dies kann er insbesondere dann nicht, wenn er die Gewalt abstreitet, dem Kind gegenüber bagatelisiert, seine Belastung nicht sehen und aufgreifen kann, den anderen Elternteil in Gesprächen mit dem Kind herabwürdigt oder verbal attackiert oder erneute Gewalttaten zu befürchten sind.

Bevor daher in Fällen vom Kind miterlebter schwerer häuslicher Gewalt Umgang – unbegleitet, aber auch begleitet – in Betracht kommt, muss zum einen das Kind dazu bereit sein, den Täter wieder zu sehen, zum anderen muss verlässlich geklärt sein, ob sich

der nachweislich gewalttätige Elternteil nicht nur zu seinen Taten bekannt, sondern auch in tragfähiger Weise Verantwortung dafür übernommen hat, insbesondere, ob er Wege erarbeitet hat, wie er dem Kind sein Bedauern über die ihm zugefügte Belastung zum Ausdruck bringen und sich adäquat im Umgang mit ihm verhalten kann (vgl. zum Ganzen OLG Nürnberg FamRZ 2024, 1369 m.w.N.; vgl. – zur Bedeutung der Istanbul-Konvention im Rahmen der Sorgerechtsregelung – Senatsbeschluss vom 22.04.2024 – 6 UF 22/24 –, FamRZ 2024, 1269 m.w.N. [STREIT 2025, S. 72 m. Anm. Heinke]).

Die verfassungsrechtliche Dimension von Art. 6 Abs. 2 GG beeinflusst auch das Verfahrensrecht und seine Handhabung im Kindschaftsverfahren. Das gerichtliche Verfahren muss in seiner Ausgestaltung geeignet und angemessen sein, um der Durchsetzung der materiellen Grundrechtspositionen wirkungsvoll zu dienen. Das bedeutet nicht nur, dass die Verfahrensgestaltung den Elternrechten Rechnung tragen muss. Vielmehr steht das Verfahrensrecht auch unter dem Primat des Kindeswohls, zu dessen Schutz der Staat im Rahmen seines Wächteramtes gemäß Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG verpflichtet ist. Deshalb muss das Gericht insbesondere die zur Verfügung stehenden Aufklärungs- und Prüfungsmöglichkeiten hinsichtlich entscheidungserheblicher Tatsachen ausschöpfen und sein Verfahren so gestalten, dass es möglichst zuverlässig die Grundlage einer am Kindeswohl orientierten Entscheidung erkennen kann (vgl. zum Ganzen BVerfG FamRZ 2021, 1201, 1531 und 1709; 2010, 1622; 2009, 291, 399 und 1897; 2007, 105; BGH FF 2012, 67 m. Anm. Völker; BGH FamRZ 2010, 720).

In welchem Umfang vom Gericht zur Beurteilung des Kindeswohls Tatsachen zu ermitteln sind, bestimmt sich nach § 26 FamFG. [...] Der genaue Umfang der erforderlichen Ermittlungen richtet sich nach den im konkreten Einzelfall betroffenen Kindeswohlbelangen (BGH FamRZ 2011, 796; 2010, 1060, jeweils m. Anm. Völker). Dazu gehört – bei der hier vorliegenden Problemstellung des Umgangsausschlusses wegen einer vom Kind verbal geäußerten Ablehnung von Umgangskontakten – jedenfalls die möglichst zuverlässige Feststellung des wahren Kindeswillens. Denn der vom Kind geäußerte Wille hat nicht nur Erkenntniswert hinsichtlich seiner persönlichen Bindungen auch zum Umgangsberechtigten (vgl. BVerfG FamRZ 2007, 1078; vgl. – zum Sorgerecht – auch BVerfG FamRZ 2008, 1737; BGH FamRZ 1990, 392), sondern ist mit zunehmendem Alter auch als Ausdruck der Entwicklung des Kindes zu einer eigenständigen Persönlichkeit bedeutsam (§ 1626 Abs. 2 S. 2 BGB; dazu BVerfG FamRZ 2007, 105; 2008, 845; vgl. ferner – zum Sorgerecht – BVerfG FamRZ 2008, 1737). Nur da-

durch, dass der wachsenden Fähigkeit eines Kindes zu eigener Willensbildung und selbständigem Handeln Rechnung getragen wird, kann das auch mit dem Elternrecht aus Art. 6 Abs. 2 GG verfolgte Ziel, dass ein Kind sich durch Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit entwickeln kann, erreicht werden (vgl. BVerfG FamRZ 2021, 1201; 2008, 1737 m.w.N.). Dem Alter und Reifestand des Kindes kommt hierbei ebenfalls Bedeutung zu (Senatsbeschluss vom 14.01.2011 – 6 UF 116/10, FamRZ 2011, 1409). Weil der Kindeswille nur insoweit zu berücksichtigen ist, als er dem Kindeswohl entspricht (BVerfG FamRZ 2021, 1709; 1981, 124; 2008, 1737), und in tatsächlicher Hinsicht in Rechnung zu stellen ist, dass ein durch einen Elternteil maßgeblich – bewusst oder unbewusst – beeinflusster Kindeswille nur eingeschränkt beachtlich (vgl. BGH FamRZ 1985, 169; vgl. auch BVerfG FamRZ 2009, 399), das völlige Außerachtlassen des beeinflussten Willens indes nur dann gerechtfertigt ist, wenn die manipulierten Äußerungen des Kindes den wirklichen Bindungsverhältnissen nicht entsprechen (BVerfG FamRZ 2021, 1201; 2016, 1917; 2015, 1093), muss das Kind im gerichtlichen Verfahren die Möglichkeit erhalten, seine wirklichen persönlichen Beziehungen zu den Eltern erkennbar werden zu lassen (vgl. BVerfG FamRZ 2016, 1917; 2015, 1093; 2010, 1622; 2009, 399 und 1897).

Dem dient – ggf. neben der Tätigkeit eines dem Kind bestellten Verfahrensbeistandes (§ 158 b Abs. 1 S. 1 FamFG n.F.) und der in § 159 FamFG grundsätzlich vorgeschriebenen persönlichen Anhörung des Kindes (BGH FamRZ 2017, 532; Senatsbeschluss vom 16.03.2017 – 6 UF 8/17 –, vgl. auch BGH FamRZ 2016, 2082 [zu § 1686 a BGB] und BGH FamRZ 2016, 1439 [zu § 1626 a Abs. 2 BGB]) – ein psychologisches Sachverständigengutachten.

Insbesondere bei Entscheidungen von großer Tragweite – zu denen ein längerfristiger Umgangsausschluss gehören kann – kann dessen Einholung erforderlich sein, um über die Qualität der Bindungen des Kindes zum umgangsberechtigten Elternteil, seinen wirklichen Willen und die in Betracht kommenden familiengerichtlichen Maßnahmen näheren Aufschluss zu geben (vgl. BVerfG FamRZ 2009, 1897; BGH FamRZ 2010, 1060; Senatsbeschluss vom 16.03.2017 – 6 UF 8/17 –).

Von einer persönlichen Anhörung des Kindes und der Verschaffung eines persönlichen Eindrucks von diesem kann das Gericht allerdings § 159 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 FamFG zufolge absehen, wenn ein schwerwiegender Grund hierfür vorliegt. Dies ist der Fall, wenn die Gefahr besteht, dass das Kind durch die persönliche Anhörung in einer mit seinem Wohl nicht zu vereinbarenden Weise psychisch belastet wird bzw.

diese Anhörung zu einer erheblichen Beeinträchtigung seiner körperlichen oder seelischen Gesundheit führen würde. Dabei setzt die Entscheidung über das Absehen von einer Anhörung regelmäßig die Abwägung der Kindesinteressen mit der § 26 FamFG entspringenden Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung voraus. Je bedeutender der Eingriff in die Rechtssphäre des Kindes ist, umso stärker ist die Pflicht zur Anhörung. Im Rahmen der Interessenabwägung ist auch zu berücksichtigen, inwieweit es möglich ist, durch die Auskunft anderer Verfahrensbeteiligter – wie etwa eines Verfahrensbeistandes, eines Umgangs- oder Ergänzungspflegers oder eines Mitarbeiters des Jugendamts – zu erfahren, ob der Umgang das Kindeswohl gefährdet (vgl. BGH FamRZ 2019, 115 m. w. N.).

An diesen strengen verfassungs- und einfachrechtlichen Maßstäben gemessen, ist gegen den vom Familiengericht – hier für einen längeren Zeitraum i. S. von § 1684 Abs. 4 S. 2 BGB – angeordneten Umgangausschluss nichts dem Vater Günstiges zu erinnern. Der Senat nimmt vollinhaltlich auf die ausführlichen, sorgfältigen und wohlwogenen Ausführungen des Familiengerichts in der bekämpften Entscheidung – die auf einem beanstandungsfreien Verfahren fußt – Bezug; die hiergegen gerichteten Angriffe des Vaters greifen nicht durch.

Vergebens rügt dieser die mangelnde Verwertbarkeit des erhaltenen psychologischen Sachverständigengutachtens. Die Überprüfung und Würdigung gemäß § 30 Abs. 1 FamFG i. V. m. § 411 ZPO eingeholter Sachverständigengutachten ist ureigener Teil der dem Tatrichter durch § 37 FamFG überantworteten freien Beweiswürdigung, für die das Beweismaß demjenigen entspricht, welches in der Rechtsprechung zu § 286 ZPO herausgebildet worden ist (BVerfG FamRZ 2020, 422).

Das vorgelegte schriftliche Gutachten genügt in formaler Hinsicht den Empfehlungen und Qualitätsanforderungen an psychologische Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht, welche die Arbeitsgruppe Familienrechtliche Gutachten zuletzt 2019 aktualisiert hat (ZKJ 2019, 409) und an denen sich auch der Senat in ständiger Übung orientiert (vgl. Senatsbeschluss vom 15. Dezember 2021 – 6 UF 54/21 –).

Bemerkenswert ist, dass der Vater in diesem Zusammenhang eine unmittelbare sachverständige Beobachtung und Bewertung einer Vater-Kind-Interaktion vermisst, obwohl er sich – siehe Seite 37 des Gutachtens – mit der Sachverständigen einig gewesen war, dass man X. nicht hierzu zwingen, sondern abwarten müsse. Dass die Sachverständige diese Interaktion nicht erzwungen, sondern von ihr abgesehen hat, ist unabhängig davon unschwer einsichtig, zumal es grundsätzlich dem Sachverständigen zu überlassen ist, auf welchem Wege und auf welchen Grundlagen er sein Gutachten in Kindschaftssachen erstellt. Daher

sind der Umfang der – ggf. fremdanamnestischen – Erhebungen, die Auswahl und Interpretation der entscheidungsrelevanten Daten sowie die Darstellungsform jeweils der fachlichen Kompetenz des Sachverständigen überlassen, soweit er sich hierbei auf den Stand der Wissenschaft bezieht. Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, dass es in der Psychologie keine generalisierenden Theorien, Methoden und standardisierten Verfahren gibt, die jedem Einzelfall vollends gerecht werden können (vgl. dazu Senatsbeschlüsse vom 14.09.2023 – 6 UF 83/23 –, vom 31.05.2023 – 6 UF 165/22 –, vom 11.05.2015 – 6 UF 18/15 –, juris, und vom 13.10.2011 – 6 UF 108/11 –, FamFR 2011, 549).

Der Senat hat das schriftliche Gutachten – samt seiner mündlichen Erläuterung im erstinstanzlichen Erörterungs- und im Senatstermin – ferner hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Begründung, inneren Logik und Schlüssigkeit in alle Richtungen überprüft; gegen die Ausführungen der Sachverständigen ist, nachdem sämtliche Herleitungen nachvollziehbar begründet sind und auch keine sachfremden Erwägungen erkennen lassen (siehe zum Ganzen BVerfG FamRZ 2015, 112; BGH FamRZ 2013, 288 und 1648; Senatsbeschlüsse vom 26.07.2024 – 6 UF 46/24 –, vom 11.05.2015 – 6 UF 18/15 –, juris, und vom 13.10.2011 – 6 UF 108/11 –, FamFR 2011, 549), nichts einzuwenden, [...].

Soweit der Vater nicht nachzuvollziehen vermag, dass X. seine – die Ablehnung von Umgang mit dem Vater stützenden – psychosomatischen Symptome wie Zittern und Angstverhalten aufgrund der elterlichen Streitigkeiten entwickelt haben soll, teilt der Senat die diesbezüglichen Ableitungen der Sachverständigen vor dem Hintergrund des Gewalklimas, das zu seiner Überzeugung im elterlichen Haushalt vorgeherrscht hatte. Der Vater hat nach Lage der vom Senat zu Beweis Zwecken verwerteten Strafakten – erhebliche – Gewaltanwendung samt Todesdrohungen gegen die Mutter im Strafverfahren eingeräumt [...]. Der Verwertung dieser Akten zu Beweis Zwecken [...] steht insbesondere nicht entgegen, dass die in Rede stehenden Strafverfahren bislang nicht abgeschlossen sind.

Soweit der Vater in der mündlichen Senatserörterung in Abrede gestellt hat, sich geständig eingelassen zu haben, kann letztlich dahinstehen, ob diese Behauptung zutrifft. Denn der Senat ist hiervon unabhängig davon überzeugt, dass der Vater die Taten, wegen derer er im Strafverfahren [...] noch nicht rechtskräftig – verurteilt worden ist, begangen hat. Soweit der Vater zweitinstanzlich eine Gewaltanwendung gegen die Mutter – zunächst nicht unumwunden eingeräumt („überwiegend bestritten“, Seite 6 der Beschwerdebegründung) und lediglich zuletzt – im Senatstermin darüber hinausgehend, wie schon gegenüber der Sach-

verständigen („dies stimme jedoch alles nicht“, [...]), bei der er in einer Opferrolle verharrt hat [...], abgestritten hat, ist dies nicht glaubhaft, [...].

Denn die Mutter, an deren Glaubwürdigkeit der Senat keine Zweifel hat, hat im Senatstermin glaubhaft und ohne erkennbare Belastungstendenz zu den Gewalterlebnissen in der Beziehung zum Vater berichtet und insbesondere den Vorfall am 9.06.2022, bei dem X. anwesend gewesen ist, plastisch und lebensnah dargestellt. Zusammengenommen mit den Angaben X.s bei der Sachverständigen – die Eltern hätten „ca. 5.000-mal“ gestritten, und der Vater schreie nicht nur, er habe die Mutter in der Vergangenheit auch geschlagen, ihn selbst allerdings nicht [...] – sowie in seiner erstinstanzlichen Anhörung, ferner aufgrund des persönlichen Eindrucks, den der Senat vom Vater in dessen persönlicher Anhörung gewonnen hat, sind die von der Mutter geschilderten Übergriffe des Vaters mit dem erforderlichen Beweismaß festzustellen.

Dass die Umgangsverweigerung durch X. – zentral – auf seinen Erlebnissen mit dem Vater beruht, bestätigt auch die ins Einzelne gehende zweitinstanzliche Stellungnahme des Verfahrensbeistandes des Kindes [...]. Die dort wiedergegebenen Ereignisse drängen die Authentizität der Ängste des Kindes und seiner derzeitigen Ablehnung von Kontakten zum Vater nachgerade auf, was auch der fachlichen Einschätzung der Umgangspflegerin und des Jugendamts entspricht. Wenn X. gegenüber der Sachverständigen angegeben hat, es habe ihm große Angst bereitet, wenn der Vater vor der Wohnungstür der Mutter gestanden habe, er sich in solchen Situationen sogar in einem Schrank versteckt und befürchtet habe, der Vater könnte die Wohnungstür aufbrechen (Seite 64 des Gutachtens), spricht dies für sich, nachdem die Sachverständige zugleich – leicht begreifbar – keine tatsächlichen Anhalte für die vom Vater ins Feld geführte Manipulation X.s durch die Mutter festgestellt hat und der Senat an der Richtigkeit auch dieser Beurteilung keinen begründeten Zweifel hat.

Gegen diese mithin erlebnisbasierten Ängste des Kindes durch – stets vor einem Umgangs Ausschluss zu wägenden – begleiteten Umgang, hilfsweise nur Kontaktaufnahmen mit Fernkommunikationsmitteln zu arbeiten, wäre derzeit und bis auf Weiteres nicht verantwortlich.

Dagegen spricht zudem der von der Sachverständigen beanstandungsfrei als verwertbar – weil zielorientiert, intensiv, stabil und weitestgehend autonom gebildet – beurteilte Kindeswille [...]. Die Verletzung der Selbstwert- und -wirksamkeitsüberzeugungen X.s durch ein Übergehen seiner Ablehnung wäre evident geeignet, die Entwicklung X.s intensiv zu gefährden, zumal die Sachverständige mit überzeugender Begründung eine deutlich erhöhte Vulnerabilität und

eine deutlich verminderte Resilienz des Kindes festgestellt hat [...]. Der Vater erkennt die von der Sachverständigen leicht nachvollziehbar beschriebenen [...] Auswirkungen der von einem Kind miterlebten Gewalt seines einen Elternteils gegen seinen anderen. Insoweit geht insbesondere seine Darstellung, eine Gewaltbereitschaft käme bei einem begleiteten Umgang bzw. einem Umgang außerhalb des elterlichen Haushalts nicht auf, am Problem vorbei; nichts anderes gilt hinsichtlich der vermeintlichen Milderung des Konfliktpotentials aufgrund der erfolgten Teilsorgeübertragung auf die Mutter.

Umgekehrt bedeutet allerdings die Minimierung der Gewaltvorwürfe durch den Vater, dass dieser seine eigenen Verhaltensweisen nicht ausreichend aufgearbeitet und reflektiert hat. Dies aber hat die Sachverständige – unmittelbar einleuchtend – ausdrücklich „zuallererst“ – und neben dem notwendigen Antiaggressionstraining des Vaters – als Voraussetzung für die Wiederanbahnung von Umgangskontakten benannt (Seite 85 f. des Gutachtens), wobei der Vater jedoch im Senatstermin eingeräumt hat, ein solches Training bislang nicht absolviert zu haben. [...]

Eingedenk all dessen hat das Familiengericht zutreffend angenommen, dass X. zur Vermeidung einer Kindeswohlgefährdung derzeit längerfristige Sicherheit – und Abstand zum Vater – benötigt. Allenfalls dieser Weg kann u. U. die Chance bieten, dass X. das Gewaltverhalten des Vaters verarbeiten kann.

Die Länge der im angegangenen Beschluss festgelegten Umgangs Ausschlussfrist muss allerdings – wie im Senatstermin angekündigt und in Umsetzung der dort abgegebenen Empfehlung der Sachverständigen – zum Nachteil des Vaters nicht unerheblich länger als die vom Familiengericht angeordnete bemessen werden.

Dem Senat erscheint bei Wägung aller obwaltenden Einzelfallgegebenheiten – auch des unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten relevanten Umstandes, dass der Eingriff in das Elternrecht des Vaters mit zunehmender Dauer gewichtiger wird – eine (weitere) Verlängerung um das von der Sachverständigen empfohlene Jahr – mithin bis 26.11.2025 – unabdingbar; dies entspricht im heutigen Sachstand einem Zeitraum, den X. – auch nach dem Dafürhalten der Sachverständigen im Senatstermin – mindestens benötigt, um sich perspektivisch wieder auf seinen Vater einlassen zu können. Dies gilt umso mehr, als die eingeleitete expositionsbasierte Traumatherapie des Kindes senatsbekannt eine stabile, möglichst ungestörte Lebenssituation des Kindes erfordert. [...]

Ob der Umgang über diesen Zeitraum hinaus wird ausgeschlossen werden müssen, vermag der Senat derzeit nicht zuverlässig zu beurteilen; die Sachverständige hat dies im Senatstermin lediglich als denkbar bezeichnet. Nachdem sie zugleich die Frage

des Senats offengelassen hat, ob eine (bloße) Überprüfung des Umgangsausschlusses nach Ablauf eines Jahres bereits eine Gefährdung X.s bedeuten würde, beschränkt der Senat den Umgangsausschluss auch deswegen auf ein Jahr (vgl. zu diesem Aspekt EGMR FamRZ 2011, 1484 [Heidemann./Deutschland] m. Anm. Wendenburg; vgl. auch EGMR, Urteil vom 19.6.2003 – Individualbeschwerde Nr. 46165/99 [Nekvedavicius./Deutschland] –, n. v.; siehe dazu Senatsbeschluss vom 3.04.2012 – 6 UF 10/12 –, FamRZ 2013, 48; Völker/Clausius, a. a. O., § 2, Rz. 154), zumal die Jahresfrist dem angemessenen Abstand entspricht, in dem das Familiengericht den Umgangsausschluss ohnehin grundsätzlich wegen § 166 Abs. 2 FamFG, § 1696 Abs. 2 BGB von Amts wegen zu überprüfen hätte (siehe dazu EGMR FamRZ 2017, 891 [Buchleither./Deutschland]; BVerfG FamRZ 2016, 1917; 2015, 1093; siehe zur Problematik eingehend auch Volke, FamRZ 2020, 10). [...]

Von einer Wiederholung der erstinstanzlichen persönlichen Anhörung X.s im Beschwerdeverfahren hat der Senat abgesehen, weil dies mit ziemlicher Sicherheit zu einer erheblichen Beeinträchtigung der seelischen Gesundheit des Kindes führen würde. Der behandelnde Psychologische Psychotherapeut des Kindes [...] hat [...] eine Gerichtsaussage des Kindes im Rahmen des "Sorgerechts" streites zum jetzigen Zeitpunkt als nicht förderlich für den Genesungsprozess von X. eingeschätzt; diese zusätzliche Belastung könnte die dringend notwendige und anstehende Aufarbeitung vergangener traumatischer Erlebnisse verzögern.

Die Sachverständige hat auf Ersuchen des Senats [...] aufgrund eines [...] mit X. geführten psychodiagnostischen Gesprächs – eine persönliche Anhörung X.s durch den Senat – oder auch nur durch dessen Berichterstatter als beauftragtem Richter – insbesondere mit Blick auf die nunmehr begonnene Traumatherapie als aktuell mit dem Kindeswohl nicht vereinbar beurteilt. Diese berge mit hoher Wahrscheinlichkeit die Gefahr, dass Symptome sich weiter verschlechtern und die begonnene Traumatherapie deutlich gefährdet wird. Diese Therapie sei jedoch unumgänglich für den Genesungsprozess X.s und seine positive kindliche Entwicklung. Eine persönliche Anhörung X.s würde mit ziemlicher Sicherheit zu einer erheblichen Beeinträchtigung der seelischen Gesundheit des Kindes führen, weswegen eltern- bzw. familienzentrierte Themen momentan ausschließlich in einem therapeutischen Setting mit entsprechender Fachkompetenz bearbeitet werden sollten. [...] Unter Abwägung der Interessen X.s, insbesondere seiner seelischen Gesundheit, und des Grades der bereits erreichten, hoch verdichteten Sachverhaltsaufklärung hat die erneute richterliche Anhörung X.s durch den Senat zu unterbleiben. [...]

Mitgeteilt von Dr. Thomas Meysen, Heidelberg

Urteil

VG Hamburg, §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG

Flüchtlingseigenschaft für transsexuelle Frau aus Venezuela

1. Transsexuellen Frauen drohen Verfolgungshandlungen i. S. v. § 3a AsylG durch die sie umgebende von Machismo-Strukturen geprägte Gesellschaft, ohne dass ihnen ein wirksamer staatlicher Schutz zukommt.

2. In Venezuela unterliegen transsexuelle Personen gezielten polizeilichen und sicherheitsbehördlichen Maßnahmen von flüchtlingsrechtlich erheblicher Intensität, die diskriminierend und menschenrechtsverletzend sind und ihre Stellung als deutlich abgegrenzte soziale Gruppe begründen.

(Leitsätze der Redaktion)

VG Hamburg, Urteil vom 26. Mai 2025 – 11 A 2070/19

Redaktionelle Anmerkung:

*Das VG Hamburg spricht hier durchgehend von der Klägerin in der männlichen Form. Eine personenstandsrechtliche Anerkennung des empfundenen Geschlechts lag zwar zum Entscheidungszeitpunkt nicht vor, aber Gerichte sind nicht daran gehindert, Kläger*innen mit ihrem empfundenen Geschlecht anzusprechen. Entsprechend hat beispielsweise das VG Leipzig in seinem Urteil vom 06.05.2022, Az: K 181/21.A, in einer Vorbemerkung darauf hingewiesen, dass zwar eine personenstandsrechtliche Anerkennung der transsexuellen Klägerin nicht stattgefunden habe, aus Respektgründen aber die von der Klägerin gewählte weibliche Form benutzt werde. Das VG Hamburg verweist in seinem Urteil explizit auf das Urteil des VG Leipzig, so dass davon ausgegangen werden muss, dass vorliegend nicht aus Unkenntnis über eine diskriminierungsfreie Anredemöglichkeit in einem Klageverfahren gehandelt wurde. Die Redaktion hat sich aufgrund der thematischen Auseinandersetzung des Gerichts mit den Diskriminierungen von Transpersonen in Venezuela dennoch für einen Abdruck des Urteils entschieden. Es bleibt zu hoffen, dass immer mehr Gerichte von der Möglichkeit einer diskriminierungsfreien Anrede Gebrauch machen.*

Zum Sachverhalt:

Die transsexuelle Klägerin mit venezolanischer Staatsangehörigkeit begehrt die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft aufgrund ihrer Transsexualität, welche sie erst in der Klagebegründung offenlegt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erkannte der Klägerin den subsidiären Schutzstatus zu, lehnte aber die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ab.

Aus den Gründen:

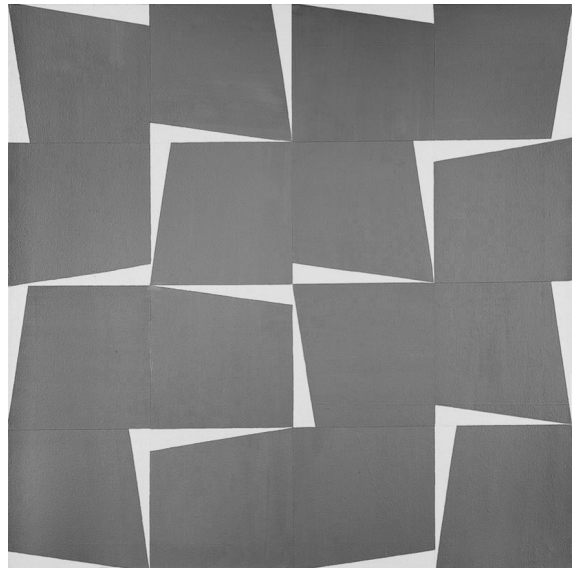
[...] [D]em Kläger steht [...] ein Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 AsylG zu [...].

[...] [Dem Kläger] droht im Falle einer Rückkehr nach Venezuela vor dem Hintergrund der dortigen Situation mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verfolgung aus einem der in § 3 Abs. 1 AsylG genannten Gründe. Dies ist hier unabhängig von einer individuellen Gefahrenprognose der Verfolgungswahrscheinlichkeit als Einzelperson schon allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialen Gruppe transsexueller Personen gegeben (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG), wodurch Verfolgung durch staatliche Akteure (§ 3c Nr. 1 AsylG) sowie nicht-staatliche Akteure (§ 3c Nr. 3 AsylG) droht, wobei die in § 3b Abs. 1 Nr. 1 und 2 AsylG genannten Akteure erwiesenermaßen nicht willens sind, i. S. d. § 3d AsylG Schutz vor Verfolgung zu bieten. [...]

a) Zur Überzeugung des Gerichts steht fest, dass der Kläger eine transsexuelle Person ist und dass die Geschlechterangleichung von dem äußerlich angeborenen zu dem gefühlten Geschlecht ernsthaft und dauerhaft erfolgt. Der Umstand, dass er seine weibliche Identität noch nicht rechtlich manifestiert hat, ist unbeachtlich, unabhängig davon ob die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine Umschreibung der Personaldokumente vorliegen. Hierfür bilden im vorliegenden Fall die ärztlichen Atteste [...] eine ausreichende Grundlage, wonach er sich schon seit Mai 2020 in einer geschlechtsangleichenden Hormonbehandlung bei Transsexualität befindet. Die Hormonbehandlung wird danach mit Östrogenen und einem Antiandrogen durchgeführt. Die weiblichen Veränderungen schreiten voran und der Alltag des Klägers findet komplett in der weiblichen Rolle statt. Ferner legte der Kläger die Bescheinigung des Facharztes für Allgemeinmedizin Linnig vom 17.7.2024 vor, woraus zu entnehmen ist, dass er dort bei jahrelang bestehender Transsexualität wunschgemäß mit „1“ angesprochen wird und Medikamente wegen einer HIV-Infektion erhält. Entsprechendes wird auch durch die in den behördlichen Akten dokumentierten Passfotos des Klägers ersichtlich. [...]

b) Der Kläger als transsexuelle Person gehört in Venezuela einer bestimmten sozialen Gruppe i. S. v. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG an. [...] Diese Voraussetzungen sind in Bezug auf Transsexuelle in Venezuela erfüllt (vgl. hierzu VG Leipzig, Urt. vom 6.5.2022, 4 K 181/21.A., juris Rn. 27 ff. m. w. N.). Denn transsexuelle Menschen sind in Venezuela gemäß der dortigen Lage (dazu aa)) einer sozialen Gruppe zugehörig, die sich allein auf das gemeinsame Merkmal der sexuellen Ausrichtung und der geschlechtlichen Identität gründet (dazu bb)).

Sowohl die sexuelle Ausrichtung einer Person als auch die geschlechtliche Identität stellen Merkmale dar, die i. S. v. § 3b Abs. 1 Nr. 4 lit. a AsylG



Heidi Hahn, *Grau mit grünen Keilen*, Acryl, 2006

so bedeutsam für die Identität sind, dass der Betreffende nicht gezwungen werden darf, auf sie zu verzichten. Es kann dabei nicht gefordert werden, dass die geschlechtliche Identität oder Sexualität im Herkunftsland geheim gehalten oder Zurückhaltung beim Ausleben der sexuellen Ausrichtung geübt wird, um die Gefahr einer Verfolgung zu vermeiden, wenn es zur selbstverstandenen Identität der betroffenen Person gehört, die eigene Sexualität zu leben (vgl. zu Art. 10 der RL 2004/83/EG, der durch § 3b AsylG in nationales Recht umgesetzt wurde: EuGH, Urt. vom 7.11.2013, C-199/12 u. a., juris Rn. 46 f.). Demnach sind schicksalhaft unveränderliche persönliche Merkmale wie Transsexualität asylrelevant.

Die Personengruppe transsexueller Menschen besitzt in Venezuela eine deutlich abgegrenzte Identität, da sie von der sie umgebenden Gesellschaft als andersartig betrachtet wird. Die abgegrenzte Identität dieser Personengruppe ist gekennzeichnet durch die im hiesigen Fall gegebene Differenz zwischen dem in den Personaldokumenten ausgewiesenen Geschlecht und dem tatsächlich gelebten Geschlecht. Diese Abweichung wird mindestens in jenen Situationen offensichtlich, in denen transsexuelle Menschen sich mit ihren Personaldokumenten ausweisen müssen oder die elektronisch gespeicherten und durch staatliche Stellen landesweit abrufbaren Personendaten festgestellt werden, etwa bei in Venezuela häufig stattfindenden Polizeikontrollen, bei Behördengängen, bei Schul-/Hochschuleinschreibungen und bei Arztbesuchen. In diesen mannigfaltigen Situationen fällt auf, dass das Geschlecht abweicht. Transsexuelle können unter Umständen auch unabhängig vom

Abgleich ihrer Identitätspapiere allein aufgrund ihrer Erscheinung zu identifizieren sein. Dies ergibt sich aus den folgenden Erkenntnissen zur Lage Transsexueller in Venezuela:

aa) Es existieren in Venezuela keine Gesetze, die die Identität von transsexuellen Personen garantieren; Geschlechtsumwandlungen werden rechtlich nicht anerkannt; das Gesetz in Venezuela verbietet zwar Diskriminierung aufgrund des Geschlechts durch staatliche und nichtstaatliche Akteure, geht jedoch nicht speziell auf die sexuelle Orientierung ein; dennoch waren sexuelle Minderheiten auch 2023 von Diskriminierung betroffen; Nichtregierungsorganisationen berichteten über Fälle von Gewalt gegen sexuelle Minderheiten; Befürworter der Rechte sexueller Minderheiten gaben an, dass die Strafverfolgungsbehörden oft nicht ordnungsgemäß ermitteln, um festzustellen, ob die Straftaten durch Hass oder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts motiviert waren; Transgender-, intersexuellen und nichtbinären Personen wird systematisch die Anerkennung verweigert, indem ihnen keine Ausweispapiere für ihr bevorzugtes Geschlecht ausgestellt werden; da Ausweispapiere für den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und anderen Dienstleistungen erforderlich sind, führen diese diskriminierenden Handlungen oft dazu, dass Transgender- und intersexuelle Personen Opfer von Menschenhandel werden; der Verband der Psychologen Venezuelas verurteilte die Praxis der sogenannten Konversionstherapien zur „Heilung“ von Homosexualität und jeder anderen Form der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder des Geschlechtsausdrucks (vgl. BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Venezuela, 18.2.2025, G 2/25, S. 35; vgl. auch BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 4 f.).

Es gibt immer wieder Gewalt, Bedrohung, Diskriminierung sowie Tötungsdelikte gegen LGBTIQ-Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, Trans-Personen sind davon besonders betroffen; dabei kommt es nicht nur im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz oder in Schulen zu vorgenannten Taten, auch innerhalb von Familien sind LGBTIQ-Personen immer wieder mit psychischen, physischen (inkl. sexualisierten) sowie wirtschaftlichen Gewalterfahrungen konfrontiert (vgl. BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 6). Im Juli 2023 wurden bspw. 33 Männer aufgrund ihrer sexuellen Orientierung willkürlich festgenommen und von Polizisten misshandelt; ihre

Identität wurde in den Medien preisgegeben; nach drei Tagen wurden 30 von ihnen wieder auf freien Fuß gesetzt, die übrigen drei Männer wurden zehn Tage lang festgehalten und dann unter gerichtlicher Aufsicht freigelassen; ihnen drohten Verfahren wegen „Unsittlichkeit“ und „Lärmbelästigung“ (vgl. ai, Report 2023/2024, Venezuela, G 5/24, S. 9).

Zuletzt fand in Venezuela eine verstärkte Umwerbung evangelikaler bzw. konservativer katholischer Wählergruppen statt, die Diversität bzw. Regenbogenfamilien ablehnen; auch führende Politikerinnen und Politiker bzw. Amtsträger der aktuellen Regierung, darunter Präsident Maduro oder Generalstaatsanwalt Saab, äußerten und äußern sich immer wieder diskriminierend, auch in Form von Hassrede, gegenüber der queeren Community; Aktivistinnen und Aktivisten zufolge werde durch diese homo- bzw. transphoben Diskurse staatlicherseits die Stigmatisierung von queeren Menschen gefördert; „Machismo“ und stereotype Geschlechtsbilder sind gesellschaftlich weit verbreitet (vgl. BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 7).

Immer wieder kommt es auch zu Übergriffen und Diskriminierung gegenüber LGBTIQ-Personen durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppierungen; es gibt strikte Geschlechternormen bzw. Kleidungs- und Verhaltensvorschriften, die von ebenjenen Gruppierungen (z. B. ELN) angewandt werden und besonders auch LGBTIQ-Personen betreffen; zudem kommt es immer wieder zu körperlichen Übergriffen bzw. „Säuberungsaktionen“; auch aus dem Bundesstaat Bolívar mit dem großen Orinoco Bergbaugürtel gibt es Berichte über Menschenrechtsverletzungen, darunter Formen von GBV, wie Vergewaltigungen, sowie sexuelle Ausbeutung u. a. gegenüber LGBT-Personen (vgl. BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 9).

bb) Zur Feststellung, ob das Tatbestandsmerkmal der deutlich abgegrenzten Identität vorliegt, erlaubt regelmäßig das Bestehen strafrechtlicher Bestimmungen, die spezifisch Transsexuelle betreffen, die Feststellung, dass diese Personen eine abgegrenzte Gruppe bilden, die von der sie umgebenden Gesellschaft als andersartig betrachtet wird (vgl. grundsätzlich EuGH, Urt. vom 7.11.2013, C-199/12 u. a., juris Rn. 48). Beim Fehlen strafrechtlicher Verbote rechtfertigen auch entsprechende administrative, polizeiliche und justizielle Maßnahmen (vgl. § 3a Abs. 2 Nr. 2 AsylG), die spezifisch auf Transsexuelle gerichtet sind, die Feststellung, dass Transsexuelle als andersartig betrachtet werden, nicht dagegen die bloße gesellschaftliche

Ächtung Transsexueller. Aus dem Kummulationsansatz des Art. 9 Abs. 1 lit. b RL 2011/95/EU folgt aber, dass auch andere, nicht in strafrechtlichen Formen ausgeübte Maßnahmen Verfolgungscharakter aufweisen können. Werden etwa Homosexuelle oder Transsexuelle polizeilich angegriffen und körperlich misshandelt, also grob rechtsstaatswidrig bereits vor Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens schikaniert, sind diese Maßnahmen als Verfolgung zu bewerten (vgl. hierzu VG Leipzig, Urt. vom 6.5.2022, 4 K 181/21.A., juris Rn. 33 m. w. N.).

Gemessen daran ist festzustellen, dass nach der dargelegten Lage (dazu zuvor unter aa)) zwar in Venezuela keine strafrechtlichen Bestimmungen existieren, die spezifisch Transsexuelle betreffen, denn Transsexualität ist in Venezuela nicht strafbar. Auch lässt sich ein niedergeschriebenes, offizielles staatliches Verfolgungsprogramm gegenüber transsexuellen Personen den Erkenntnismitteln nicht entnehmen. Allerdings ist das Gericht auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnislage davon überzeugt, dass es in Venezuela in der Lebenswirklichkeit entsprechende polizeiliche und sicherheitsbehördliche Maßnahmen in der erforderlichen Quantität gibt, die spezifisch auf Transsexuelle gerichtet sind, die als solche diskriminierend und menschenrechtsverletzend sind oder in diskriminierender oder menschenrechtsverletzender Weise angewendet werden, und die die erforderliche flüchtlingsrechtliche Intensität aufweisen. Die in der gegenüber Transsexuellen durch venezolanische Staatsbedienstete und Sicherheitskräfte ausgeübte Diskriminierung und Gewalt zum Ausdruck kommende deutlich abgegrenzte Identität zeigt sich zudem darin, dass Transsexuelle auch weit verbreiteter Diskriminierung von der sie umgebenden Gesellschaft ausgesetzt sind, die hinreichend über eine allgemeine soziale Ächtung der Transsexuellen durch die Gesellschaft hinausgeht (vgl. auch VG Leipzig, Urt. vom 6.5.2022, 4 K 181/21.A., juris Rn. 34 ff.).

c) Der Kläger hat wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialen Gruppe transsexueller Menschen bei Rückkehr nach Venezuela beachtlich wahrscheinlich Verfolgung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure in Gestalt von Handlungen zu befürchten, die aufgrund ihrer Art oder Wiederholung so gravierend sind, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen (§ 3a Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3, Abs. 3 AsylG). Angesichts seines weiblichen Erscheinungsbildes, das seinen venezolanischen Identitätspapieren und dem männlichen Vornamen widerspricht, besteht die begründete Furcht vor einer Verfolgung bei ihrer Rückkehr nach Venezuela. Dabei besteht für Transsexuelle unter Umständen dadurch eine besondere Gefährdung, dass sie wie hier auf-

grund ihrer Erscheinung auch unabhängig von einem Vergleich des Geschlechts in den Personaldokumenten zu identifizieren sind.

Zur Verfolgung durch staatliche Akteure hat das Verwaltungsgericht Leipzig (Urt. vom 6.5.2022, 4 K 181/21.A., juris Rn. 37) das folgende ausgeführt: „Transsexuelle sind aufgrund ihrer Geschlechtsidentität diskriminierenden Praktiken und Menschenrechtsverletzungen durch venezolanische Staatsbedienstete und Sicherheitskräfte ausgesetzt. Transsexuelle werden vor allem besonders häufig Opfer von gewaltsamen Übergriffen der Polizei. Häufig kommt es zu Übergriffen auf Transsexuelle durch Polizisten oder durch mit Polizeiaufgaben betraute militärische Einheiten. Dabei wird die Vulnerabilität der Transsexuellen häufig ausgenutzt zur Erpressung von Schutzgeld oder sexuellen Gefälligkeiten. Bei Übergriffen kommt es immer wieder zu schwerster körperlicher Gewalt. Staatliche Schutzmechanismen und staatliche Schutzmaßnahmen gegen die geschilderten Übergriffe gibt es nicht. In Venezuela existieren keinerlei rechtliche Regelungen zum Schutz Transsexueller (Auskunft des AA vom 14. März 2018). Bei Routinekontrollen durch die Polizei, bei denen das abweichende Geschlecht beim Vorzeigen des Personalausweises auffällt, kommt es häufig zu bloßstellenden Maßnahmen. Betroffene werden z. B. gezwungen, sich vollständig auszuziehen (Auskunft des AA vom 14. März 2018). Hochrangige Regierungsbeamte und religiöse Oberhäupter haben öffentliche Stellungnahmen gegen Transsexuelle abgegeben (Auskunft Al vom 7. März 2018). Der Oberste Gerichtshof annullierte eine Erklärung des Parlaments zur Nichtdiskriminierung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (Amnesty Report Venezuela vom 21. Mai 2017). Transgeschlechtliche Menschen werden bei Kontrollen und Festnahmen, beim Versuch der Anzeigenerstattung und der Erlangung medizinischer Versorgung in öffentlichen Gesundheitszentren durch Staatsbedienstete schikaniert und beschimpft oder sehen sich einer erniedrigenden Behandlung oder Gewaltanwendung durch Staatsbedienstete ausgesetzt. Die Intensität dieser Übergriffe ist bezüglich Anzahl und Schwere hoch (Auskunft Al vom 7. März 2018). Die Nichtanerkennung der Geschlechtsidentität führt zu einem hohen Grad von Marginalisierung und Entrechtung von transgeschlechtlichen Personen. Die lokale Polizei und private Sicherheitskräfte sollen Transsexuellen das Betreten von Einkaufszentren, öffentlichen Parks und Erholungszentren verwehrt haben. Zu psychologischen, verbalen und körperlichen Missbräuchen transsexueller Personen kam es auch an Schulen und Universitäten (Republik

Österreich, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation Venezuela, Gesamtaktualisierung vom 28. März 2018; vgl. auch: VG Leipzig, Urt. vom 10. Juni 2020 a. a. O.; VG Dresden, Urt. vom 18. Dezember 2019 a. a. O.). Der Einzelrichterin sind zudem aufgrund der Anhörungen in Asylstreitigkeiten von anderen homosexuellen und transsexuellen Personen venezolanischer Herkunft zahlreiche Schicksale von menschenrechtswidrigen Behandlungen solcher Personen durch staatliche venezolanische Organe bekannt.“

Zur Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure, ohne dass der venezolanische Staat wirksamen Schutz hiervoor bietet (§§ 3c, 3d AsylG) und ohne dass ihr interner Schutz zur Verfügung steht (§ 3e AsylG), hat das Verwaltungsgericht Leipzig (Urt. vom 6.5.2022, 4 K 181/21.A., juris Rn. 39 f.) das folgende ausgeführt:

„In Venezuela sind einer sexuellen Minderheit angehörende Personen in der Regel einer weit verbreiteten Diskriminierung ausgesetzt und sie werden des Öfteren Opfer von Gewalt. Die venezolanische Gesellschaft ist von einer Einstellung geprägt, die gemeinhin als ‚machismo‘ bezeichnet wird. Bestimmte Personengruppen (Homosexuelle, Transsexuelle) werden als Angriff auf die Männlichkeit erlebt und müssen mit Diskriminierung, Beschimpfungen und tätlichen Angriffen rechnen (vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Gesamtaktualisierung am 28. März 2018; Auskunft der Botschaft Caracas vom 1. Juli 2008 an das Auswärtige Amt auf das Auskunftersuchen des Verwaltungsgerichts Hamburg vom 8. April 2008). Dies gilt in besonderem Maße für transsexuelle Menschen. Transsexuelle haben im Alltag in Venezuela mit einem sehr hohen Maß an Diskriminierung zu kämpfen, gegen die sie nicht ausdrücklich durch Gesetze geschützt sind. Sie leiden unter geringer sozialer Akzeptanz, Vorurteilen, einer tief verwurzelten Diskriminierung und unter Einschränkungen, wenn auch nicht unter einem offiziellen Ausschluss ihrer Rechte. Sie sind betroffen von Kriminalisierung, Beschränkungen beim Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und ihrer rechtlichen Verteidigung, Verfolgung und Drangsalierung (vgl. VG Dresden, Urt. vom 18. Dezember 2019 a. a. O.; vgl. VG Chemnitz, Urt. vom 5. November 2018 4 K 984/17.A-, juris). Transsexuelle Personen erfahren zudem Beschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und bei den Rechten auf Bewegungsfreiheit, Bildung und persönliche Integrität. Es besteht eine höhere

Wahrscheinlichkeit, dass sich transgeschlechtliche Menschen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts einer ungeschützten Sexarbeit zuwenden müssen, was die erhebliche Gefahr mit sich bringt, Opfer von Gewalt und sexuell übertragbaren Krankheiten zu werden (Auskunft des AA vom 14. März 2013). Für Transsexuelle wird der Zugang zur Justiz und zu Gesundheitsdienstleistungen erheblich erschwert. Die Herkunftsfamilien verstoßen Transsexuelle häufig oder üben massiven Druck bis hin zu z. T. schwerster körperlicher Gewalt auf sie aus, die sich in Einzelfällen bis zum Mord hin ausweitete (Auskunft des AA vom 14. März 2013). Dabei besteht für Transsexuelle unter Umständen dadurch eine besondere Gefährdung, dass sie aufgrund ihrer Erscheinung durch Mitglieder der Gesellschaft auch unabhängig von einem Vergleich des Geschlechts in den Personaldokumenten zu identifizieren sind wie vorliegend die Klägerin.

Der venezolanische Staat ist nicht willens, dagegen Schutz zu gewähren (§§ 3c, 3d AsylG). Staatliche Schutzmaßnahmen gibt es nicht (Auskunft des AA vom 14. März 2018). Dies kann schon aus dem oben beschriebenen häufigen menschenrechtswidrigen Verhalten der Polizei gegenüber Transsexuellen geschlussfolgert werden. Die Straflosigkeit für Hassverbrechen gegen Transsexuelle ist hoch, da Ermittlungen in Fällen von Hassverbrechen, die sich gegen die Geschlechtsidentität richten, oft verweigert werden (Auskunft AI vom 7. März 2018; Amnesty Report Venezuela vom 21. Mai 2017 und Amnesty Report Venezuela 2016). Einen eigenen Straftatbestand hierfür gibt es wie oben dargelegt nicht (Amnesty Report Venezuela vom 21. Mai 2017). Angehörige der Generalstaatsanwaltschaft verweigern Ermittlungen in Fällen von Hassverbrechen und sanktionieren diese nicht. Im Zeitraum zwischen 2009 und 2013 wurden nach Angaben lokaler Nichtregierungsorganisationen mindestens 42 Morde als Hassverbrechen aufgrund der Geschlechtsidentität eingestuft, obwohl das venezolanische Recht und die dortige Erfassungspraxis eine derartige Kategorisierung gar nicht vornehmen (vgl. auch www.amerika21.de/2015/121137351/diskriminierungtranssexuelle). Hinzu kam eine beträchtliche Zahl weiterer Gewalttaten aufgrund der Geschlechtsidentität (Venezuela 2016 Human Rights Report, S. 36; Human Rights Watch, Venezuela's Humanitarian Emergency April 2019, Impact Across Venezuela's Borders, S. 34; Amnesty Report 2017/2018; vgl. VG Leipzig, Urt. vom 10. Juni 2020 a. a. O.; VG Dresden, Urt. vom 18. Dezember 2019 a. a. O.).“

Auch diese Erkenntnisse legt das erkennende Gericht in Ergänzung zu den bereits unter b) aa) dargelegten Erkenntnissen zugrunde. Denn dass sich daran zwischenzeitlich Wesentliches geändert hat, ist in Ansehung der bereits zuvor dargelegten aktuelleren Erkenntnisquellen (s. o.: BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Venezuela, 18.2.2025, G 2/25, S. 35; BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 4 ff.) nicht durchgreifend ersichtlich (vgl. ferner: Freedom House, Freedom in the World 2025, Venezuela, G 3/25, Kapitel B4, F4 und G3). Insbesondere begegnen den zwischenzeitlich in Venezuela eingeführten staatlichen Sonderstellen (eine spezialisierte Staatsanwaltschaft „Fiscalía 98“, oder die Nationale Ombudsstelle „Defensoría Pública“) durchgreifende Zweifel an der Eignung eingesetzter Personen sowie Zweifel am Tätigkeitsbereich und am Budget (vgl. BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 10). Hinzu tritt für den Kläger, dass er zusätzlich durch seine HIV-Infektion auch im Gesundheitssektor weiterhin vorherrschenden Vorurteilen ausgesetzt sein würde, da Menschen mit HIV und besonders LGBTIQ-Personen mit dieser Krankheit (noch immer) stigmatisiert werden (vgl. BAMF, Länderkurzinformation Venezuela, SOGI Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, Situation von LGBTIQ-Personen, Oktober 2024, G 13/24, S. 5). Die von der Beklagten im Schriftsatz vom 11.9.2024 bezeichneten Erkenntnisse lassen keine abweichende Beurteilung zu. Überwiegend sind die Erkenntnisse aus dem Jahr 2019/2020 und beruhen auf pauschalen Index-Vergleichen. Nach alledem und auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Erkenntnismittel bestehen keine Zweifel daran, dass die erforderliche Verfolgungsdichte in Venezuela (derzeit noch immer) erreicht ist. Die prognostizierte Verfolgungsdichte erreicht dabei mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einen Grad, der so gravierend ist, dass er einer schwerwiegenden Verletzung der Menschenrechte gleichkommt.

d) Dem Kläger steht keine inländische Fluchtalternative i. S. v. § 3e Abs. 1 AsylG zur Verfügung. Die festgestellte Verfolgungsgefahr aufgrund der Transsexualität besteht nach dem Vorstehenden im gesamten Land für diese soziale Gruppe gleichermaßen. Schließlich liegen in Bezug auf den Kläger auch keine Ausschlussgründe nach § 60 Abs. 8 AufenthG vor. [...]

Urteil

VG Regensburg, §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG

Flüchtlingseigenschaft für lesbische bzw. bisexuelle Nigerianerin

1. Homosexuellen Frauen drohen in Nigeria Verfolgungshandlungen i. S. v. § 3a AsylG durch die sie umgebende Gesellschaft, auch wenn grundsätzlich die weibliche Homosexualität weniger stark tabuisiert ist als die männliche.

2. Bisexuelle Frauen können nicht darauf verwiesen werden, ihre Sexualität allein mit Männern auszuleben. (Leitsätze der Redaktion)

Urteil des VG Regensburg vom 22.05.2024 – RN 14 K 19.32348

Zum Sachverhalt:

Die nigerianische Klägerin vom Stamm der Urobo verließ ihr Heimatland Ende 2013 und reiste im Februar 2018 mit ihrer am 11.01.2015 in Italien geborenen Tochter nach Deutschland ein. Das Bundesamt lehnte den Asylantrag vollumfänglich ab.

Erst im Klageverfahren ließ die Klägerin zu ihrer Bisexualität/Homosexualität vortragen. Die Klägerin ist zwar Beziehungen mit Männern eingegangen, tiefe emotionale Beziehungen hatte sie aber bisher nur zu Frauen. Die Klägerin führte in Nigeria eine heimliche Beziehung mit einer Frau (Mercy). Die Familie erfuhr davon und setzte sie unter Druck. Sie ließ sich daraufhin von einem Mann schwängern und lebte zunächst mit diesem zusammen, führte aber die heimliche Beziehung zu Mercy fort. Als sie auf der Straße mit Mercy Zärtlichkeiten ausgetauscht hat, wurde sie von einer Gruppe Männern angegriffen, da sie als lesbisch identifiziert wurden, und die Polizei wurde gerufen. Die Klägerin konnte fliehen und ist daraufhin nach Libyen ausgereist. Nach einem Jahr kehrte sie wieder zurück, um Mercy zu finden. Sie wurde von einem Polizeibeamten erkannt und bedroht und konnte nur durch das Zahlen eines Bestechungsgeldes entkommen.

Aus den Gründen:

[...] Die Klägerin hat Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft. [...] Die Klägerin hat [...] bei einer Rückkehr nach Nigeria eine begründete Furcht, dort als Homosexuelle bzw. als Bisexuelle Verfolgung zu erleiden.

Homosexuelle bilden in Nigeria eine soziale Gruppe im Sinne des § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG. [...] Die Lage in Nigeria stellt sich, was Homosexualität anbelangt, wie folgt dar: Homosexuelle Handlungen jeglicher Art sind – unabhängig vom Geschlecht der betroffenen Personen – sowohl nach säkularer Recht als auch nach Scharia Recht (Körperstrafen



Heidi Hahn, 3-stimmiger Andachtsjodler, Inkprint, 2014

bis hin zum Tod durch Steinigung in besonderen Fällen) strafbar. Homosexuelle versuchen aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen und weitverbreiteter Vorbehalte in der Bevölkerung ihre sexuelle Orientierung zu verbergen. Im Januar 2014 unterschrieb der frühere Präsident Goodluck Jonathan die sogenannte „Same Sex Marriage Bill“. Danach können homosexuelle Handlungen mit Haftstrafen von bis zu 14 Jahren geahndet werden. Auch die bloße Mitwisserschaft ist strafbar.

Im Ausland eingegangene gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder Ehen werden in Nigeria nicht anerkannt. Die „Same Sex Marriage Bill“ wurde bisher von rund 10 Bundesstaaten in ihr landesrechtliches Strafgesetzbuch übernommen, zuletzt in Benue State im Juli 2018. Seit der Verabschiedung des neuen Gesetzes sind homosexuelle Personen noch häufiger Opfer von Mob-Angriffen und von Polizeigewalt betroffen (so Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 16.01.2020, Stand: September 2019, S. 13; vgl. auch ACCORD, Anfragenbeantwortung zu Nigeria: Informationen zum Verbot homosexueller Handlungen, 01.04.2015). Die Verschärfung der Strafgesetze hat allerdings bisher nicht zu einer spürbar verschärften Strafverfolgung geführt (vgl. VG Gelsenkirchen, Urteil vom 18.12.2015 – 9a K 3162/15.A – juris) und es ist nach Kenntnis des Auswärtigen Amtes noch nicht zu Verurteilungen nach dem neuen Gesetz gekommen (so AA, a. a. O., S. 13). Insgesamt gibt es keine systematische staatliche Verfolgung oder aktive Überwachung von Angehörigen sexueller Minderheiten.

Zwar hat das Gesetz „Same Sex Marriage Prohibition Act – SSMAP“ bisher nicht zu einer flächendeckenden verschärften Strafverfolgung geführt, jedoch schafft es die Basis dafür, dass Personen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren drangsaliert, bedroht oder erpresst werden können. Diese werden oftmals von der Polizei schikaniert und misshandelt, von der Bevölkerung ausgegrenzt oder mittels Selbstjustiz verfolgt. Das Gesetz dient dabei zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzun-

gen wie Folter, sexueller Gewalt, willkürlicher Haft, Erpressung von Geld sowie Verletzung von Prozessrechten. Verhaftungen ziehen kaum Anklagen nach sich, sondern dienen in erster Linie der Erpressung (vgl. BFA, Länderinformation der Staatendokumentation Nigeria, 22.11.2023; so auch VG Würzburg, Urteil vom 27.07.2022 – W 1 K 22.30060 – juris; VG Magdeburg, Urteil vom 21.10.2021 – 6 A 486119 MD – juris). Die Klägerin hätte deshalb eine Ächtung und gewaltsame Übergriffe durch die Bevölkerung – wie sie sie schon durch einen gewaltsamen Übergriff von Männern aus ihrer Gegend erfahren hat –, ggf. auch Polizeigewalt zu befürchten (vgl. auch VG Stuttgart, Urteil vom 26.11.2021 – A 12 K 3847/19 – juris).

Das Vorbringen der Klägerin in der mündlichen Verhandlung zu ihrer sexuellen Orientierung erachtet die zur Entscheidung berufene Einzelrichterin als glaubhaft. Ihr Vorbringen, sie habe sich bereits in Nigeria sexuell zu Frauen bzw. Mädchen hingezogen gefühlt und sei deswegen von Mitgliedern der örtlichen Gemeinschaft und auch der Polizei verfolgt worden, wurde schlüssig und nachvollziehbar geschildert. Die Klägerin hat in der mündlichen Verhandlung auf nachvollziehbare Weise beschrieben, wie sie ihre homosexuelle Orientierung entdeckt und in Nigeria mit ihrer Freundin namens Mercy trotz der Geburt eines Kindes, um den Erwartungen ihrer Eltern gerecht zu werden, gelebt hat. Die Klägerin hat weiter angegeben, dass sie sich schon früh zu Frauen bzw. Mädchen hingezogen gefühlt habe. Sie habe sich emotional gefühlt und sei verliebt gewesen. Sie habe über einige Jahre eine geheime Beziehung mit Mercy gehabt. Dass beide versucht haben, ihre Homosexualität nicht offen zu zeigen, war dem Umstand geschuldet, dass beide von der Strafbarkeit dieser Handlungen in Nigeria wussten. Um dem Druck seitens ihrer Familie zu entgehen, hat die Klägerin auch ihr Elternhaus verlassen und sich eine eigene Wohnung abseits der Familie genommen. Dass die Klägerin sexuelle Beziehungen

zu Männern zu bestimmten Zwecken (um ein Kind zu bekommen, um sich aus der Zwangsprostitution zu befreien, um Sicherheit zu erlangen) eingegangen ist, wurde glaubhaft dargetan. Die Glaubwürdigkeit der Angaben der Klägerin wird auch dadurch belegt, dass sie in der mündlichen Verhandlung nicht versucht hat, ihr Vorbringen zu steigern [...]. Die Klägerin hat auch angegeben, dass sie eine intime emotionale Bindung nur zu Frauen habe, sie auch in Italien ein Jahr eine lesbische Beziehung geführt habe und in Deutschland eine Beziehung zu einer Frau gehabt habe.

Auch wenn die Klägerin sich nun selbst als bisexuell beschreibt, droht der Klägerin beim Ausleben ihrer homosexuellen Identität bei einer Rückkehr in ihr Heimatland eine Verfolgungshandlung i. S. v. § 3a AsylG.

Denn beim Ausleben ihrer homosexuellen Identität droht der Klägerin mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine Ächtung und Ausgrenzung durch die Mehrheitsbevölkerung sowie Diskriminierung von Seiten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure nach § 3 c Nr. 3 AsylG. Zwar droht der Klägerin nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit trotz bestehender Strafvorschriften eine auf die Vornahme gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen gestützte Verurteilung nach diesen Gesetzen, denn in Nigeria sind kaum Fälle von Strafverfolgung Homosexueller bekannt geworden. Damit ist eine generelle „staatliche Verfolgung“ im engeren Sinne derzeit nicht feststellbar. Jedoch werden Homosexuelle oftmals von der Polizei schikaniert und misshandelt und von der Bevölkerung gemobbt oder mittels Selbstjustiz verfolgt. Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen haben es schwer, Vergehen bei den Behörden zu melden, denn es herrscht Angst vor Stigmatisierung, weiterer Gewalt und Diskriminierung. Es gibt viele Fälle, in denen Polizeibeamte Personen, von denen angenommen wird, dass sie homosexuell sind, willkürlich verhaften und in Folge hohe Geldsummen für die Freilassung fordern (vgl. AA, Lagebericht Nigeria, 21.12.2023, Stand: November 2023; BFA; Länderinformation der Staatendokumentation Nigeria, 22.11.2023). Insoweit wurde auch von der Klägerin beschrieben, dass sie sich durch Geldzahlung an einen Polizisten einer Verhaftung entziehen konnte. Die Klägerin kann daher nicht auf staatlichen Schutz verwiesen werden, § 3d AsylG.

Zwar hat die Klägerin angegeben, in Nigeria ihre Homosexualität grundsätzlich nicht in der Öffentlichkeit gelebt zu haben, jedoch kann von einem Asylbewerber nicht erwartet werden, dass er seine Homosexualität in seinem Herkunftsland

geheim hält oder Zurückhaltung beim Ausleben seiner sexuellen Ausrichtung ausübt, um die Gefahr einer Verfolgung zu vermeiden (vgl. EuGH, U. v. 07.11.2013 – C-199/12 bis C-201/12; so auch VG Regensburg, U. v. 19.11.2013 – RN 5 K 13.30226 – juris). So hat die Klägerin in der mündlichen Verhandlung betont, es sei ihr wichtig, ihre Homosexualität auch in ihrem Heimatland frei und öffentlich auszuleben. Ebenso wenig kann die Klägerin darauf verwiesen werden aufgrund ihrer Bisexualität ihre Sexualität allein mit Männern auszuleben (vgl. zur Bisexualität VG Bremen, U. v. 09.05.2022 – 4 K 1226120 – juris; auch BVerfG, B, v. 22.01.2020 – 2 BvR 1807/19 – juris). Unbeachtlich bleibt auch, dass nach Angaben der Klägerin im Hinblick auf ihre gesundheitlichen Belange – HIV- Erkrankung und Erkrankung an Hepatitis – das Ausleben ihrer Sexualität derzeit nicht im Vordergrund steht. Von einer nur zurückhaltend ausgelebten Sexualität darf nicht ohne weiteres auf ein fehlendes oder geringes Bedürfnis dazu geschlossen werden und Maßstab für die Frage der Zumutbarkeit einer Rückkehr ins Herkunftsland sein (vgl. VG Würzburg, Urteil vom 27.07.2022 – W 1 K 22.30060 – juris; VG Bremen, Urteil vom 09.05.2022 – 4 K 1226/20 – juris; VG Leipzig, Urteil vom 18.11.2021 – 3 K 1759/20.A – juris).

Es ist daher davon auszugehen, dass die Klägerin bei öffentlichem Leben ihrer homosexuellen Identität in ihrem Heimatland Verfolgungshandlungen i. S. v. § 3a AsylG durch die sie umgebende Gesellschaft zu befürchten hat, auch wenn grundsätzlich die weibliche Homosexualität weniger stark tabuisiert ist als die männliche (so BFA, Länderinformation der Staatendokumentation Nigeria, 22.11.2023).

Die Klägerin kann auch nicht auf internen Schutz nach § 3e AsylG verwiesen werden, da nicht ersichtlich ist, dass es hinsichtlich der Situation Homosexueller regionale Unterschiede gibt. Es ist nicht erkennbar, dass Homosexualität in größeren Städten oder urbanen Zentren mehr toleriert würde als in ländlichen Regionen. Die Gefahr von Misshandlungen und Übergriffen durch nichtstaatliche Akteure besteht landesweit (vgl. dazu VG Freiburg, Urteil vom 08.10.2021 – 9 K 1987/17 – juris; VG Köln, Urteil vom 05.12.2022 – 15 K 2277/20.A – juris; VG Würzburg, Urteil vom 27.07.2022 – 1 W k 22.30060 – juris). [...]

Zita Küng

30 Jahre FRI – Von Problemfällen und einem Glücksfall

Festrede zum Jubiläum des Schweizerischen Instituts für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law – FRI am 28.06.2025 in Bern

Ich freue mich, dass ich an dieser Stelle eine Festrede halten darf. Ich werde sie in zwei Teilen halten. Schön entlang dem Titel: 30 Jahre FRI – Von Problemfällen und einem Glücksfall. Also starte ich mit den Problemfällen.

Frauen dürfen in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert Jus studieren. Emilie Kempin-Spyri hat 1887 ihre Doktorinnenwürde an der Universität Zürich geschafft, habilitiert und wurde später auch Privatdozentin. Für Frauen super.

Am 22. Januar 2008 sass ich an der Einweihung des Denkmals für Emilie Kempin-Spyri, das Pipilotti Rist geschaffen hatte. Ich hörte Béatrice Weber-Dürler, Rechtsprofessorin, einleitende Worte sprechen und spürte, wie ich Gänsehaut bekam, als sie sagte: „Emilie Kempin-Spyri war die erste Privatdozentin an der juristischen Fakultät der Universität Zürich. Ich bin die zweite.“ Wie bitte?! Knapp 100 Jahre hat es gebraucht, bis eine zweite Frau Privatdozentin und dann auch erste Professorin wurde.

Damit sind wir bei einem Problemfall: Die Frauen dürfen zwar studieren, aber sie kommen nicht in die wichtigen Positionen, wo sie ihr Wissen und ihre Interessen einbringen können. Da gibt es heute noch Luft nach oben.

Warum brauchen wir ein FRI?

Schuld war die norwegische Rechtsprofessorin Tove Stang Dahl. In den 1970er-Jahren schuf sie an der Universität Oslo eine neue juristische Disziplin – Frauenrecht. Im Herbst 1974 wurde es in Norwegen ein reguläres Prüfungsfach für alle Jurastudent*innen. Was uns an Stang Dahl begeisterte, war nicht nur der Inhalt, sondern ihr tiefgreifender Anspruch. Sie wollte das Recht nicht reparieren, sondern grundsätzlich weiterentwickeln.

Beim feministischen Juristinnenkongress 1992 stellten wir in einer Arbeitsgruppe die Frage: Brauchen wir in der Schweiz auch Frauenrecht? Die Resonanz war überwältigend. Es braucht feministische Perspektiven – mit dem Anspruch, nicht nur das Recht, sondern auch die Gesellschaft zu verändern. Wir fanden Mitstreiter*innen und begannen mit konkreten Vorbereitungen. In Biel trafen wir uns 1995 zur Gründungsvorbereitung des FRI-Vereins und fragten uns selbstkritisch: Was meinen wir mit „feministisch“? Eine gemeinsame Grundlage war uns wichtig, ohne uns an Unterschieden zu spalten oder

in Detailfragen zu verlieren, aber gesellschaftspolitisch und herrschaftskritisch. Wir ermutigten uns, gross zu denken, nicht am Küchentisch anfangen, sondern mit Weitblick planen. So begannen wir, das Projekt sorgfältig aufzubauen, mit dem Ziel, durch den Verein Pro FRI ein unabhängiges, starkes, gesamtschweizerisches Institut zu schaffen.

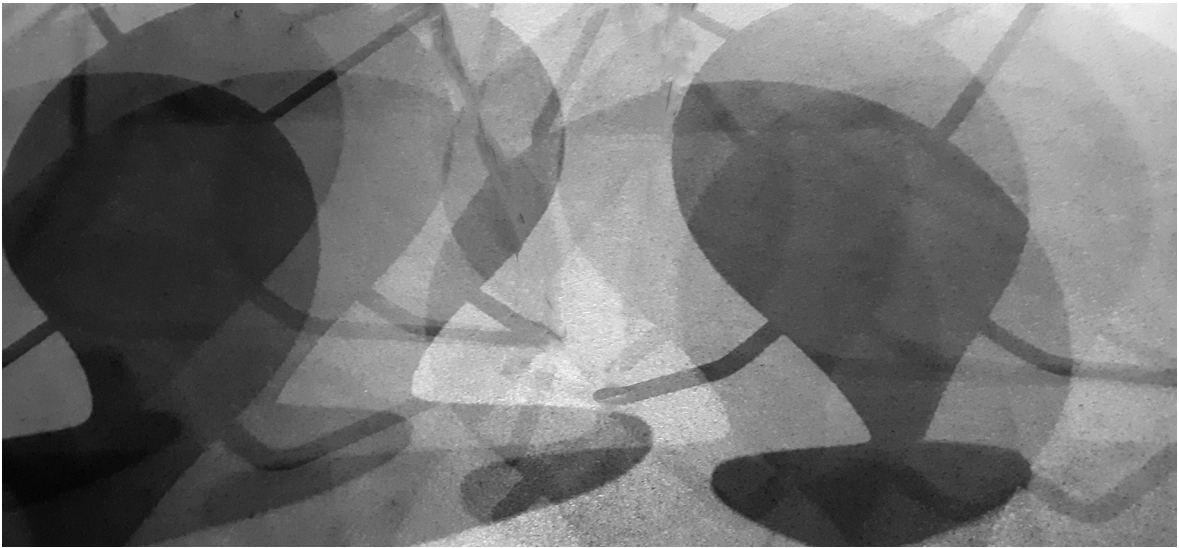
Damit waren wir mit verschiedenen Problemfällen konfrontiert.

Wenn wir unabhängig sein wollten, hiess das: nicht in eine einzelne Universität eingegliedert. Wenn wir in Zürich, Genf oder Basel wären, wäre das nicht dasselbe wie in Norwegen an der Universität Oslo. Es hiesse regional begrenzt, kantonale gebunden, von den anderen Universitäten abgeschnitten zu sein. Das wollten wir nicht. Dafür würden wir aber viel Geld brauchen. Also entwickelten wir eine Reihe von Ideen, wie wir an die Millionen kommen würden. Kasino, Lotto, Banküberfall, reich heiraten – gedanklich liessen wir nichts aus, waren aber in den ersten fünf Jahren nicht erfolgreich.

Ein weiterer Problemfall war der Anspruch gesamtschweizerisch wirksam zu sein. Das hiess auf Deutsch und Französisch und wenn möglich auf Italienisch zu arbeiten. Da half uns in den Anfängen Anne-Marie Barone aus Genf, die unermüdlich tapfer die Romandie vertrat und uns auch mit ihren theoretischen Artikeln begeisterte. Später kam Rosemarie Weibel aus dem Tessin dazu. Sie ist immer noch in der Redaktion des FRI-Newsletters, übersetzt viele Texte auf Italienisch und steuert immer wieder Entwicklungen aus Italien bei.

1999 entschieden wir uns zu einem Strategiewechsel.

Wir wollten das FRI – auch wenn es noch kein eigenes Haus hatte – bekannt machen und so die Chancen verbessern. Wir starteten mit einer ersten Publikation „Recht Richtung Frauen“ und konnten 2001 den DIKE-Verlag dafür gewinnen. Judith Stamm erklärte uns dezidiert, dass wir als Verein von niemandem Millionen bekommen würden – dazu müssten wir eine Stiftung errichten. Das machten wir 2004 und hatten tatsächlich das Glück, dass wir von einer unbekannten Frau ein grosszügiges Legat erhielten. Damit konnten wir in der Folge unsere grossen internationalen Tagungen in Zürich, Basel, Fribourg und Neuchâtel finanziell absichern.



Heidi Hahn, *Licht und Schatten_2*, Fotografie, 2022

Mit dem gesamtschweizerischen Anspruch wurde die Abkürzung FRI unverständlich. „Feministisches Rechtsinstitut FRI“ ist französisch und italienisch nicht erklärbar. Wir hatten uns aber in unseren Aktivitäten bereits an das Kürzel gewöhnt. Wir benützten es auch für unser Format „FRI exchange“, wo wir jeweils aktuelle Fragen diskutierten, auf die noch keine fertigen Antworten entwickelt waren. FRI angelehnt an das englische free. FRI aber auch, weil wir den Sitz in Fribourg hatten. Weil wir gern mit der Sprache spielten und uns immer weitere FRIvolitäten ausdachten.

Wir blieben also bei FRI und schufen eine neue Erklärung dazu, als wir die Stiftung errichteten: Vom Verein Pro FRI entwickelten wir das „FRI – Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law“. Das übersetzten wir dann in alle Sprachen. Deshalb haben wir einen Verein FRI und die FRI-Stiftung.

Im Verein FRI haben wir von Anfang an versucht, möglichst viel aus der Praxis der feministischen Bewegungen aufzunehmen: Wir kommen ohne Präsidium aus. Wir orientieren uns daran, was uns wirklich interessiert. Unser Vorstand trägt den dynamischen Namen Groupe moteur. Wir gehen davon aus, dass alle so viel beisteuern wie sie können und mahnen keine Leistungen an. Wir gestalten unsere Treffen so menschenfreundlich wie möglich.

Das war attraktiv für Personen aus dem akademischen Bereich, aus der anwaltlichen Praxis, aus der Verwaltung, aus der unabhängigen Beratung. Es ist uns auch gelungen, über diese ersten 30 FRI-Jahre immer höchst motivierte Mitstreitende zu haben. Ich bin quasi das Urgestein. Aber es haben längst andere Generationen den Stab übernommen.

Läuft alles wie am Schnürchen?

Wenn wir auf die Rechtssituation in der Schweiz und weltweit blicken, können wir leider nicht spontan zustimmen. Immer wieder hatten wir Themen im FRI Exchange, die aktuelle Fragen aufnahmen. So zum Beispiel mit Patricia Schulz, ehemalige Direktorin des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und ehemalige Vertreterin der Schweiz im CEDAW-Ausschuss. Ihr Thema war 2014 „Zugang zur Justiz für Frauen“ auf einer globalen Ebene. Es war höchst beeindruckend, über den Tellerrand zu blicken und globales Verständnis zu entwickeln. Nächstes Jahr wird übrigens in New York die *Commission on the Status of Women – CSW 70* das Thema „Zugang der Frauen zum Recht“ behandeln. Das FRI war da also so etwas wie eine Vorreiterin.

Ein weiterer Problemfall wurde deutlich im Zusammenhang mit der Lohngleichheit. Unser System schreibt die Lohngleichheit für gleichwertige Arbeit vor. Wer den Eindruck hat, sie würde diskriminiert, der steht die Individualklage offen. Falls es um eine Situation geht, von der auch andere Frauen betroffen wären, stünde auch die Verbandsklage zur Verfügung, was eine wichtige Erleichterung ist. Wenn wir uns die Entwicklung der Lohndiskriminierung anschauen, sind wir weit davon entfernt zu sagen, dass wir das Problem gelöst hätten. Alle Statistiken zeigen, dass die Verbesserungen sich sehr in Grenzen halten.

Catherine Jaccottet Tissot durfte bei einer Veranstaltung der Juristinnen Schweiz einige Gleichstellungsfälle von betroffenen Juristinnen aus ihrer anwaltlichen Praxis vorstellen. Im Auftrag einer Klientin liess sie uns Folgendes berichten: Frau X. arbeitete in einer Verwaltung und sollte befördert werden. Die Beförderung wurde zurückgenommen, weil Frau X.

schwanger war. Sie konsultierte die Gewerkschaft und führte mit RAIN Jaccottet Tissot eine Verbandsklage, die sie gewann. Ihr Umfeld unterstützte sie optimal. Perfekt – so ist das gedacht. Ihr Fazit: Sie wünscht ihrem ärgsten Feind einen solchen Prozess auf den Hals. Wir haben es also mit der Individualklage mit einem juristischen Problemfall zu tun, der unsere Kreativität erfordert. Wer, wenn nicht das FRI, kann versuchen, hier etwas zu entwickeln?

Nicht nur im juristischen Feld, sondern auch im feministischen Feld erleben wir Problemfälle. In den letzten 30 Jahren hat sich im feministischen Diskurs in Europa und weltweit einiges getan. An verschiedenen Universitäten sind Gender Studies eingeführt worden. Der Diskurs hat sich von den Aktivistinnen auch in die Universitäten und Institutionen verlagert. So ist es wichtig, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, auch wenn wir uns nicht in allen Details immer einig sind.

Ein Thema war zum Beispiel die Frage, ob im Verein FRI auch Männer Mitglieder werden können. Und noch drängender: müssen im Groupe moteur, wo die wichtigen Entscheidungen getroffen werden, alles Frauen sein? In der Stiftung bestimmt die Satzung, dass die Mehrheit der Stiftungsratsmitglieder Frauen sein müssen. Im Verein haben wir Männer zugelassen und im Groupe moteur sind wir nicht ausschliesslich Frauen. Das bedeutet aber nicht, dass dieses Thema damit abgehakt ist. Mit dem Theoriekonzept des Dekonstruktivismus und unter dem Begriff „queer“ wird die Zweigeschlechtlichkeit kritisiert. In verschiedenen Zusammenhängen wird hergeleitet, dass die Festlegung auf ein biologisches Geschlecht die Menschenrechte von Einzelpersonen verletze.

Wir werden aufgefordert, zusätzliche Pronomen zu verwenden und auf die Kategorien Frau und Mann zu verzichten. Das wird theoretisch ausgeleuchtet und begründet. Wir hatten bereits eine öffentliche Diskussion über die Wirkung dieser Herangehensweise im Zusammenhang mit den kantonalen Gleichstellungsgesetzen des Kantons Basel-Stadt und Genf. Falls die Gleichstellung von Frau und Mann nicht mehr erwähnt würde, stellen sich Fragen zum Beispiel an die Verbesserung der Lohnungleichheit. Das Dilemma, dass die geschlechterdiskriminierende Wirkung jeweils durch die Benennung der Geschlechter immer wieder verstärkt wird, ist leider nicht aufhebbar. Aber allein durch das Vermeiden der Nennung werden die Diskriminierungen der Gruppe der Frauen nicht aus der Welt geschafft.

Sie sehen, wir befinden uns da mitten in der Auseinandersetzung sowohl auf einer theoretischen, juristischen, gesellschaftspolitischen als auch auf einer persönlichen Ebene. Damit bin ich in der aktuellen

Situation angekommen. Ich hoffe sehr, dass Sie von den Problemfällen nicht allzu niedergeschlagen sind. So komme ich zum zweiten Teil meiner Festrede: Sie handelt vom Glücksfall.

Unser FRI-Glücksfall hat eine Geschichte und einen Namen: Margrith Bigler-Eggenberger.

MBE nennen wir Margrith Bigler-Eggenberger heiter und respektvoll. Sie ist die erste Schweizer Bundesrichterin – englisch: The First Female Judge of the Swiss Federal Supreme Court. Sie wurde 1974 gewählt und amtierte bis 1994. Ein Jahr vorher, 1993, wurde Ruth Bader Ginsburg als associate justice of the Supreme Court of the United States eingesetzt und amtierte bis zu ihrem Tod 2020. Sie ist uns mittlerweile als **RBG** bekannt. Beide haben als Frauen im höchsten Gericht, als Juristinnen, Wichtiges geleistet und als Frauen viel ausgehalten und den Raum für Nachfolgerinnen vorbereitet. MBE und RBG sind genau einen Tag auseinander geboren worden: Margrith Bigler-Eggenberger am 14. März 1933 in Uzwil, St. Gallen und Ruth Bader Ginsburg am 15. März 1933 in New York. Das ist doch eine schöne Parallele.

Für uns ist MBE wichtig als Juristin, Sozialistin und Feministin. Wir haben mit ihr eine Geschichte:

Sie hat gemeinsam mit dem Verein FRI 2004 als Mit-Stifterin die FRI-Stiftung mitgegründet und stand uns und dem Ziel, ein Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law zum Laufen zu bringen, sehr nahe. Sie teilte unsere sozialen und politischen Anliegen und unterstützte unsere Aktivitäten.

Als ich MBE fragte, was sie denn zu ihrem 80-jährigen Geburtstag 2013 vorhabe, war ihre Antwort einfach: „Nichts“. Auf die Nachfrage, was sie sich denn vorstellen könnte, kam eine prompte Ansage: „Ich möchte einen Workshop zum Thema ‚Utopien‘.“ Damit nahm sie ein Thema auf, zu dem das FRI unter dem Titel „Keine Zeit für Utopien? Perspektiven der Lebensformenpolitik im Recht“ bereits 2011 eine Tagung durchgeführt hatte. Für den Tagungsband hatte MBE uns ein Vorwort beige-steuert. Wir sind gerne auf ihren Wunsch eingegangen und haben 2013 in Bern einen Workshop zum Thema ‚Utopien‘ durchgeführt. Wir haben mit den Teilnehmerinnen gemeinsam versucht, keine einfachen und vorschnellen Lösungen als ‚Utopie‘ zu akzeptieren. Es war sehr spannend – und Margrith hat es genossen.

Als letzten Einsatz stimmte sie noch zu, im Sounding-Board zu der Studie zum Frauenstimmrecht, die Judith Wyttenbach und Brigitte Studer im Auftrag des FRI 2021 herausgeben konnten, mitzutun. Das war ihr leider aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich. Am 5. September 2022 starb Margrith

Bigler-Eggenberger 89-jährig in St. Gallen und liegt auf dem Ostfriedhof begraben.

Schon diese Geschichte ist ein Glücksfall. Der Glücksfall geht aber fürs FRI weiter: In ihrem Testament hat sie die FRI-Stiftung zu ihrer Allein-Erbin bestimmt. Wir traten ihr Erbe voller Respekt und Dankbarkeit 2023 an. Wir durften mit einem namhaften Betrag rechnen und haben deshalb 2024 begonnen, unsere interne Struktur strategisch so zu verändern, dass sie Richtung FRI-Institut geht. Da sind wir unterwegs.

Der Verein FRI und die FRI-Stiftung entwickeln sich so, dass aus den Projekten eine Organisation wird, die als „FRI-Institut“ künftig fassbar wird. Das war mit unseren ehrenamtlichen Einsätzen bisher nicht zu machen. Wir haben uns deshalb professionelle Unterstützung geholt: Seit Oktober 2024 haben wir mit Lydia Walter eine Geschäftsführerin und im Sommer bekommen wir weitere Verstärkung. Wir werden also auf den bisherigen Aktivitäten aufbauen und weiterhin spannende internationale Tagungen organisieren und Tagungsbände publizieren.

Die Themen gehen uns nicht aus.

So schwebt uns zum Beispiel für die Tagung 2029 das Thema „Soziale Sicherung der Frau“ vor. Das war der Titel des Grundlagenwerks, das Margrith Bigler-Eggenberger 1979 geschrieben hatte. Darin war das letzte Kapitel so überschrieben: „Soziale Sicherung der Frau: tatsächliche und rechtliche Situation, Reformvorschläge und ihre Realisierbarkeit“. Von Seite 184 bis Seite 230 stellte MBE Forderungen auf. Es ist unser Plan, dass wir untersuchen und untersuchen lassen, was mit diesen Forderungen in 50 Jahren passiert ist. Welche wurden umgesetzt, so wie Margrith Bigler-Eggenberger es vorschlug, welche auf eine andere Art? Welche Themen sind noch offen? Wo sind die aktuellen Baustellen für die Soziale Sicherung der Frau?

Damit greifen wir ein zentrales Thema auf und können es direkt mit MBE verbinden. Sie war eine Pionierin und hatte an der Universität St. Gallen einen Lehrauftrag für Sozialversicherungsrecht, als noch fast niemand fand, dass Sozialversicherungen ein rechtlich wichtiges Gebiet seien. Wir können mit diesem Thema auch unsere Aufgabe konkretisieren, das Leben und Wirken von MBE darzustellen und ins richtige Licht zu rücken. Dazu leistet auch Christina Caprez in unserem Auftrag einen Beitrag. Sie analysiert die Quellenlage, damit auch weitere Forschende sich mit MBE beschäftigen können. Dabei hat sie uns auf die SRF-Kontextsendung aufmerksam gemacht, die am 4. Dezember 2024 nach 50 Jahren Wahl von MBE ins Bundesgericht ausgestrahlt wurde. Da wurde in Erinnerung gerufen, dass ihr Dossier, das die National- und Ständerät:innen als Wahlvorbereitung

1974 bekommen haben, zusammengekürzt wurde auf: Praktikantin in Erlach, teilzeitliche Betätigung als Anwältin in Biel – so war die gesamte berufliche Laufbahn dargestellt. Diese Fälschung haben wir bei Bundesrat Jans thematisiert, und Nationalrätin Barbara Gysi hat eine parlamentarische Anfrage eingereicht. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen. Wir bleiben dran.

Eine interessante Kooperation haben wir mit Professorin Elisabetta Focchi Malaspina an der Universität Zürich. Wir nehmen Gespräche mit Frauen auf, die auf die Entwicklung der Frauenrechte in der Schweiz seit 1971 Einfluss genommen haben. Diese Gespräche sind in einem Blog zugänglich und inspirieren Studierende, Bachelor- und Masterarbeiten zu machen zu eigenen Fragestellungen im Fach Rechtsgeschichte.

Margrith Bigler-Eggenberger war ein spezielles Anliegen, junge Juristinnen mit kleinem i zu unterstützen bei der Publikation ihrer wissenschaftlichen Arbeiten. Dazu erarbeiten wir ein Konzept, einerseits wie wir hervorragende Arbeiten prämiieren und andererseits wie wir die Arbeiten grundsätzlich publizieren können.

Seit 11 Jahren geben wir bereits einen vierteljährlichen, redigierten FRI-Newsletter heraus. Darin finden Sie alles rund um Gleichstellungsrecht, Antidiskriminierungsrecht, Familienrecht, Migrationsrecht, Gewaltschutz- und Opferhilferecht sowie Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Sie finden gender-relevante Themen im Zusammenspiel mit anderen Differenzachsen und Diskriminierungsrisiken und bleiben über wichtige Events und Konferenzen informiert. Interessant sind auch Kommentare und Analysen von Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis – und alles in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch. Nicht alles komplett übersetzt, aber aus all diesen geografischen Bereichen. Das ist schon sehr gut und wird noch besser, wenn wir den FRI-Newsletter in ein Fachjournal ausbauen werden. Das planen wir fürs nächste Jahr.

Bestimmt werden wir unsere Vernetzung national und international voranbringen. Dem FRI ist die wissenschaftliche Perspektive wichtig. Wichtig ist uns auch die Praxis. Wir werden sukzessive relevante Formate auch für Praktiker:innen aus den unterschiedlichsten Gebieten entwickeln, die eine feministische Perspektive auf die Fragestellungen wollen. Im Winter werden wir unsere Jubiläumsaktivitäten mit online-Vorlesungen und einem Abschluss-Event fortsetzen.

Wir haben uns also viel vorgenommen und sind zuversichtlich, dass wir Schritt für Schritt vorankommen. Das FRI soll ein Glücksfall bleiben. Das brauchen wir und das braucht die Welt.

Kontakt: www.genderlaw.ch

Hinweise

Awa Fall-Diop erhält den Anne-Klein-Frauenpreis 2026

Awa Fall-Diops Lebensweg steht für den langen Aufbruch der Frauen Senegals zu Freiheit und Selbstbestimmung. Geboren noch vor der Unabhängigkeit 1956, wuchs sie in einem Arbeiterviertel Dakars auf – geprägt von Solidarität, aber auch von tief verwurzelten patriarchalen Strukturen. Sie erlebte früh geschlechtsspezifische Gewalt und Ausgrenzung und sah, wie ihre Mutter als Witwe verstoßen wurde – und es dennoch schaffte, als erste Frau ihres Viertels einen eigenen Haushalt zu führen. Dieses Aufwachsen mit Frauen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, prägte Awa Fall-Diops von klein auf.

Als panafrikanische Feministin setzt sie sich seit Jahrzehnten für Geschlechtergerechtigkeit ein, oft geschah dies auch auf Kosten ihrer persönlichen Freiheit. Ob als Lehrerin, Gewerkschafterin, Mitgründerin zahlreicher Frauenrechtsorganisationen oder als Ministerin – ihr Feminismus gilt den Benachteiligten und baut Brücken zu den jungen Feministinnen Afrikas.

Ihr jahrelanger Kampf für Emanzipation und Mitbestimmung hatte aber auch seinen Preis. Ihre öffentliche Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten Abdou Diouf brachten ihr eine zweimalige Haft, öffentliche Demütigungen und beinahe die Entlassung aus dem Staatsdienst ein. Ihre Ernennung zur Ministerin nach dem Wahlsieg des Oppositionsführers Abdoulaye Wade im Jahr 2005 war eine späte Anerkennung ihres Engagements. Heute gilt Awa Fall-Diop als eine renommierte Gender-Expertin des frankophonen Afrikas.

Die Jury des Anne-Klein-Frauenpreises ist tief beeindruckt von Awa Fall-Diops lebenslangem Mut in Institutionen, in der Politik und in gesellschaftlichen Bewegungen, um den Realitäten von Frauen und marginalisierten Gruppen Gehör zu verschaffen und überkommene Strukturen offen in Frage zu stellen. In einer Gesellschaft, in der die Feindseligkeit gegenüber Frauen zunimmt und konservative Normen neuen Zuspruch finden, bleibt Awa Fall-Diop kompromisslos feministisch. Sie stellt tief verankerte Narrative in Frage und fordert gesellschaftlichen Wandel – unbeirrt und trotz aller Widerstände.

Die Jury würdigt mit der Vergabe des 15. Anne-Klein-Frauenpreises der Heinrich Böll Stiftung an Awa Fall-Diop nicht nur die feministischen Kämpfe im Senegal und in ganz Westafrika, sondern bekräftigt, dass diese Bewegungen weder isoliert noch vergessen sind und dass ihr Kampf für Gerechtigkeit über die nationalen Grenzen hinaus, auch in Deutschland, Resonanz findet.

Aus der Begründung der Jury, 3.12.2025, www.boell.de

Maya: KI-Hilfe-Chat als Unterstützung für Betroffene häuslicher Gewalt

Maya ist ein anonym und kostenloser KI-Hilfe-Chat, der den IDEA-Preis des Hamburger Senats erhielt. Rund um die Uhr und in vielen Sprachen unterstützt sie seit Sommer 2025 Betroffene: Sie klärt über Gewalt auf, gibt emotionalen Halt, erstellt individuelle Ausstiegspläne und vermittelt passende Beratungsstellen.

<https://myprotectify.org>

Meldestelle Antifeminismus

Mit dieser bundesweiten online Meldestelle zu Antifeminismus soll nicht nur das Erheben von Daten, sondern vor allem auch die Unterstützung von Betroffenen und Zivilgesellschaft ermöglicht werden. Die Organisation bietet weitergehende Unterstützung und die Vermittlung von psychosozialer, juristischer und Betroffenenberatung an und setzt sich auf politischer Ebene gegen Antifeminismus ein. Darüber hinaus soll ein Raum für Fachaustausch und Vernetzung geschaffen werden. 2025 hat sich die Meldestelle dem Träger *Lola für Demokratie e. V.* angeschlossen, der eine „Zentrale Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA)“ aufbauen will.

<https://antifeminismus-melden.de>

Hate Aid: „Google, unsere Nacktbilder sind #not your business“

Mit dieser Petition fordert Hateaid eine Gesetzgebung, die davor schützt, dass Plattformen und Suchmaschinen wie Google geklaute oder gefälschte Nacktbilder und -videos gegen den Willen der Abgebildeten verbreiten. Die Erstellung und Verbreitung bildbasierter sexualisierter Gewalt, auch von Deepfakes, soll explizit unter Strafe gestellt werden. Außerdem sollen Host-Provider bzw. Access-Provider Websites sperren müssen, die KI-Anwendungen mit expliziter Ausrichtung auf die Erstellung von Missbrauchs-Nacktbildern und -videos anbieten.

<https://hateaid.org/petition-notyourbusiness/>

Liga für unbezahlte Arbeit (LUA) – die Carewerkschaft

Die *Liga* ist Deutschlands erste gewerkschaftsähnliche Organisation für Sorgearbeit. Sie kämpft für faire Bedingungen in der unbezahlten Arbeit in Form von digitalen Vernetzungstreffen sowie Bildungs- und Beratungsangeboten.

<https://lua-carewerkschaft.de>

50. Feministischer Jurist*innentag 17.–19. April 2026 in Hamburg in der Bucerius Law School

Freitag, 17. April

15.30 Uhr Rahmenprogramm

Stadtführungen
Hafenrundfahrt
Führung durch die feministische Bibliothek
Buchung bei der Anmeldung erforderlich.

15.30 Uhr

Geschichte und Struktur des FJT für Neueinsteigerinnen
Prof'in i.R. Dr. Sibylla Flügge, Frankfurt a.M.; Sarah Wichmann, Leipzig

17.00 Uhr

Zwischen Konflikt und Solidarität – kontroverse feministische Debatten im FJT
Dr. Selma Gather, Berlin/Karlsruhe mit Prof'in Dr. Dana-Sophia Valentiner, Hamburg

19.00 Uhr Eröffnungsveranstaltung

50. FJT – die Bedeutung des FJT für die Arbeit feministischer Juristinnen – brauchen wir neue Strategien im Kontext des globalen Rechtsrucks?
Einführung: Prof'in i.R. Dr. Sibylla Flügge, Frankfurt a.M.; Panel: RAin Malin Bode, Bochum; Prof'in Dr. Sarah Elsuni, Frankfurt a.M.; RAin Ina Feige, Leipzig; Dr. Donja Hodaie, Bonn; Dr. Doris Liebscher, Berlin; Moderation: Lic. jur. Zita Küng, Zürich

Samstag, 18. April

9.00–10.30 Uhr

AG 1: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie – Umsetzungsbedarf und Umsetzungsstand, denkbare Wirkungen jenseits nationaler Umsetzung
*Dr. Regine Winter, Richter*in am BAG a.D., Erfurt*

AG 2: Paradigmenwechsel ohne Absicherung: Die Folgen der BSG-Rechtsprechung für TIN*-Krankenversicherte
RAin Katrin Niedenthal, Bielefeld; Ass. iur. Nick Markwald, M.A., (keine Pronomen – they/them), Flensburg

AG 3: Crippling Reproductive Justice / Reproduktive Gerechtigkeit aus Perspektive der Legal Disability Studies
Prof'in i.R. Dr. Theresia Degener

AG 4: Das feministische Potential der Genossenschaft
Alena Rathke, Halle

AG 5: Gewalt bei der Geburt – rechtliche Möglichkeiten auch rechtsvergleichend
Prof'in Dr. Sandra Hotz, Uni Neuenburg/Schweiz; Fiona Behle, Zürich

AG 6: Unveiling Power's Legal Logic: Decolonial Feminism against the Illusion of Progress
Dr. Dorothy Makaza Goede, Hamburg

AG 7: Datenschutzrecht feministisch denken – Neue Perspektiven auf Autonomie und Macht
Nina Grasse, Berlin

AG 8: StPO-Reform aus Nebenklageperspektive
*RA*in Ronska Grimm, Berlin*

11.00–12.30 Uhr

AG 9: Familienfreundliche Arbeitszeiten
Referentin: Prof'in Dr. Katja Nebe, Halle

AG 10: Genderneutrales Familienrecht – formale Gleichheit und ihre Probleme
Prof'in i.R. Dr. Kirsten Scheiwe, Hildesheim

AG 11: Vereinbarkeit der Regelungen im Aufenthaltsrecht mit der Istanbul-Konvention
RAin Asha Hedayati, Berlin; Moderation: Dr. Donja Hodaie, Bonn

AG 12: Soziales Entschädigungsrecht
RAin Esther Kleideiter, Berlin; Sophia Härtel, KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V., Berlin

AG 13: Eine ökofeministische Betrachtung des internationalen Konzepts der Klimagerechtigkeit
Verena Kahl, Hamburg

AG 14: Strategische Prozessführung gegen die öffentliche Beteiligung – „SLAPPs“ als Symptom einer anti-feministischen Verengung der Öffentlichkeit
Dr. Hannah Kiel, Erfurt

AG 15: Digitale Geschlechtsspezifische Gewalt
Jacqueline Sittig, Würzburg

AG 16: Folgerungen aus der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes
*Richter*in Stefanie Killinger, Präsidentin des VG Göttingen*

14.00–15.30 Uhr

AG 17: Religionsfreiheit und Schwangerschaftsabbrüche – Haben kirchliche Krankenhäuser ein Weigerungsrecht, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen?
Prof'in Dr. Anna Katharina Mangold, Flensburg

AG 18: Gleichberechtigung im Arbeitsleben: Equal Pay am Beispiel der Elternzeit
RAin Friederike Boll, Düsseldorf; Prof'in Dr. Cara Röhner, Wiesbaden

AG 19: Kindschaftsrecht und häusliche Gewalt
Dr. Christine Böttger, Bremen

AG 20: Einführung in die praktische politische Kommunikation – TikTok
Farnaz Nasiriamini, Frankfurt a.M.

AG 21: Racism on Trial – Solidarische Prozessbeobachtung
Justice Collective

AG 22 Rechtliche Möglichkeiten des Widerstandes in der Verwaltung
RAin Hannah Vos, Berlin; RAin Dr. Vivian Kube, Berlin, (Frag den Staat)

AG 23: Streiks im Care-Bereich
RAin Dr. Theresa Tschenger, Berlin

AG 24: Genderapartheid als Strafbarkeitslücke im Völkerstrafrecht – Herausforderungen und Lösungsansätze
Dr. Donja Hodaie, Bonn

16.00 Uhr

Zwischenplenum – Verabschiedung von Fachstellungen

18.00 Uhr

Come together mit der STREIT-Redaktion

20.30 Uhr

Vernetzungsparty im Café Schöne Aussichten

Sonntag, 19. April**9.00–10.30 Uhr**

Familienrechtlicher Moot Court (bis 12.15 Uhr)

RAin Zümrit Turan-Schnieders, Hanau; Prof'in Dr. Berit Völzmann, Berlin

I. Workshop: Wie gründe ich eine Kanzlei?

RAin Giulia Borsalino, Leipzig; RAin Antonia Sturma, Leipzig

II. Workshop: Einführung in die Praxis der Nebenklage

RAin Theda Gienke, Berlin

III. Austausch: Jurist*innen aus nichtakademischen Haushalten

Moderation: Anna Plattner, Leipzig

IV. Workshop: Empowerment-Workshop: Wie reagiere ich auf eine antifeministische Äußerung?

Zita Küng, EQuality Zürich

V. Workshop: Recht solidarisch denken: Die Arbeit der Feminist Law Clinic (FLC)

Konstantina Raptis, München; Karla Steeb, Köln; Lilith Rein, Köln

10.45–12.15 Uhr

VI. Austausch: Unterschiedliche Situation von Juristinnen in Ost- und Westdeutschland

Impuls: RAin Susette Jörk, Leipzig

VII. Workshop: Kanzleistruktur, Finanzierung, wie erhalte ich eine Kanzlei langfristig am Laufen?

RAin Ina Feige, Leipzig; RAin i.R. Susanne Pötz-Neuburger, Hamburg

VIII. Austausch: Politische Nebenklage – Umgang mit Misogynie im Strafprozess

RAin Nadine Maiwald, Leipzig

IX. Workshop: Bildbasierte sexualisierte Gewalt

Jacqueline Sittig, Würzburg

X. Workshop: Access needs in der Rechtsberatung

RAin Selina Theresa Sellemerten, Berlin; RAin Maria Kröpfl, Berlin

12.30–13.30 Uhr**Abschlussplenum****Anmeldung und Informationen:**

www.feministischer-juristinnentag.de

*Hinweis der Redaktion und Spendenaufwurf***Der 50. FJT wird vom BMBFSFJ nicht gefördert – zum ersten Mal seit 1986!**

Mit Bescheid vom 23.02.2026 der Abteilung für Frauen und Gleichstellung wurde uns mitgeteilt, dass „aufgrund erheblicher Konsolidierungsnotwendigkeiten im Bundeshaushalt sowie einer geänderten Schwerpunkt- und Prioritätensetzung im BMBFSFJ“ von einer Förderung abgesehen wird. Der FJT wird trotzdem stattfinden!

Um die ausfallende Förderung zu kompensieren, bittet die Vorbereitungsgruppe um Spenden, die steuerabzugsfähig sind, auf das Konto: Frauen streiten für ihr Recht e.V., GLS-Bank, IBAN: DE53430609676037857402, GENODEM1GLS, Verwendungszweck: FJT, ggf. Name, Anschrift für Spendenbescheinigung.

© 2026 – Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion und Quellennachweis.

ISSN 0175-4467, Postvertriebskennzeichen 36996

STREIT erscheint 4-mal jährlich.

Bezugsbedingungen (Stand Dezember 2025):

Abonnement: 59 Euro/Jahr (inkl. Versand).

39 Euro/Jahr für Studierende (mit Nachweis).

Schnupper-Abo: 3 Hefte für 45 Euro (inkl. Versand).

Einzelhefte: 16 Euro (letzte 8 Ausgaben), ältere Hefte: 5 Euro jeweils zzgl. Versandkosten.

Im Abonnement ist der Zugang zum ePaper enthalten. Wenn Sie dieses erhalten möchten, geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse an.

Der Satz, die Herstellung und der Vertrieb erfolgen durch den Schulz-Kirchner Verlag GmbH.

Die **Bezugsanschrift** lautet:

Schulz-Kirchner Verlag GmbH, Mollweg 2, 65510 Idstein

Tel. 06126/9320-0, Fax 06126/9320-50, E-Mail info@schulz-kirchner.de

Konto: Frauen streiten für ihr Recht, GLS Bank, IBAN DE80 4306 0967 6037 8574 01, BIC GENODEM1GLS

Weitere Informationen mit Downloads: www.streit-fem.de.

Dort finden Sie auch unser Anwältinnenverzeichnis. Abonnentinnen werden auf Wunsch aufgenommen.